

Erst erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal, Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Stuttgart, in der Post-Verwaltungs-Veranstaltung für 1895 unter Nr. 7123.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Wochen- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Zersprecher: Amt 1. Nr. 1508. Telegramm-Adresse: "Sozialdemokrat Berlin".

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Neuh-Strasse 2.

Sonabend, den 9. November 1895.

Expedition: SW. 19, Neuh-Strasse 3.

Die Schwarmgeister und der Junkerhain.

Der Gährungsprozess in der konservativen Partei will nicht zur Klärung kommen. Ein neues Ferment wirft in der trüben Masse brodelnde Blasen auf. Die Schwarmgeister anzuschreiben aus dem Junkerhain mühen sich die Edelsten der Nation ab, die der "Konservativen Korrespondenz" die Direktive geben, und alles, was den Besitzinteressen huldt innerhalb der konservativen Partei, klatscht diesen Ausstreibungsmaßnahmen Beifall zu.

Um zu verstehen, wie es dahin gekommen, muß man etwas weiter zurückblicken.

Als der verkrachte Geschäftsführer des Junkerringes aus unserem öffentlichen Leben abtreten mußte, haben wir sofort es als Thorheit bezeichnet, daß verschiedene optimistische Gemüther in den liberalen bürgerlichen Parteien darin den Anfang eines Reinigungsprozesses der konservativen Partei begrüßten, die namentlich sich von den Einflüssen der Livoli-Traditionen freimachen und eine "wahrhaft konservative" undemagogische Staatsretterpolitik Hand in Hand mit allen sogenannten "Gutgeinten" im Lande einschlagen würde.

Es würde nur nach einem neuen Geschäftsführer gesucht werden, schlossen wir, und im übrigen würde es beim Alten bleiben mit der Wahrnehmung der agrarischen Interessen durch den Junkerring. Wir überschätzten sogar das Reinlichkeitsbedürfnis dieser Edelsten und Besten, als wir annahmen, sie würden auch den Hopsprenger Stöcker wegen seiner neuesten Diskreditierungen abzustufen suchen.

Ein solcher Versuch wurde allerdings gemacht, aber dahinter steckten hoffische wie auch parteipolitische Bemühungen, zu denen die Bismardorgane das Stichwort von den Catalinariern hergegeben hatten. Weber in der regierenden Junkersippe noch innerhalb ihres Gefolgslingens von Landpatronen, Beamten und Kleinbürgern erregte die Hintertreppenspolitik des theuren Gottesmannes Bedenken. Im Gegenteil, ihre Bewunderung für einen solchen brauchbaren Schlauberger wuchs sich zu schwülstigen Vertrauens- und Gebungen aus.

Inbezug hat doch, als der Hammerstein in den Abgrund rollte, das junkerliche Agrarierthum einen zu schweren Rippenstoß abgetrieht, als daß es nicht einige Zeit lang betäubt sein sollte. Zuerst rappelten sich diejenigen Augenöffnen wieder auf, denen nicht die eigentliche politische Arbeit in dem Parlament und auf den Hintertreppen der Paläste und Amtsbureaus obliegt, die vielmehr sich der reine agrarischen Agitation zur Kapierung des Bruder Bauer zugewandt hatten. Die Männer, die zu schreien gewohnt waren, wie Hax der Telamonier mit der Kraft von tausend Stieren, fanden zuerst ihre Stimme wieder und erklärten frisch von der Leber weg: Wir bleiben die Alten!

Sie haben denn auch rühmig fortagitirt, getrieben von dem richtigen Instinkt, daß die konservative Partei eine Interessententeilung der Großgrundbesitzer ist, der alles andere, was sonst an Forderungen und Grundsätzen von ihr vorgeführt wird, nur als Aufspund und Köder dient.

Mindestens eben so ungeschminkt als zu des seligen Hammerstein Zeiten stellt sich die konservative Partei in diesem Augenblicke dar als eine Großgrundbesitzer-Partei. Während der eine Mund ihres Januskopfes feierlich das Dogma von dem allein wohlhabend machenden Antrage Kanig verkündet, sprudelt der andere, die "Kreuz-Zeitung", durcheinander verworrene Pläne von staatlichen Kornspeichern und staatlichen Schuldentilgungen der Junker hervor.

Gleichzeitig aber hat sich ein anderer Wandel in der offiziellen Politik der Partei vollzogen, der äußerlich charakteristisch ist für diese aller Blödigkeit abgeneigte Interessentengemeinschaft. Verhallt ist die dünnstimmige Sittlichkeitsbege gegen die Catalinariern und laut ertönt statt dessen der Ruf: Hinans mit den Schwarmgeistern!

Das sind nun nicht etwa Leute, die irgendwie ein sittliches Verschulden auf sich geladen haben. Es sind bürgerliche Ideologen meist im geistlichen Gewand, die in den Aufschauungen eines gläubigen Christentums groß geworden sind, die für Erzeugnisse tieferster Ueberlegung hielten, was den Vertretern konservativer Ideen gelegentlich von christlicher Nächstenliebe über die Lippen quoll, Leute vor allem, die so weltfremd und naiv dachten, Herrn Stöcker für einen ernstlichen Sozialreformer zu halten.

Da sie selbst es ernst nahmen mit dem ausichtslosen Versuch, das Kameel des Konservatismus durch das Nadelohr eines werktätigen Sozialismus zu treiben, sind sie bald ihren Parteigenossen lästig geworden. Leute, die dem niederen Volke das Wort reden, die den Tagelöhner und Dienstboten zur Begehrlichkeit aufreizen, kann der Kornjunkerring ebensowenig in seinen Reihen dulden wie der Schlotjunkerring. Unter tosendem Beifall der Gefolgschaft von Stumm und Krupp hat deshalb die "Konservative Korrespondenz" den Naumann und Genossen die Wege gewiesen.

Ja, Herr Naumann, so geht's, wenn man nicht selbst zur rechten Zeit das rechte Wort der Scheidung findet. Sie haben stumm dabei gesehen, als Herr Stöcker die Hintertreppenspolitik verteidigte, und Ihr Freund Köpfer hat sogar ängstlich nach den Talarzipfeln des theueren Gottesmannes gegriffen und wird doch abgeschüttelt. Sie haben stumm dabei gesehen und die Bibel mahnt Sie doch: Ihr sollt nicht sein wie stumme Gunde!

Jetzt, da Sie gedrängt den Fehdehandschuh der "Konservativen Korrespondenz" angenommen haben, salbabert Freund Stöcker Seiten lang seine doppelzüngigen Explanationen daher, aus denen Sie wohl oder übel den Schluß ziehen mußten, daß auf den Mann nicht zu rechnen

ist bei einem Kampfe der "Christlich-Sozialen" gegen den Junkerring.

So wenigstens nur läßt sich Ihr merkwürdig verklassulirter Stoßsenfer in der neuesten "Hilfe" verstehen: "Was übrigens die Kriegserklärung der Konservativen Korrespondenz" anlangt, so scheint es manchen Leuten, daß sie nicht so sehr gegen die kleinen sozialistischen Pfarrer im Lande gerichtet war, sondern als ein beabsichtigter Zug des Herrn v. Mantuffel, des derzeitigen Führers der konservativen, gegen Stöcker anzusehen ist. Immer dringlicher tritt an diesen die Frage heran: willst Du zur Rechten oder zur Linken? Direkt gegen Stöcker vorzugehen war den Konservativen nicht möglich, weil sie dann vor aller Welt in ihrer ganzen Undankbarkeit offen dastehen würden. Sie hofften ohne Zweifel, er werde seine Hand soweit über uns jüngere Christlich-Soziale decken, daß man dann sagen könnte: Verehrter Herr Hopsprenger, wir bedauern unendlich, aber Sie selbst haben das trennende Wort gesprochen. Ob Stöcker das trennende Wort gegenüber den Konservativen finden wird? Vor einem Jahr noch haben wir es gehofft, jetzt haben wir das Gefühl, daß es ihm innerlich nicht möglich ist."

Es thun Herrn Stöcker noch immer viel zu viel Ehre an. Wie konnten sie glauben, daß diese beschworene Natur dem Junkerring ernstlich verdächtig bleiben könnte? Er wird mit ihm durch Dick und Dünn gehen, wenn's nötig ist, über die Leiber der "Schwarmgeister" hinweg.

Politische Ueberflacht.

Berlin, 8. November.

Eine Erinnerung. Sehr zur Zeit wurden von der "Deutschen Revue" zwei Briefe aus dem Jahre 1851 veröffentlicht. Es handelt sich um die Reise des damaligen Prinzen, späteren Königs und Kaisers Wilhelm I. nach London zum Besuche der Weltausstellung. Der eine Brief ist von dem Prinzen von Preußen an Bunsen, den preussischen Gesandten in London, gerichtet. Aus dem Briefe, der das Datum des 10. April 1851 trägt, erfahren wir, daß sich das Staatsministerium gegen die Reise des Prinzen nach London erklärt hätte, und zwar in erster Linie, weil bei dem Zusammenfluß aller Revolutionäre der Welt das Leben des Prinzen und seiner Familie in London gefährdet sei und wahrscheinlich in den nächsten vier Wochen eine rote Revolution in Frankreich ausbrechen und sich über Deutschland verbreiten werde. Dazu bemerkt der Prinz von Preußen an Bunsen: "Unser aller Leben steht in Gottes Hand, und es wird dasselbe an einem von ihm bestimmten Tage zu grunde gehen, es möge in England, Koblenz oder wo sonst sein!" Auch sehe er einen Moment des Ausbruchs einer Revolution nirgend sich darstellen. Wenn man so besorgt sei, könne man sich

Außerdem litt alle Schaffens- und Arbeitsfreude unter der wachsenden Gereiztheit des Geistlichen. Dieser hatte den Besuch des Ministers schon lange vergessen und machte aus seiner Unzufriedenheit mit dem Lehrer kein Hehl. Aerger und Streit gab es wieder in Menge. Durch Hansl's Vater hatte der Priester erfahren, daß der Lehrer seinen Schülern im Naturgeschichts-Unterrichte von den Himmelskörpern, von ihren Entfernungen von der Erde, von ihrem Entstehen und Verschwinden zu erzählen pflegte, und streng verbot er hierauf diese Lehren, die nur im Stande waren, die Jugend zu verwirren und von Gott abzulenken. Apathisch warf Gattl das interessante Buch, aus dem er vorgelesen hatte, in die Ecke seines Zimmers und rührte es nicht mehr an.

"Hast g'ratisch, dummer Kerl," fuhr er Hansl an, als dieser am folgenden Sonntag wieder ins Forsthaus kam. Der Junge legte seine Mappe auf den Tisch und fing furchtbar zu weinen an.

"Heul' net," schrie der Lehrer und wollte zu korrigieren beginnen. "Du hast ja nix g'arheit", fauler Strid!" Hansl hob die gerötheten Augen:

"I derf nimmer zeichnen, Herr Lehrer!" "Du . . . derfst nimmer?" "Na!"

"Wer hat Dir's verboten?" "Der Vater und der Herr Benefiziat, alle zwoa." Gattl fühlte einen Stich in seinem Herzen.

"Warum haben sie's Dir verboten?" Hansl stieß es auf und nieder vor Weinen: "Weil . . . weil . . . i a Geistlicher werd'n soll!"

Da litt es den Lehrer nicht mehr länger im Zimmer. Er mußte Gewißheit haben. Direkten Weges ging er zu Poiten. Der Bauer war immer noch kränklich und matt, die Spuren des schweren Anfalls standen deutlich auf dem pergamentenen Gesichte geschrieben. Als er aber dem Lehrer auf die gerade Frage antwortete, kamen eine Festigkeit und ein Trost zum Vorschein, die Gattl nach wenigen Worten zeigten, daß es für Hansl nichts mehr zu hoffen gab. (Fortsetzung folgt.)

Ein Derrückter. (Schluß.)

Kampf und Ende eines Lehrers. Roman von Joseph Kueberer.

Ununterbrochen schneite es fort, Tage und Nächte durch. Endlich nach Wochen suchte in den dichten Nebelschleieren, die weit in das Thal über die Berge herabhingen, ein leiser, mattblauer Schein und es regte sich wieder in der Höhe. Die Sonne arbeitete sich aus den leuchtenden Wolkenscheiteln heraus und schenkte die Dunstschleier am lachenden Himmel entlang um die verschneiten Felsenrippen der Berge. Wie gepuderte Haare sahen die dunklen Wälder hervor. Zu ihren Füßen erhob sich das Dorf lautlos aus der eisigen Hölle. Nur die blauen Rauchsäulen der Kamine zeugten von Leben unter den schneebedeckten, schwerbeladenen Dächern. Selten drang ein Laut in die tiefe Winterstille, und dann kam er von einer jungen, frischen Kehle, von den Kindern, die zur Schule gingen, wie schwebende Geister, weil ihre Tritte von den tiefen Schneemassen verschlungen wurden. Im Walde schimmerten glühende Eiszapfen zwischen den Nadeln der Tannen und dem verkrüppelten, rothbraunen Laube der Buchen und Eichen, rings um das Dorf aber breitete sich eine pulverige, leuchtende Fläche, die allen Verkehr mit der Außenwelt abgesperrt zu haben schien.

Ein Tag verging wie der andere. Träge kroch das Licht durch dampfende Nebel am Morgen heraus, zeitig stieg es wieder hinab hinter die Berge, und da zogen tieflaue Schatten durch das einsame Thal, die sich bald in die schwarze Nacht auflösten. Dann lag das Dorf wie ausgestorben und kein Lichtschimmer drang in das gähnende Dunkel.

Nur einmal, in einer sterubellen, klaren Nacht, flammte es auf hinter den eingeschnittenen Fenstern des Kirchleins. Sanfter Orgelklang und Kinderstimmen drangen aus der geöffneten Thüre des Gotteshauses und eine schwarze Menge zog über die von hellen Lichtern bestrahlte Schwelle. Dann aber ward's wieder still, tobtinstill in der weiten Landschaft. Erst in grimmig kalten Januarnächten klangen manchmal aus der Schneedecke muntere Weisen hervor, die

das einschläfernde Weitemurmeln der vereisten Dorfbrunnen überböteten und sich weiterpflanzten in die mondbeschienene, schimmernde Thalfläche.

Und immer kälter wurde es. Die bepackten Holzschlitten entlockten den spiegelglatten Wegen schrille Nistklänge, halbverhungertes Wild kam aus den dickverneisten Nadel- und Laubwäldern ganz nahe zum Dorf herab und der eiserne Ofen der Schule spie Feuer, wie ein wüthender Drache. Dittmals blickte der Lehrer sehnsüchtig zum Fenster hinaus und beobachtete die steigende Sonne. Jetzt kam sie schon jeden Tag ein bißchen höher über die Berge und einmal mußte sie auch diesem Winter ein Ende machen, der in seiner andauernden Strenge doppelt lang erschien. In der stickigen Atmosphäre des überheizten Schulzimmers unterrichtete der Lehrer Tag für Tag. Trat er dann in die schneidende Kälte hinaus, so fühlte er eine Mattheit und Erschöpfung, die ihn für den Abend völlig stumpf und denksunfähig machten und ihn schon früh auf das Lager trieben. Ja, diese langen Abende, diese Gefangenschaft in Schnee und Eis! Selbst Anna konnte sie ihm nicht erleichtern, wenn sie stundenlang neben ihm saß. Er wünschte sich manchmal im Stillen sogar von dem Mädchen getrennt zu sein, um sich nicht jeden Abend wieder von der warmen Brust losreißen und in eine Nacht hinanstreiten zu müssen, die das ganze Hochthal volle sechzehn Stunden mit eisernem Griff umklammerie. In seinem Zimmer, dessen niederes Fenster mit dicken Eisblumen bedeckt war, konnte er jedes mal in der grimmigen Kälte die wahnsinnige Gluth eines leidenschaftlichen Abschieds fühlen. O, wenn Anna nur fort wäre! Er fühlte, wie ihre Küsse immer stürmischer wurden, wie ihr Wesen unter einer zunehmenden Unruhe litt, und er sagte sich, daß es für sie beide besser wäre, wenn sie getrennt wären, als hier unter dem verzehrenden Weisammen-sein des vierten entsetzlichen Winters, den er im Dorfe verlebte, noch lange zu leiden. Im Anfang hatte es sich der Lehrer für diesmal leichter gedacht, jetzt sah er wohl, daß die Zuversicht auf den kommenden Frühling alle Leidenschaft nur noch mehr anstachelte und die Zeit noch träger verstreichen ließ, wie in den vergangenen Jahren.

gar nicht mehr vom Stuhle bewegen, ohne Gefahr zu laufen, ihn zu verlieren.

Der zweite Brief, ein Brief König Friedrich Wilhelms IV. an Bunsen vom folgenden Tage, bekundet, mit welchen falschen Vorstellungen die Umgebung des Königs auf denselben einzuwirken suchte. König Friedrich Wilhelm IV. schreibt an Bunsen: „Es ist außer Zweifel, daß die Menschen des Verderbens für May, spätestens für July eine allgemeine Blutrotze Schilderhebung vorhaben. Ob dieselbe ausgeführt wird? steht allerdings auf einem anderen Blatt. Was meinen Sie nun selbst, lieber Freund? Darf sich der Prinz v. Preußen der Gefahr aussetzen, durch diese Rebellion vom Vaterlande und dem Berufsschauplatz sich abgeschnitten zu sehen? Weiter fragt der König bei Bunsen an, ob des Prinzen von Preußen und seines Sohnes Leben bedroht sein würde: „Ich halte wenig von der dormaligen Fährlichkeit der Londoner Polizei, und von deren Können gegen den Mord gar nichts.“ In einem Postskriptum heißt es wörtlich: „Das Zustromen des deutschen Proletariats ist durch die Blutrotze förmlich organisiert in Scharen. Eine derselben führt Uhlisch!!! — der jedes Feuers fähig — und verläßt dieser Tage Bremen, wo der Umsturz schamlos auf der Gasse geht.“

Der letztere Brief ist besonders interessant. Er zeigt, wie die Camarilla arbeitet. Später gelang es ihr auch, den König gewordenen Prinzen von Preußen, der 1851 noch sehr kühl war, durch revolutionäre Schreckbilder zu beeinflussen. Wir erinnern nur an die wiederholt von dem Monarchen ausgesprochene Vermuthung, ihm sei das Schicksal Karls I. von England zugebracht. —

Die „Deutsche Tageszeitung“ antwortet auf unsere gestrige Abfertigung mit folgendem, die Gesinnung dieses Blattes trefflich kennzeichnenden Selbstebekenntnis:

Sozialdemokratisches. Berlin, 8. November. Das sozialdemokratische Zentralorgan, der „Vorwärts“, muß es zugeben, daß sein verantwortlicher Redakteur bis dahin nur Redaktionssekretär gewesen sei. Es heißt dann weiter:

„Er hat es dann als eine Ehrenpflicht betrachtet, in dieser politisch bewegten Zeit das schwierige Amt des verantwortlichen Redakteurs zu übernehmen, das bei einer Zeitung in der gefährlichsten Lage des „Vorwärts“ die Arbeitskraft eines Mannes vollständig in Anspruch nimmt. Der verantwortliche Redakteur hat jeden Artikel, jeden Satz sorgfältig zu prüfen, nöthigenfalls zu ändern und über Aufnahme oder Ablehnung endgiltig zu entscheiden!“

Diese „Entscheidung“ hat den sogenannten „verantwortlichen Redakteuren“ des „Vorwärts“ bisher wohl kaum zugefallen. — Aber der „Vorwärts“ behauptet auch, daß aus unsern Zeiten eine „unanständige Freude über die Strafverfolgung sozialdemokratischer Redakteure hervorgehe“. — Es ist keine unanständige, sondern sogar eine sehr anständige und erhebliche Freude, die wir empfinden, daß man auch seitens der Regierung angefangen hat, die Sozialdemokratie so zu behandeln, wie sie es verdient. Wer, wie die sozialdemokratischen Maulhelden, seine Hauptaufgabe darin sieht, das vaterländische Gefühl aller wohlgeleiteten Deutschen zu beleidigen, wer, wie diese sozialdemokratischen Führer, die Vaterlandslosigkeit gleichsam als Prinzip predigt, der hat kein Recht und keinen Anspruch darauf, im deutschen Vaterlande als gleichberechtigter angesehen zu werden. Und wenn den sozialdemokratischen jüdischen Federhelden und ihren Strohmännern das infame Verhören alles dessen, was uns Deutschen hehr und heilig ist, verfallen wird, so werden mit uns die patriotisch empfindenden Kreise aller Stände Freude darüber empfinden, wenn jene Leute im „Vorwärts“ sich zu fächeln beginnen.“

Zunächst wird den Lesern unserer gestrigen Ausführungen die Persiflage des geschätzten Agrarierorgans aufzufallen, daß völlig den Nachweis von Kunert's langjähriger redaktioneller und schriftstellerischer Thätigkeit todtschweigt, um von einem Eingeständnis reden zu können, daß Kunert bis dahin „nur Redaktionssekretär“ gewesen sei.

Noch charakteristischer ist aber die prahlerische Versicherung des Blattes, es empfinde eine sehr anständige

und erhebliche Freude über die Strafverfolgung seiner politischen Gegner. So etwas ist eines der bezeichnendsten Symptome für den gänzlichen Verfall des Ehrgefühls und der Männerwürde bei diesen Stützen von Staat und Gesellschaft. Wer über die Verurtheilung seines politischen Gegners wegen sogenannter einfacher Verleumdungen im politischen Kampfe Freude empfinden kann, zeigt damit einen so erbärmlichen Knechtsinn, daß man sich wirklich geniren muß, mit solchen Leuten sich herumzugeschlagen. —

Ueber unseren Genossen, den in Dortmund zum Reichstags-Abgeordneten gewählten Lütgenau, öffnen die Gegner jetzt, nachdem sie in Dortmund so elend geschlagen wurden, die Schenken der Verleumdung. Ohne auf die albernen Beschuldigungen näher einzugehen, konstatiren wir nur, daß Anklagen, welche gegen Lütgenau in Parteikreisen Ende der achtziger Jahre erhoben wurden, nach dem Hallenser Parteitag, vor ein zu diesem Zwecke berufenes Schiedsgericht gebracht wurden. Das Schiedsgericht entschied durchweg zugunsten Lütgenau's. Damit war und ist diese Sache für die Partei erledigt und die anonyme Verleumdungsjucht nationalliberaler Schmierfinken vermag daran nichts zu ändern. —

Unerschöpflich an neuen Gründen für die Nothwendigkeit eines Ausnahmegesetzes gegen die Arbeiter ist das Organ der „alten Plaketentiste“ aus dem Sachsenwalde, die „Hamburger Nachrichten“. So schreibt dieses ehrenwerthe Blatt jetzt aus Anlaß der Wahl in Dortmund:

„Es ist charakteristisch, daß auch bei dieser Stichwahl wieder der Sozialist mit bürgerlicher Hilfe gestützt hat. So lange die Sozialdemokratie nicht wieder durch Sozialistengesetze als staatsgefährliche und verbrecherische Partei dem Volksbewußtsein signalisirt wird, dürfte sich hier kaum etwas ändern.“

Also ein Sozialistengesetz verhindert die bürgerlichen Parteien, für die staatsverbrecherische Sozialdemokratie zu stimmen! Aber wie ist uns denn! Das Sozialistengesetz ist doch 1878 erlassen und erst 1890 verfallen. Dazwischen aber liegt das Jahr 1881, in dem ebenfalls allgemeine Wahlen zum Reichstag stattfanden. Damals kam in München II zum ersten Mal ein Sozialdemokrat in die Stichwahl und zwar mit einem Zentrumsmann. Der Sieg unseres Genossen war nach Lage der Sache ausgeschlossen, wenn die ausgefallene dritte Partei, die Nationalliberalen, sich der Stimme enthielten, wie das Zentrum leghin in Dortmund proklamirte, oder gar, da der Gegner zur staatsgefährlichen und verbrecherischen Partei“ gehörte, für das Zentrum stimmte. Was aber geschah? Trotz Sozialistengesetz und trotz der „staatsverbrecherischen“ Gesinnung unseres Genossen Bollmar stimmten die Nationalliberalen nicht nur Mann für Mann für denselben, nein, sie stellten sogar auch noch unseren Genossen die Liste der nationalliberalen Vertrauensmänner im Landbezirk zur Verfügung, damit ja auch dort keine liberale Stimme dem Umstürzler verloren gehe. Der Erfolg entsprach den Vermuthungen. Unser Genosse Bollmar schlug den Barver Westermaier glänzend mit Hilfe der thatkräftigen Unterstützung der Nationalliberalen.

Das war unterm Sozialistengesetz. Wenn Bedarf vorhanden, sind wir in der Lage und bereit, noch mit einer Reihe gleichwerthiger Beispiele aufzuwarten. Warum also jetzt diese Erregung über das Zentrum, wenn man selbst mit so „schlechtem“ Beispiel vorgegangen? —

In der französischen Kammer herrscht noch Waffenruhe. Die gestrige Sitzung verlief ohne ernsthafte Debatte. Die angekündigten Interpellationen über die allgemeine Lage und über Madagaskar wurden verschoben; desgleichen die Behandlung des Antrages Bazille auf Abschaffung des Anarchistengesetzes. Die Schonzeit wird aber nicht lange

Meine Arbeiten sind Konvulsionen und meine Muse ist Langeweile. Keizender Wechsel! Natürlich sind die Konvulsionen noch das bei weitem Bessere und ich hätte mich bereits lange wieder in diese betäubende Aufregung verlegt, wenn mich nicht derselbe Grund zurückhielt wie Dich. Ich möchte erst den April abwarten, um zu sehen, was wir von dem Jahr 02 zu hoffen haben.

Die Nachricht der „Süddeutschen Zeitung“ über den „zweiten Bund“, den Oesterreich mit den anderen deutschen Staaten geschlossen, ist äußerst wichtig. Von Stund an ist die preussische Regierung, selbst wenn sie es nicht wollte, in den italienischen Krieg hineingerathen, falls dieser wieder ausbricht. — In unserer Kammer der alte Jammer! Die Kerle wissen nicht, ob sie lauwärts oder lauwärts brassen sollen! Würden nicht den leichtesten Rahn führen können, und wollen ein Staatschiff leiten!

In Deinem Werk bin ich bis p. 422. Im Italienischen mache ich langsam Fortschritte. Bernays lehrt also gar nicht nach Zürich zurück? Will er wirklich seinen Wirkort bleibend in Gelsingdr verzeihen?

Deiner Frau gratulire vielmals, wünsche, es möge ein Junge sein und würde darauf bestehen, daß Du mich zum Pathe nimmst, wenn ich in Zürich wäre — und ja so, halt. Es ist doch ein Hindernis! Ich bin ja Jude! Man vergißt die bürgerlichen Kränkels so ganz und gar, wenn man nicht in demselben lebt. —

Ferdinand Lassalle an Oberst Rükow. Berlin, 29. Februar 1862.

Die Gräfin schreibt mir, sie habe aus meinem Briefe an Dich mit Befriedigung ersehen, daß ich hier „eine politische Thätigkeit gefunden!“ Eine famose Auffassung! Ich beschreibe mich, die „Anbahnung“ der Anbahnung einer politischen Thätigkeit anzubahnen! Das ist Alles... und wahrlich auch noch zu früh. Es ist ein Einwirken auf eine Handvoll Privatpersonen!

Manimal inwischen sieht man, daß man nicht ganz umsonst gelebt und gedacht und wie verrückt gearbeitet hat. So ist mir nämlich ein Sieg gelungen, den ich in bezug auf die dazu erforderliche Kraftanstrengung zu den schwierigsten zähle und, obwohl es sich natürlich wieder um ein Individuum handelt, doch, weil dies Individuum eines von den geist- und werthvollsten und thätigsten ist, die ich kenne, auch in bezug auf das sehr hoch schätze. Es ist mir gelungen, in zwei Unterredungen, von denen freilich die erste von 4 bis 8 Uhr, die zweite von 4 bis 12 Uhr dauerte, Duher zum Proselyten zu machen, ihn ganz auf unsern Standpunkt herüber zu holen. So hat er mir wenigstens erklärt.

Es war eine Meilenanstrengung. Denn dieser gründlich und tiefgehende Geist gab sich der politischen Erörterung der Weltlage gegenüber, die unsere erste Unterredung füllte, nicht gefangen. Er bohrte sich von selbst bis zum sozialen Kern fort und erklärte mir, Tags nach der Unterredung, von hier aus schriftlich seinen ferneren Vöherhand.

*) NB. Es wird jetzt ihre Authentizität bestritten; in wie weit mit Recht, wird sich bald zeigen. Lassalle.

bauern; und die Feinde des neuen Ministeriums beunruhigen den kapitalistischen Hartschädel Pességuier als Sturmbock. Dieser Fabrikpacha von Carmaux hat das absolute Recht des Kapitals gegenüber der Arbeit proklamirt und in hochfahrender Weise der Regierung das Recht abgesprochen, sich in das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit zu mischen. Das ist sehr gut. So findet die Regierung sich sofort vor das Dilemma gestellt: Klassenstaat oder demokratischer Staat? — Die Wiedereröffnung der Pariser Arbeitsbörse ist an die Bedingungen geknüpft, daß die Syndikate sich den Bestimmungen des Syndikalitgesetzes anpassen. Da nun die Opportunisten seinerzeit die Arbeiterbörse schlossen, weil die Syndikate sich diesen Bestimmungen nicht fügen wollten, behaupten die gegnerischen Blätter, das neue Ministerium sei den Arbeitern nicht besser gesinnt, als die früheren. Das ist nun böshafte Heuchelei. Die früheren Regierungen beugten das Gesetz zum Nachtheile der Arbeiter, und die neue Regierung hat versprochen, es zum Vortheil der Arbeiter zu reformiren. (Siehe die Korrespondenz unter Frankreich.) —

Zum „neuesten Bund“ wird jetzt gemeldet, daß Mr. Pauncfote, der englische Votchschafter in Washington, der Regierung der Vereinigten Staaten eine gemeinsame Aktion Englands und der Vereinigten Staaten in der Türkei vorgeschlagen habe. In dieser Form ist die Nachricht gewiß nicht ganz richtig. Auf die Aktion in der Türkei kommt es jetzt weniger an als auf die Aktion in Ostasien, wenn auch beides nicht von einander zu trennen ist. Und in Ostasien sind die Vereinigten Staaten weit mehr engagirt als in der Türkei. Jedenfalls wird in Washington wie in London der Gedanke eines Bundes zwischen England und Amerika ernstlich erwogen und er kann jeden Augenblick sich verwirklichen — wenn dies nicht schon geschehen ist.

Im Zusammenhang mit vorstehender Meldung steht die Nachricht, die amerikanische Regierung habe den Mächten angekündigt, daß sie kräftige Maßregeln zum Schutze der amerikanischen Bürger in der Türkei angeordnet habe. Es könnte dies für den Fall, daß die Russen, wie sie gedroht haben sollen, in Armenien einmarschiren, eine gemeinsame Gegenaktion der Engländer und Amerikaner einleiten.

Jedenfalls ist die Lage sehr ernst; die Rede des englischen Unterstaatssekretärs Curzon stellte ein weit ungünstigeres Prognostikum als die Wolff'sche Depesche erkennen ließ; und gestern erklärte der dem Cabinet angehörige Herzog von Devonshire auf dem Jahresessen der Messerschmidbezugs in Sheffield: „Wir sind nicht sehr weit entfernt von dem Ausstehen der orientalischen Frage, wenn sie nicht schon aufgetaucht ist.“

Hierher gehören auch die Mittheilungen aus Japan, daß dort mit Anspannung aller Kräfte gerüstet wird, und daß die Regierung sich augenscheinlich zu einem Waffengang im größten Maßstabe vorbereitet. Namentlich sucht man die Flotte zu vermehren, und es sind mehrere Kriegsschiffe in England bestellt worden, mit der Weisung, den Bau nach Möglichkeit zu beschleunigen. Außer England haben nur noch die Vereinigten Staaten von der japanischen Regierung Bestellungen erhalten. Deutschland wurde ganz übergangen. Folgen des Zickackurses. —

Deutsches Reich.

— Die Konferenz zur Revision des Alters- und Invaliditäts-Gesetzes. Ueber den Verlauf der gestrigen Sitzung meldet ein Berichtsfasser:

Die Einzelberatung der Vorlage wurde fortgesetzt und drehte sich um verschiedene Sonderfragen. Der Hauptzweck des Entwurfes geht dahin, zwischen den verschiedenen Versicherungsanstalten die finanzielle Belastung praktischer abzugrenzen. Zur Frage der Verschmelzung der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung hat Magistrateffessor Dr. Freund, wie wir bereits mitgetheilt haben, Grundsätze für eine Vereinfachung der Organisation

So lud ich ihn denn zum zweiten Ringkampf. Und hier in seiner Unterredung von acht Stunden, in der ich gerührt war, ich kann wirklich fast sagen, das „Ganze“ der ökonomischen Wissenschaft zur Entfaltung und Perception zu bringen, erklärte er sich denn für überzeugt und gewonnen.

Es war eine so rasende Geistesanstrengung und Gedankenkomprimierung, die ich dazu anbieten mußte, daß mir noch heute die Kopfnerven weh thun, wenn ich daran denke. Ich schätze aber das Resultat sehr hoch, weil es ein so tüchtiger und gründlicher Mensch ist, wie wenige, und eine literarische Feder, wie kaum eine. Ein Zeitungsschreiber wie er ist nicht wieder zu finden! Kommt es noch zu meinem Zeitungsunternehmen, so tritt er wahrscheinlich bei mir ein.

Uebrigens muß über diese Velehrung Bucher's vollständigste Diskretion beobachtet werden, einmal weil persönliche Velehrungen überhaupt häufig für gemachte Größen, wie er, etwas persönlich Verleühendes haben, und zweitens aus manchen anderen konkreten Gründen, die in seiner jetzigen Stellung noch wurzeln. Auch möchten wir erst noch sehen, inwiefern diese Velehrung eine dauernde ist, obwohl ich bei dem Ernst seiner Natur nicht daran zweifle.

Ferdinand Lassalle an Georg Herwegh. Berlin, 27. März 1862.

Therurer Georg! Sellevuestraße 18. Endlich einmal ein Lebenszeichen von Ihnen! Es war wirklich sehr, sehr Unrecht von Ihnen, mir die ganze Zeit hindurch keine Zeile zuzulassen zu lassen! Es sind lauter schlechte Gründe, die Sie dafür vorbringen. Trotz aller Abneigung gegen Gesühlsloht und politischen Kannegießer und trotz des fassen Gueler's, in welchem meine Tage so gut verstreichen wie die Ihrigen, müssen immer noch Dinge genug übrig bleiben, die wir uns zu sagen haben, mindestens sagen können, wenn man einigen Werth darauf legt, in irgend welchem Zusammenhang mit der Existenz des andern zu bleiben. Inzwischen die Hauptsache ist, daß Sie sich selbst endlich gebessert haben und damit soll Ihnen ohne weitere Abkündigung vergeben sein.

Vor allem zu einer Hauptsache: Sie schreiben, Sie seien rasend über die Ungewißheit Ihrer Lage! Therurer Georg! Es kann von Ungewißheit nicht mehr die Rede sein. Seit De Sanctis nicht mehr Minister ist, haben Sie meines Grachtens nicht mehr die geringste Aussicht, jene Berufung verwirklicht zu sehen. Werfen Sie jeden Gedanken daran fort. Das Gegentheil würde nur heißen, sich nutzlose Illusionen machen und sich eben dadurch auch in dem lähmen, was man leisten und vollbringen kann. Es ist die rückhaltlose, aufrichtige Sprache des treuen Freundes, die ich Ihnen spreche. Ich weiß, daß es Ihnen weh thun muß, eine Ansicht aufzugeben, an die Sie sich nun einmal gewöhnt und für die Sie bereits so viel gearbeitet hatten. Aber erinnern Sie sich jetzt, um sich den Uebergang zu erleichtern, daß Sie im Anfang nur mit großem Widerstreben dazu zu bringen waren,*) auf jenen Ruf einzugehen. Denken

*) Dies ist nicht ganz richtig. Herwegh hatte sich nur besonnen, da es sich um eine schnelle Entscheidung in einer wichtigen Angelegenheit handelte. NB. Es war im Jahre 1861,

Neue Briefe von Lassalle.

Wie wir bereits mitgetheilt, erscheinen gegen Mitte November in Albert Müller's Verlag in Zürich: Ferdinand Bassalle's Briefe an Georg Herwegh (1860—1863) nebst Briefen der Gräfin Hahfeldt an Frau Emma Herwegh. Die aus Georg Herwegh's Nachlass stammende und von dem Sohn des Dichters Marcel Herwegh in Paris herausgegebene Sammlung dürfte eine besondere Aufmerksamkeit verdienen und in Anspruch nehmen. Die „Frankfurter Zeitung“ ist in der Lage, einige der sehr interessanten Schriftstücke vor Erscheinen des Buches mitzutheilen. Die beiden ersten Briefe sind an Wilhelm Hüfow, den bekannten Demokraten und Militärschriftsteller (geb. 1821, gest. 1878) gerichtet, der mit Herwegh innig befreundet war. Einige unwesentliche persönliche Erörterungen wurden darin weggelassen, ebenso das Glossar des Herausgebers, soweit es allgemeine bekannte Thatsachen betrifft:

Ferdinand Lassalle an Oberst Hüfow. (Berlin) 9. Februar 1862.

Therurer Freund!

Ich wollte Dir wieder einen Brief schreiben im Stille des Ichten, da Dir derselbe gefallen zu haben schien, in welchem ich Dir den Beweis meiner Studien in Deinem Werk zu geben beabsichtigte. Allein ich finde, schon seit vier Tagen den Brief verfallend, nicht mehr Zeit noch Banne dazu! Wenn man sich jedes bißchen Lustigkeits, das man geniehen will, immer erst gemalt selbst produziren muß, wenn nichts in der Umgebung erlustigend auf einen wirkt, ermüdet man notwendig gar bald. Wie recht hast Du, zu sagen, Du würdest uns, wenn Du hier wärest, gar oft zum Kochen bringen; wie recht hast Du deshalb, zwar nicht in Deinem, wohl aber gar sehr in meinem Interesse es zu bedenken, daß Du nicht hier bist. Lustiger Kerl, wie viel, wie heiter, wie herzlich habe ich mit Dir gelacht — wie wenig oder gezwungen seitdem! Ich esse und trinke, und habe was Menschen Begehrt. Und meine Befriedigung bei dem Allen — die gönne ich keinem Hunde. Es geht mir schon seit vielen Jahren so, immer wachsend, das einzige Mittel dagegen für mich ist, unterzutauchen in eine Arbeit, scheinbar viel zu groß, um sie überhaupt ausführen zu können, sechs Mal zu groß, um sie in dem Dreifachen der Zeit, die ich mir dafür gesteckt, ausführen zu können: So wie ich mich in solche neue Qual eingeschickt habe, dann wird von dieser Arbeit, der ich dann hingegeben, jede andere latente Stimmung unterdrückt! Ich arbeite, marriere mich, schreibe mich ab an dem unmöglichen Ziel, drücke mir den rothglühenden Stachel immer tiefer in die Flanken, verzehre mich, beise mich ab, reibe mich auf, und in dieser verzehrenden Leidenschaft, in der ich dann mich wunde und ringe, die mir die Seele durchbringt und den Geist beschäftigt, täglich bis mir die Augen zufallen, während ich beim Wahl bin und während ich mit Weibern scherze oder Kourttise — in dieser wohnsinnigen Neuroenergie fühle ich mich dann gefättigt und mache das Unmögliche möglich. So wie es aber am Tisch liegt und mir der Stachel aus den Eingeweiden gezogen ist, falle ich zurück in die Faust-Stimmung: „Es möchte kein Hund so länger leben!“

Der Arbeiterversicherung" der Kommission vorgelegt. Dieser macht folgende Vorschläge: 1. Die Durchführung der Krankenversicherung wird den Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalten und zugelassenen Kassenvereinigungen übertragen; die ersteren erhalten die Bezeichnung "Arbeiter-Versicherungs-Anstalten". Die Versicherungsanstalten und Kassenvereinigungen sind für die Zwangsversicherung ausschließlich zuständig. 2. Soweit die der Invaliditäts- und Altersversicherung unterliegenden Personen der Krankenversicherung nicht unterliegen, werden sie der Krankenversicherungspflicht unterworfen. 3. Die Unfallversicherung erfolgt wie bisher durch die Berufsgenossenschaften. 4. Als lokale Aufsichtsbehörden der Arbeiter-Versicherungs-Anstalten und Berufsgenossenschaften bei der Durchführung der Versicherung fungieren Arbeiter-Versicherungsämter. Diese werden durch die Landesregierungen für kleinere Bezirke, etwa die bisherigen Krankenlassen-Bezirke, eingerichtet. Die Kosten der Einrichtung und Unterhaltung der Ämter tragen die Arbeiter-Versicherungs-Anstalten und Berufsgenossenschaften gemeinschaftlich. Die Ämter bestehen aus einem höheren Beamten als Vorsitzenden und mindestens zehn Beisitzern, je fünf Vertretern der Arbeitgeber und Versicherten. Der Vorsitzende wird von dem Kommunalverbande bestellt, für dessen Bezirk das Arbeiter-Versicherungsamt errichtet ist. 5. Den Arbeiter-Versicherungsämtern liegt insbesondere ob a) für den Geschäftsbereich der Arbeiter-Versicherungs-Anstalten: Kontrolle über die Verwendung der Beitragsmittel, Ausstellung der Quittungskarten, Gewährung der Krankenfürsorge, Entgegennahme der Beiträge auf Renten, Vorbereitung und Prüfung der Anträge, gutachtliche Messung über diese; b) für den Geschäftsbereich der Berufsgenossenschaften: Entgegennahme der Anmeldung der Betriebe und der Unfälle, Unfalluntersuchung, Ueberwachung der Unfallverhütungsvorschriften, Gewährung von Vorschüssen, Vorbereitung und Vorprüfung der Rentenansprüche und Abgabe einer gutachtlichen Äußerung. Im übrigen sind die Ämter verpflichtet, jeden von den Anstalten und Genossenschaften in Ausführung der Versicherungsgesetze erteilten Auftrag zu erledigen. 6. Die Arbeiter-Versicherungsämter unterliegen der Aufsicht und Kontrolle durch die Versicherungsanstalten unter Oberaufsicht des Reichs-Versicherungsamtes bzw. der Landes-Versicherungsämter. Die Geschäftsordnung für die Arbeiter-Versicherungsämter, die insbesondere auch über den Umfang der Heranziehung der Beisitzer in der Geschäftsführung Bestimmung trifft, erläßt die Ober-Aufsichtsbehörde. 7. Zur Entscheidung von Streitigkeiten irgend welcher Art, die bei der Durchführung der Arbeiterversicherung entstehen, sind ausschließlich die durch die Versicherungsgesetze vorgesehenen Organe, nämlich: Reichs-Versicherungsamt bzw. Landes-Versicherungsamt, Schiedsgericht, Versicherungsanstalt, Berufsgenossenschaft, Arbeiter-Versicherungsamt zuständig. Insbesondere fällt die Zuständigkeit der Zivilgerichte, Verwaltungsgerichte und Verwaltungsbehörden fort.

Morgen wird, wie der "Voss. Zig." gemeldet wird, die Beratung der Frage nach Verschmelzung der Arbeiter-Versicherungs-Gesetzgebung auf Grund des vom Präsidenten Dr. Völkler ausgearbeiteten Entwurfs, der am Dienstag unterbrochen worden ist, wieder aufgenommen werden. In diesem Entwurfe sind folgende Punkte aufgeführt: Rentenversicherung, Angliederung der Krankenversicherung, Vereinfachung der Beitragsmarken, Verminderung der Kapitalansammlung, Konzentration der Verwaltung, Abrechnung unter den Versicherungsanstalten, Minderung der Zahl der Bestände, Schiedsgerichte und Vertrauensmänner, Vereinfachung des Verfahrens, Ermäßigung der Kosten.

Ein interessanter Brief, der keines Kommentars bedarf:

Meinerz, den 16. Oktober 1886.
Auf das Gesuch vom 15. d. M. und vom 1. Juli v. J. erwidere ich Ihnen ergebenst, daß ich, trotzdem Sie als armer, unterstützungsbedürftiger Weber mir bekannt sind, zu meinem größten Bedauern nicht in der Lage bin, Sie aus den von Sr. Majestät zu dem qu. Zwecke allergnädigst zur Verfügung gestellten Geldmitteln durch Verbesserung Ihrer Webergeräthstoffe zu unterstützen, weil Sie als zu den Führern des dortigen sozialistischen Arbeitervereins gehörig — bezeichnet sind und daher einer Unterstützung aus obigen Mitteln, der bestehenden Instruktion gemäß, nicht als würdig erachtet werden können.
Sollte sich jedoch dieses Verhältniß inzwischen vielleicht geändert und Sie sich das selbst in den Weg gesetzte Hinderniß beseitigt haben, so würde es mich freuen, wenn Sie, indem Sie mich von einer etwaigen Veränderung jenes Verhältnisses überzeugen, in die Lage versetzen, ebenso wie anderen

Sie hieran zurück, denken Sie sich in jene Stimmung wieder hinein, und Ihr Gedank, so natürlich er ist, wird sich mindern. Jetzt, lieber, ist es aus mit der Vorbereitung für den italienischen Beifall, jetzt rückt also sofort ohne Weigerung, ohne Zaudern, ohne Nachdenken, ohne sich eine Zeit zum Empfinden zu lassen, Ihr mir gegebenes Wort, Ihr Ehrenwort an seinen alten Platz: Herausgabe Ihrer Gedichte! Sie müssen sofort anfangen. In zwei Monaten, ja schon bis medio muß das Manuskript bei Brockhaus sein.
(Schluß folgt.)

wir lebten damals in Zürich, als ein früherer Professor der italienischen Literatur am dortigen Polytechnikum, Herr De Sanctis, damals italienischer Unterrichtsminister, ganz unerwartet per Telegramm an Georg Herwegh die Frage richtete, ob er den Lehrstuhl als Professor der vergleichenden Literatur (der besonders für Herwegh gegründet werden sollte) in Neapel annehmen wolle? Um telegraphische Rückantwort ward gebeten. Unser Licher, der sich nie in seinem Leben um eine Stelle beworben hatte, nahm diesen ihm so ehrenvoll angetragenen Posten an und erhielt umgehend einen Danklosungsbrief des Ministers, worin ihm dieser seine Freude über die Zusage auf's Lebhafteste ausdrückte und ihm die Zusendung des in aller Form Rechtens unterschriebenen Dekrets in nahe Aussicht stellte. Von dieser Stunde an studierte Herwegh mit unablässlichem Eifer Tag und Nacht die italienische Sprache, deren Literatur ihm bekannt war wie Wenigen. Eine seiner Eigenheiten bestand ohnehin darin, daß er sich in das Lesen eines Wörterbuchs vertiefen konnte wie Andere in die Lectüre eines Romanes. Ein Freund von uns, Professor Molescott, der damals eine von ihm nachgesuchte Stelle als Professor der Physiologie in Turin antritt, verließ uns, mich dünkt, es war Anfang November, mit den Worten: "Auf baldiges Wiedersehen in Italien!" Aber Monat auf Monat verging, ohne daß das verheißene Dekret kam. Da plötzlich wurde das Ministerium gestürzt, an seine Stelle des bisherigen Unterrichtsministers De Sanctis trat der bekannte Matteucci, ein fanatischer Anhänger Napoleons III., wie seine familiären Kollegen, und als wir um acht Tage vor Oheim, der zum Antritt des Lehrstuhls bestimmten Zeit, uns auf die Reise nach Neapel begeben wollten, lasen wir, ohne durch eine vorausgegangene Entsendung und Mittheilung seitens des neuen Ministeriums an Georg Herwegh darauf vorbereitet zu sein, in einer Nummer des in Mailand erscheinenden "Pungolo" folgende Notiz: "Der sehr gelehrte Professor Georg Herwegh, welchem der Lehrstuhl für vergleichende Literatur in Neapel angetrogen war, der diesen Ruf angenommen hatte und eben im Begriff stand, mit seiner Familie übersiedeln, wird diese Stelle nicht bekleiden, weil sich die politischen Hindernisse — Frankreich und Preußen hatten, wie uns später berichtet wurde, Protest gegen die Anstellung eines 'rothen Republikaners' eingelegt — als unüberwindlich erwiesen haben." (Aus: "Eine Erinnerung an Georg Herwegh, von Emma Herwegh"; Leipzig 1875.)

Herwegh, "Neue Gedichte", erschienen nach seinem Tode. (Zürich, Verlags-Magazin 1877.)

armen Webern, auch Ihren Bedürfnissen soweit als möglich abzuheilen zu können.

Der Kgl. Regemeister
Frankenberg.
den Weber Herrn August Klingberg
in Steinfelderdorf.
J. Nr. 1274.

Kiel, 8. November. Bei den heute vollzogenen Stadtverordneten-Wahlen stimmten die Freisinnigen für den konservativen Rechtsanwalt Thomsen, der auch gewählt wurde. Unsere Partei beobachtete strikte Wahlenthaltung, nachdem vorher scharfe Protestkundgebungen gegen den Wahlsatz erfolgt waren.

Das Reich kann ihnen nicht helfen — den Genossen in Sachsen nämlich, die unter der famosen Vereinsgesetz-Praxis leiden, wenn die Behörden den Reichstags-Abgeordneten verwehren, ihren Wählern Bericht über ihre Thätigkeit zu erstatten. Bekanntlich durfte der Abgeordnete für den 22. sächsischen Reichstags-Wahlkreis, Franz Hofmann, in einer Elsterberger Versammlung am 24. Februar d. J. über seine Vertreterthätigkeit nicht Bericht erstatten, weil aktenkundig geworden sei, daß Hofmann in zwei Versammlungen in direkter Weise zu Gefehwidrigkeiten und Gewaltthätigkeiten aufgefordert habe. Genosse Rohleder in Elsterberg ging alle behördlichen Instanzen Sachsens beschwerend durch — ohne Erfolg. Endlich wandte er sich vor mehreren Monaten direkt nach Berlin an den Reichs-Langler um Entscheidung. Dieser hat unserem Genossen nun geantwortet, daß er nicht in der Lage sei, der Beschwerde Folge geben zu können, da in dem Verbote der von Ihnen auf den 24. Februar d. J. nach Elsterberg einberufenen Volksversammlung durch die königlich sächsischen Behörden eine Verletzung verfassungsmäßiger Vorschriften nicht zu erkennen ist. Es bleibt also dabei, daß ein Mitglied des Reichstages durch Behörden eines Bundesstaates verhindert werden kann, über seine parlamentarische Thätigkeit vor seinen Wählern zu reden und das Reich kann nichts thun, ihn in Ausübung seiner Pflichten zu schützen. Der Reichstag aber wird diese eigenthümliche sächsische Praxis einmal gehörig unter die Lupe nehmen müssen.

Die silberne Internationale. Der Ausschuss des Deutschen Bimetallisten-Bundes trat gestern in den Räumen des Abgeordnetenhauses unter Vorsitz des Abgeordneten Leschner zu einer Sitzung zusammen, der u. a. Graf Mirbach, Graf Udo Stolberg und andere Abgeordnete beizuhörten. Zunächst konstatierte der Ausschuss seine volle Uebereinstimmung mit dem Vorgehen der französischen und englischen Bimetallisten-Liga. Alsdann trat er dem Antrage Graf Mirbach an den Staatsrath bei. Ein Beschluß des Ausschusses über das weitere Vorgehen der deutschen Bimetallisten wird demnächst veröffentlicht werden.

Trotz der den Argentinern freundlichen Erklärungen des Landwirtschaftsministers Freiherrn von Hammerstein-Vortzen dürften die Beschlässe der Bimetallisten der Goldwährung ziemlich ungeschicklich sein.

München, 8. November. In der Kammer der Abgeordneten wurde heute der Zentrumsantrag auf Errichtung einer staatlichen Mobiliar-Versicherungsanstalt mit 79 gegen 68 Stimmen angenommen, dagegen der Zusatzantrag der Sozialdemokraten auf Ausschluß der Privatversicherung abgelehnt.

Für den badischen Landtag soll, wie der "S. G." erfährt, ein neues Wahlgesetz geschaffen werden, wodurch das indirekte Wahlsystem beseitigt werden soll. Die Beseitigung soll geknüpft werden an die Bedingung der Aufhebung der Stichwahlen. Es soll also wie in Sachsen die relative Mehrheit gelten, eine Einrichtung, durch welche die Nationalliberalen, als die relativ stärkste Partei, glauben sich die Mehrheit in aller Zukunft für den badischen Landtag sichern zu können. Sie würden sich dabei aber voraussichtlich sehr irren, denn die Hoffnung, für lange noch die relativ stärkste Partei zu bleiben, ist für die Nationalliberalen sehr eitel.

Gegen den Abg. Preiß ist das gerichtliche Verfahren in Kolmar eingeleitet worden. Preiß betreibt, die bekannten Äußerungen gegen den Interviewer des "Petit Journal" gethan zu haben. Der einzige Opreuzer bei der Unterredung, Ernest Judet, befindet sich, wie der "Köln. Zig." aus Kolmar geschrieben wird, außerhalb des Machbereichs der deutschen Gerichte.

Oesterreich.

Die Amnestie in Prag. Die Amnestie für die verurtheilten Omladisten hat in Oesterreich allgemeine Begeisterung hervorgerufen und wird als ein Akt politischer Klugheit bezeichnet. Freilich haben die Junggehehen in einer öffentlichen Erklärung bereits verkündet, daß sie die Amnestie registrierten wollten, ohne sich dadurch in ihrem weiteren Verhalten gegen die Regierung beeinflussen zu lassen, aber dadurch wird die Bedeutung der That nicht abgeschwächt. Mit Recht weist übrigens unsere österrische Parteipresse darauf hin, daß die Amnestie nicht unumfassen genug sei, denn noch sei nicht den Opfern der Ausweisungen zur Zeit des Belagerungszustandes in Prag und Wien, die allein auf polizeiliche Verfügung ohne ein richterliches Urtheil, ja ohne die Möglichkeit eines Appells an eine höhere Instanz aus ihrer bisherigen Lebenssphäre herausgerissen sind, die Freiheit der Rückkehr gewährt. Bemerkenswerth dabei ist, daß die Omladisten meist Söhne des Bürgertums waren, die Ausgewiesenen aus Wien und Prag aber ausschließlich Proletarier!

Die Amnestie hat, nebenbei bemerkt, in der "Vossischen Zeitung" eine nette Beurtheilung erfahren, aus der man wieder einmal so recht die "Prinzipienfestigkeit" unserer bürgerlichen Liberalen erkennen kann. In einem Leitartikel über die Dortmunder Wahl in der Nummer vom 6. November waren die sehr berechtigten Zweifel ausgedrückt, ob eine Regierung durch Anwendung von Zwangsmitteln auf die Dauer eine Volksbewegung niederhalten könne, Zweifel, auf die sich die "Vossische" offenbar nicht wenig zu gute thut; und unmittelbar darauf, in einer Notiz über die Prager Amnestie behauptet eine liberale Mannesseele:

"Offenbar hofft der polnische Graf, der gegenwärtig die innern Geschicke Oesterreichs lenkt, den doppelgeschwänzten Cechen durch milde Behandlung leichter fassen zu können, als durch die Fuchtel. Der Versuch wird bei der Widerkühligkeit des Cechenthums, dem auf die Dauer nur eine eiserne Faust imponirt, voraussichtlich fehlschlagen und vielleicht noch Graf Wadeni selbst, gewiß aber sein Nachfolger im Ministerpräsidium wird nach einiger Zeit gezwungen sein, wieder zu drastischen Mitteln zu greifen."

"Erkläret mir, Graf Derindur, diesen Zwiespalt der Natur!"

Die Junggehehen ernstlich zu gewinnen, scheint das Streben des Grafen Wadeni zu sein. Dies beweist auch die folgende Meldung aus Prag: Am 6. November wurden in Prag alle Untersuchungsrichter, bei welchen politische Prozesse anhängig sind, zum Präsidenten des Strafgerichts gerufen, welcher ihnen eröffnete, daß diese Prozesse einzustellen sind. Ebenso wurde das Verfahren wegen aller politischen Verbrechen eingestellt. Alle Personen, welche sich wegen politischer Delikte in Untersuchungshaft befanden, wurden auf freien Fuß gesetzt. Unter denselben befand sich auch der letzte Sonntag in einer Anarchistenversammlung verhaftete Kalkna.

Der österrische Finanzminister zerbröckelt schnell die Illusionen, die aus der Antrittrede Wadenis gewonnen wurden. Er erklärte im Abgeordnetenhause: Auf den Ertrag von 1 700 000 Fl. des Zeitungstempels sei nicht leicht zu verzichten. (Der Zeitungstempel ist eine schwere Belastung der Presse, die nur den Besizenden erlaubt das Zeitungswesen voll auszunützen.) Betreffs des Zeitungstempels von Bei-

tragen zu illustrierten Zeitungen werde eine mildere Praxis eintreten. Bei dem Kapitel "Lotto" warnt der Minister vor dem Zurückgehen auf eine Klassenlotterie, welche durch minimale Losstücke die kleinste Leute ins Spiel hineinziehen würde. Die Ausbeute des Lottos würde erwogen werden, sobald das Finanzprogramm der Regierung angenommen werde.

Die Wahl des Wiener Bürgermeisters, die wegen der Nichtbestätigung der Wahl Wuegers notwendig geworden ist, soll Mittwoch oder Donnerstag stattfinden.

Versuch einer Gesezgebung gegen die Kartelle. Der Landwirtschaftsausschuss des Abgeordnetenhauses nahm die vom jungcehigen Abgeordneten Paucal vorgeschlagene Resolution an, in welcher die Regierung aufgefordert wird, in aller nächster Zeit einen Gesezentwurf einzubringen, durch welchen Kartellverbindungen durchweg der staatlichen Bew. der Landesaufsicht unterstellt werden und die Gründung wirtschaftlich schädlicher Kartelle bestraft wird. Der Vertreter der Regierung stimmte der Resolution zu.

Den Herren Staatsanwälten ins Stammbuch. In Wien hat vor einigen Tagen unser Genosse, Dr. Wilhelm Ellenbogen in einem politischen Prozeß den ersten Staatsanwalt Hamlat, der sich gegen sozialdemokratische Redakteure in beschimpfenden Ausdrücken zu ergeben beliebte, den Standpunkt plausibel gemacht. Ellenbogen führte unter anderem aus:

"Die Presse hat die heiligste Aufgabe, sie hat die Pflicht, ihre Freiheit zu schützen. Wer sind wir denn, die die Zeitung schreiben, fleißig Tag und Nacht studiren, unseren Horizont erweitern, damit wir den Bürgern und der Bevölkerung Aufklärung bringen können? Wer sind denn die Leute, die bestrebt sind, die Zeit nach vorwärts zu bringen? Nun tritt der Staatsanwalt Hamlat gegen Redakteure auf und bedient sich einer Reihe von Ausdrücken, die näher zu charakterisiren mir der Respekt vor dem Orte verbietet, an dem ich spreche. Der Erste Staatsanwalt Dr. Hamlat rief den Redakteuren Kraft und Weisheit der Worte zu, wie: 'Pöbelhafte Gemeinheit, bodenlose Gemeinheit', er sprach von 'Ausdrücken, die aus der Gasse ausgelesen sind', er sprach davon, daß die Redakteure gegen Zahlung solches thun. . . . Nach alledem, was wir von dem Staatsanwalt zu erdulden haben, nach den tausenden Anlässen und massenhaften Beurtheilungen, nach den Freiheitsberaubungen sind wir nicht dazu da, um uns vom Staatsanwalt auch noch beschimpfen zu lassen. Wir wissen wohl, daß wir von den Gegnern keine Rücksicht zu erwarten haben. Aber dieser Kampf zwischen Unterdrückten und Herrschenden hat bestanden, so lange es eine Menschheitsgeschichte giebt. Man hat Menschen in die Kerker geworfen, ihnen den Schierlingsbecher gereicht, man hat sie wegen ihrer Gesinnung auf Scheiterhaufen verbrannt, aber noch niemals hat man dem Gegner die Achtung vor der politischen Ueberzeugung versagt, man hat angelegte Gegner nie beschimpft. Dem Staatsanwalt Hamlat war dies vorbehalten. Wie ist es seine Uniform, die ihm erlaubt, uns zivile Menschen, die wir die Ruhe unserer Tage, den Schlaf der Nächte opfern, das Resultat ihrer Studien umzuformen, uns, die wir die Gesundheit, die Freiheit, oft die Existenz und gar viele von uns sogar ihr Leben opfern im Dienste der Sache, die wir für eine große halten, wie, dem Staatsanwalt Hamlat soll es erlaubt sein, uns zu beschimpfen? Was ist's, daß er sich erlauben darf, uns zu beschimpfen? Was ist's, daß er uns beschimpfen darf? Die Strafprozeßordnung gebietet ihm, Beschimpfungen zu vermeiden. In dem er aus der vornehmen Stellung des Vertheidigers, des Anwalts des beleidigten öffentlichen Rechtes herausgetreten ist und sich erlaubt hat, persönliche Beschimpfungen Angeklagten entgegenzuschleudern, so hat er dazu das Recht zu Angriffen gegeben. Ich habe von den Ausdrücken des Staatsanwalts gegenüber den Redakteuren der 'Arbeiter-Zeitung' gehört und gelesen, von vielen Theilnehmern an der damaligen Gerichtsverhandlung habe ich Ausdrücke des Unwillens vernommen, daß er wehrlose Angeklagte beschimpfte. Eine solche Gesinnung ist nicht nobel, nicht chevaleresk. Einer solchen Gesinnung kann man keine Achtung bezeugen."

Der so energisch zurecht gewiesene Staatsanwalt antwortete recht kleinlaut. Die Geschworenen sprachen Dr. Ellenbogen frei.

Schweiz.

Zürich, 4. November. Bei den gestrigen Wahlen in Bern erhielt als Nationalraths-Kandidat Genosse Fragarer 2900 Stimmen, der freisinnige Leuz 4557 und der konservative Wattenwyl 5275 Stimmen. Eine Stichwahl ist somit nöthig. Als Grossraths-Kandidat erhielt Genosse Sted 1200 Stimmen, sein freisinniger Gegenkandidat Stadtpräsident Lindt wurde mit 1900 Stimmen gewählt.

In St. Gallen erhielt Genosse Oswald als Grossraths-Kandidat 1182 Stimmen, der Liberale Gygax 1888, der konservative Schwyder 888 Stimmen. Es hat auch hier ein zweiter Wahlgang stattgefunden.

Im Kanton Zürich wurden gestern sämtliche vier Referendumsvorlagen angenommen. Gegen das Gesez betreffend die Regelung des Brotverkaufs, das eine Begünstigung der armen, nothleidenden Bäckermeister bedeutet, hatten die organisirten Arbeiter agirt und gestimmt.

Die Genossen in Bern haben für ihr Initiativbegehren für Einführung der Proportionalwahl des Gemeinderaths (Magistrates) mehr als die erforderlichen 500 Unterschriften aufgebracht.

Frankreich.

Paris, 7. November. (Sig. Ver.) Die Glasarbeiter von Carmaux haben als Antwort auf Bessögüter's Zurückweisung des Schiedsgerichts ein Manifest an das republikanische Frankreich erlassen, in welchem sie ihr verächtliches Verhalten, das sie vom Beginn des durch Bessögüter provozirten Streikes an den Tag gelegt, seinem arroganten Verhalten entgegenstellen. Herr Bessögüter, heißt es dann weiter, möge in seiner Weigerung verharren und außerhalb Carmaux Arbeiter suchen, um sie zu erfassen; sie seien sicher, daß die Regierung neutral bleiben und man nicht mehr deren Agenten als Anwerber in den Wohnungen der Arbeiter sehen werde, um hernach unter dem Vorwande, die Freiheit der Arbeit zu schützen, die Streikfreiheit offen zu verweigern, wie sie auch sicher seien, daß die Regierung es den republikanischen Municipalitäten frei lassen werde, den Opfern Bessögüter's den Beweis ihrer Solidarität zu senden. Zum Schluß heißt es, daß sie als beschiedene Hüter der gewerkschaftlichen Freiheit und des allgemeinen Stimmrechts nach wie vor zur Veröhnung wie zum Widerstand bereit seien und daß das republikanische Frankreich sie in diesem Kampfe ums Recht nicht vergessen und sie unterstützen möge.

Offenlich wird das Cabinet Bourgeois, dem Vertrauen der Glasarbeiter entsprechend, die Verfügung seiner Vorgänger aufheben und es u. a. gestatten, daß die den Streikenden sowohl vom Pariser Gemeinderath votirten 20 000 Fr. wie die vom Generalrath der Seine votirten 10 000 Fr. ihrer Bestimmung zugehen.

Der erste Reinigungsakt der neuen Regierung. Auf Vorschlag des Finanzministers Doumer ist heute mittels Dekrets der bisherige Direktor der Depostenkasse, Labeyrie, an Stelle Christophle's zum Gouverneur der französischen Bodenkredit-Anstalt ernannt worden. Christophle war nicht nur in der Sibbaffaffäre kompromittirt, sondern bildete auch gewissermaßen den zweiten geheimen Fonds, aus welchem die Replikblätter aller früheren Regierungen gespeist wurden.

Der Generalrath der Seine hat in seiner gestrigen Sitzung einen vom Genossen Andre Besvare gestellten Wunsch-antrag angenommen, der dahin geht, daß 1. das Gesez vom 21. März 1884 durch einen Artikel ergänzt werde, der alle Angriffe auf die

gewerkschaftliche Freiheit mit Strafen belegt; 2. das Gesetz vom 27. Dezember 1892, betreffend das Einigungs- und Schiedsamt bei Kollektivstreitigkeiten zwischen Arbeiter und Unternehmer, eine Zusatzbestimmung erhalte, die das bisher fakultative Schiedsgericht zu einem obligatorischen gestaltet.

Italien.

Rom, 8. November. Heute erst begann der Prozess wegen des anarchistischen Komplotts gegen den Ministerpräsidenten Crispi; der Hauptangeklagte ist Vega, welcher ein Attentat auf Crispi verübt hatte. Die Verhandlungen vor dem Schwurgericht werden mehrere Tage dauern.

Rußland.

Verstärkung der asiatischen Marineflotte. Aus Kiel wird uns unterm 8. d. M. geschrieben: Im Kieler Hafen traf heute morgen der russische Kreuzer „Groszjarsk“ ein, der von Kronstadt kommend nach den ostasiatischen Gewässern beordert ist. Diefen Schiffe werden im Laufe dieses Monats eine Reihe weiterer Schiffe der russischen Ostseeflotte folgen, die mit Ausnahme der größten Schiffe ihren Weg nach Ostasien durch den Nordostsee-Kanal nehmen.

Türkei.

Konstantinopel, 8. November. Wie aus offizieller türkischer Quelle gemeldet wird, gelang es den von den Behörden Erzerums entsandten Streitkräften, die Orttschaft Manis im Bezirke Terdzan, welche von Mohamedanern und Christen bewohnt wird und von ungefähr 200 in Kurden- und Kasen-Tracht gekleideten Individuen besetzt wurde, zu entsetzen und die Angehörigen zu zerstreuen. Derselben Quelle zufolge wurde ein angesehenes Armenier verhaftet, als er im Begriffe war, in seinem Wohnhause Patronen anzufertigen; auch mehrere andere als Soldaten und Reglebedienstete verkleidete Armenier wurden verhaftet.

In London eingetroffene Konstantinopeler Depeschen besagen, die Lage in der Türkei werde täglich ernstlicher und gefährlicher. Die ausländischen Botschaften empfangen aus allen Richtungen Meldungen über Massenmorde; die Opfer umfassen jetzt auch Griechen und Maroniten. Die Meinung greife selbst in diplomatischen Kreisen Platz, der Sultan habe die Ausrottung der Armeniertruppe angeordnet; gleichzeitig wachse die Macht der türkischen Revolutionärpartei. Der Sultan empfing einen Drohbrief, er würde ermordet werden, falls er nicht binnen zehn Tagen abdante. „Daily News“ und „Standard“ dringen auf sofortiges gemeinsames Einschreiten der Großmächte, um diesen Zuständen ein schleuniges Ende zu setzen.

Kuba.

Die Aufständischen versuchten einen Eisenbahnzug bei Sagua zur Entgleisung zu bringen; ein anderer Zug wurde von den Aufständischen angehalten, welche mehrere Gebäude in Brand steckten.

Afrika.

Vom Kongostaat. In einer Notiz des zur Kongo-Regierung in Beziehungen stehenden „Journal de Bruxelles“ wird bemerkt, daß die deutsche Regierung die Forderungen Englands in der Angelegenheit Stokes unterstütze. Das Blatt spricht sein Bedauern über die Einmischung Deutschlands aus und droht damit, daß die Kongo-Regierung eine Stütze an Frankreich gegen das deutsch-englische Zusammengehen suchen werde. Diese Behauptungen erfahren in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung ein offizielles Dementi folgenden Inhalts: „Die Mitteilung des Brüsseler Blattes beruht auf einer Entstellung der Thatfachen. Die deutsche Regierung unterstützt nicht die englischen Forderungen, sondern macht ein eigenes Interesse, welches durch den Fall Stokes entstanden ist, geltend und wird ihre gerechten Ansprüche auch durchzusetzen wissen. Daß der Kongostaat die Unterstützung Frankreichs sucht, mag richtig sein. Ob er dieselbe findet, ist eine andere Frage. In der Verurteilung, welche die Ermordung Stokes in der ganzen zivilisierten und unvollständigen Welt gefunden hat, stimmt die französische Presse mit jener aller Länder überein.“

Partei-Nachrichten.

Zum westfälischen Provinzial-Parteitag, der demnächst in Bielefeld stattfindet, ging von einer Anzahl Dortmunder Parteigenossen nachstehender Antrag ein: „Weil das Agrarprogramm infolge seiner komplizierten Fassung und mangelhaften Klarung auf dem Parteitag zu Breslau keine Annahme fand, wünschenswertes dasselbe einige Forderungen enthielt, welche die Lage der ländlichen Arbeiter aufzubessern geeignet waren, wolle der Provinzial-Parteitag beschließen: Eine Kommission einzusetzen, die das Material über die Lage der ländlichen Bevölkerung in den einzelnen Wahlkreisen Westfalens, sowie über die Wirkungen der verschiedenen Arten der Grundbesitzteilung und Betriebsweise, wie ferner über die Arbeits-, Dienst- und Wohnungsverhältnisse der ländlichen Arbeiter zu sammeln und ihren Bericht zu präsen hat.“ Diese Kommission hat, nach dem gesammelten Material und Erhebungen bei der Parteileitung diesbezügliche Vorschläge zur Aufstellung eines agrarpolitischen Programms zu machen.“

Die Spandauer Stadtverordneten-Wahlen sind, wie uns berichtend mitgeteilt wird, nicht unter der Regide unserer Partei vor sich gegangen. Der Arbeiter-Bezirksverein, dessen Kandidaten in der 3. Klasse sämtlich gewählt wurden, besteht aus Angehörigen aller Parteien, ist politisch völlig farblos und beschäftigt sich lediglich mit kommunalen Angelegenheiten.

Ein erfreulicher Situationsbericht über den Stand der Parteibewegung in Kiel konnte in der kürzlich dort abgehaltenen öffentlichen Parteiversammlung vom Vertrauensmann gegeben werden. Hiernach haben in Kiel im verfloffenen Geschäftsjahre sechs öffentliche Parteiversammlungen und drei Volksversammlungen stattgefunden. Gegen die Umsturzvorlage wurden in Kiel und Umgegend sechzehn Volksversammlungen abgehalten. Die Beteiligung an der Meißener war befriedigend; viele Parteigenossen haben die Arbeit am 1. Mai ruhen lassen. Flugblätter wurden in Kiel 27 000 Exemplare verbreitet, die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ wurde in 16 000 Exemplaren verteilt. Auf dem Landgebiet wurden außer dem „Norddeutschen Volkskalender“ 16 000 Flugblätter, 5 000 Broschüren „Fort mit der Gesunde-Ordnung“ und 1376 andere Schriften verbreitet. An gerichtlichen Verfolgungen hat es leider nicht gefehlt: 7 Monate, 3 Wochen und 6 Tage Gefängnis- und 473 Mark Geldstrafe haben unsere Partei getroffen. Mehrere Lokale auf dem Lande, welche uns früher zu Versammlungen zur Verfügung standen, sind uns abgetrieben worden. Aufgabe der Parteigenossen muß es sein, die Lokale wieder für uns zu gewinnen.

In Moserleben hatte die Partei-Organisation im abgelaufenen Verwaltungsjahre eine Einnahme von 184,45 M., die Ausgaben betrugen 155,80 M., so daß ein Bestand von 28,65 M. blieb. Zum Vertrauensmann wurde einstimmig Genosse Greiner gewählt, zum Stellvertreter Wilkowski, zum Kassierer Kunze.

Die bürgerliche Presse geht mit einer Erklärung kreben, die ein gewisser Klum in Affaltrach in Württemberg in einem Blatte veröffentlicht. Der Mann schwatzt in der Erklärung von sozialdemokratischen „Parteiäpfeln“, die „dem in Rom nichts nachgäben“, und was des Unsinn mehr ist. Zum Schluss haranguiert er die Arbeiter mit einer Aufforderung, aus der der fernliche Wunsch spricht, sie möchten, anstatt bei

unserer Partei zu bleiben, ihm, dem großen Klum in Affaltrach nachlaufen. Die Ursache der lächerlichen Rede des Herrn Klum ist vor allem, daß die württembergische Sozialdemokratie nichts von dem Zeitungsunternehmen wissen wollte, mit dem er schwanger ging. Die klum'sche Erklärung zeigt, wie wohl sie daran gethan haben.

Aus Brünn wird gemeldet, daß der dortige sozialdemokratische Arbeiterverein beschlossen hat, ein im Arbeiterviertel gelegenes, circa 6000 Quadratmeter großes Grundstück zum Preise von 25 000 Gulden zu erwerben, um auf diesem Platze das projektierte Arbeiter-Verkehrslotal zu errichten, das auch zur Abhaltung von Versammlungen, Festlichkeiten etc. dienen soll.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Wegen Majestätsbeleidigung, begangen in einer Volksversammlung in Unter-Schreibendorf, wurde vom Landgericht in Brieg der Parteigenosse Paul Pelschka aus Strehlen zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Redakteursfreunde. Unser Breslauer Parteiprogramm vom 7. d. M. schreibt: „Großer Gerichtstag ist heute für die Redakteure der „Volksmacht“. Sie sind zwar auch sonst nicht seltene Gäste auf dem Landgericht, weil Staatsanwälte und Richter oft den einen oder anderen laden lassen, aber heute Vormittag müssen drei Mann aus der „Volksmacht“ vor den Rakt. Gegen den Genossen Neufirk wird wegen Majestätsbeleidigung verhandelt, die Genossen Strubis und Jahn haben vor dem Untersuchungsrichter zu erscheinen, denn es ist gegen beide eine Anzeige eingegangen, über welche ihre Vernehmung als Beschuldigte notwendig wird.“ — Genosse Neufirk wurde, wie uns in letzter Stunde mitgeteilt wird, wegen des erwähnten Vergehens zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Skandalprozesse. Die „Leipz. Zeitung“, das Organ der sächsischen Regierung, leitet einen Artikel: „Skandalprozesse“ wie folgt ein: Nicht weniger als fünf große Sensationsprozesse, auch ein Zeichen der Zeit, laufen jetzt gleichzeitig nebeneinander: 1. der Prozess gegen den Marquis de Rayne, 2. der Giftmordprozess Springstein, 3. der Prozess Dr. Schanz, 4. der Prozess Galdenberg und 5. der Prozess gegen die Diebe der Lebnach'schen Bilder. Der Prozess Galdenberg ist bekanntlich der gegen unseren Genossen Galdenberg, Redakteur der „Thür. Tribüne“, also ein politischer Prozess. Es ist dies wohl das erste Mal, daß ein politischer Prozess von einem offiziellen Organ einer deutschen Regierung als ein Skandal-Prozess erklärt wird.

Eine Hausdurchsuchung wurde in den Geschäftsräumen der Bremer „Bürgerzeitung“ von vier Polizeibeamten unter Mitwirkung zweier Zeugen angezettelt. Diefelbe galt dem Manuskript eines Artikels vom 31. August, bezeichnet „Vom Vaterlandsdank“. Der Kriegsminister hat Strafantrag gestellt.

Genosse Gläser in Lunen (Westfalen) wurde wegen öffentlicher Verbreitung von Drucksachen vor einiger Zeit vom Schöffengericht zu Dortmund zu einer Geldstrafe von 10 M. verurteilt. Die eingelegte Berufung wurde verworfen und Gläser muß bleihen. Die „Drucksachen“, welche er verbreitete, bestanden aus sog. Handzetteln, welche Einladungen zu einer Versammlung enthielten.

Soziale Uebersicht.

Nach der Berufs- und Gewerbezahlung vom 14. Juni 1895 waren in Deutschen Reich laut vorläufiger Zusammenstellung des kaiserlich statistischen Amtes anwesend 51 758 364 Personen, davon 25 405 984 männliche und 26 352 380 weibliche Personen. Das bedeutet seit dem 1. Dezember 1890 eine durchschnittliche jährliche Zunahme von 10,14 pro Mille der mittleren Bevölkerung. Landwirtschaftsarten wurden gezählt 5 601 809, Gewerbebezogen 1 317 878.

Im Königreich Preußen betrug die Zahl der orisnswesenden Bevölkerung 31 491 209 Personen, von denen 15 475 200 männlich und 16 016 007 weiblich waren. Die Zunahme gegen 1890 ist mit 10,99 v. H. etwas höher als der Durchschnitt. Bayern hatte eine Bevölkerung von 5 778 888 Personen. (Zunahme 6,98 v. H.), das Königreich Sachsen 3 759 272 (Zunahme 15,21 v. H.), das Königreich Württemberg 2 071 407 (Zunahme 9,74 v. H.).

Gendarmen- und Militärvereine. Herr Bürger in Buerdendorf bei Kirchberg (Sachsen) hatte während der letzten Landtagswahlen sein Grundstück zu einer Volksversammlung hergegeben, in der der sozialdemokratische Kandidat sprechen sollte. Das mußte gerochen werden; er erhielt folgendes charakteristische Schreiben: Weisbach, am 28. Oktober 1895. An Johann Christian Bürger! Auf Anordnung des Herrn Bezirksvorstehers und der Gendarmen haben wir Dich aus dem Militärverein ausweisen müssen, welches Dir hierdurch kund gethan wird. Die Steuerbeiträge auf die Monate November und Dezember erhältst Du wieder zurück. Hermann Meyer, d. J. Vorsteher. (Stempel: Verein ehemaliger Militärs zu Weisbach.)

Gewerkschaftliches.

Drei Sammellisten der Lohgerber, und zwar die Listen Nr. 146, 147, 148, sind verloren gegangen. Diese Listen sind anzuhalten und bei der Gewerkschaftskommission, Annenstr. 16, abzuliefern.

In Harburg haben die Arbeiterinnen der Konservenfabrik von F. Ubeling und der Fischräuchererei von L. Seeling eine Lohnerhöhung durchgesetzt. (Wiederholt.)

Die Platterlmeißer-Verammlung in Solingen vom 4. d. M. sprach sich für Fortsetzung des Streiks aus, da das von den Fabrikanten aufgestellte Preisverzeichnis für sie unannehmbar sei.

Ein Handschuhmacher-Streik in Erlangen umfaßt nach den Veröffentlichungen der Lohnkommission 11 Ledige und 51 verheiratete Handschuhmacher mit 57 Kindern. Da 17 Verheiratete und 6 Ledige abgerüstet sind, bleiben 34 Verheiratete und 5 Ledige zu unterstützen. (Wiederholt.)

Die Stadtverordneten Leipzigs faßten einstimmig den Beschluß, daß der Rath der Stadt die Steinschuhunternehmer verurteilen soll, eine Verständigung mit den ausländischen Arbeitern herbeizuführen. Der Beschluß ist sehr löblich, leider kommt er verschiedene Posttage zu spät, denn der Streik ist bekanntlich längst zu Ende. An der Verzögerung sind freilich die Stadtverordneten weniger schuld als der Rath. Vor reichlich sechs Wochen hatten sich die Steinschuhmacher mit einer Petition an Rath und Stadtverordnete gewandt, worin u. a. verlangt war, der Rath solle den Arbeitern keine Vergünstigungen gewähren und anordnen, daß die zur Herbeiführung in Aussicht genommenen Streifen nun schleunigst in Angriff genommen würden. Der Rath ließ die Petition den Stadtverordneten jedoch nicht zugehen. Nach weiteren drei Wochen mußten die Streikenden sich erst direkt an die Stadtverordneten wenden, die denn nun in ihrer letzten Sitzung die Petition durch den erwähnten Beschluß erledigten. Die Verhandlung über die Angelegenheit war unter anderem noch dadurch interessant, daß festgestellt wurde, daß der Rath in einem Falle einem Unternehmer die Baurfrist verlängerte, was Stadtrat Fischer mit dem Motivirte, es wäre unmögl. geboten gewesen, als der Unternehmer auf den Streik nicht vorbereitet gewesen sei. Thatache ist dagegen, daß die Differenzen zwischen den Arbeitern und Unternehmern im Steinschuhgewerbe schon seit 1891 bestehen, die Meister aber auf verschiedene Vorschläge der Gesellen gar nicht geantwortet haben.

Aus Bern wird berichtet, daß mit Ausnahme der Personals der Gotthardbahn die Bahnbeamten sämtlicher Schweizerischer Hauptbahnen ihre Direktionen um Lohnerhöhung ersucht haben.

Der Buchdrucker-Ausstand in Gent. Die Forderungen der Buchdrucker sind bis jetzt bewilligt worden von dem sozialdemokratischen Organ „Boornit“; auch das christlich-soziale und das Hauptorgan der katholischen Partei folgten diesem Beispiel. Mehrere Verleger, deren Zeitungen infolge des Streiks nicht erscheinen können, haben sich an Brüssel besfreundete Zeitungen gewandt, welche lehtere, so lange der Streik dauert, den Abonnenten jener zugesandt werden sollen. Es steht aber zu erwarten, daß die Brüsseler Seher sich mit ihren Kameraden solidarisch erklären und ebenfalls die Arbeit einstellen werden, falls die Brüsseler Blätter den Wünschen ihrer politischen Freunde in Gent nachkommen würden.

Der Streik der Amsterdamer Bigarettenmacher hat mit einem Siege der Fabrikanten geendet. Die Kapitalisten haben die Gelegenheit benützt, 100 bis 150 Arbeiter auf Pflaster zu werfen.

Die Ausperrung der Schiffsarbeiter am Clyde in Schottland hat zunächst eine Wirkung gehabt, die den Unternehmern schwerlich passen wird. Die nicht mitausgesperrten Arbeiterkategorien haben, soweit sich aus den Angaben der Telegraphen-Bureau's schließen läßt, nun ihrerseits die Arbeit eingestellt. Nach einer Wolff'schen Depesche aus Glasgow beträgt die Zahl der „Streikenden“ jetzt 8000. Darunter sind vermuthlich auch die Ausgesperrten zu verstehen, denn in den Depeschen wird zwischen beiden Gruppen nicht unterschieden. Den organisierten Arbeitern haben sich auch die nicht organisierten angeschlossen. Sie bekommen Unterstützung vom Gewerkschaftsverband.

Die Stadt Rochester im Staate New-York ist, wie eine Zeitungsmeldung besagt, gegenwärtig ohne Schneider. Die dortigen Union-Schneider hatten infolge einer Lohnfrage einen Streik begonnen und da die Kleiderfabrikanten nicht klein beigeben wollten, beschloßen sämtliche Schneider von Rochester, 2000 an der Zahl, der Stadt den Rücken zu kehren. Der originale Plan der Auswanderung der Streiker ist trefflich gelungen. Die ausgewanderten Schneider haben bereits in Brooklyn, Newark, Brownsville, Chicago, Boston und Cincinnati lohnende Arbeit gefunden. Die Kleiderfabrikanten von Rochester aber haben jetzt das Nachsehen und bieten ein Königreich für einen Schneider.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Hannover, 8. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Schnur wurde freigesprochen.

Köln, 8. November. (B. Z. B.) Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Konstantinopel, daß der Prinz v. d. Goltz-Pascha gestern seine Entlassung aus dem türkischen Heere nachgesucht habe.

Wien, 8. November. (B. Z. B.) Abgeordnetenhaus. Steinwender interpellirt den Ministerpräsidenten Grafen Badeni über die Gründe der Nichtbestätigung Dr. Lueger's als Bürgermeister von Wien. Die bei dieser Gelegenheit applaudirenden Gallerien werden vom Präsidenten des Hauses verwahrt. Die Abgeordneten Paul und Böhm interpelliren den Ministerpräsidenten wegen einer angeblichen Aeußerung des Statthalters von Niederösterreich, in welcher dieser den Wiener Bürgermeister als seinen Bezirkshauptmann bezeichnet haben soll.

Wien, 8. November. (B. Z. B.) Abgeordnetenhaus. Im Laufe der Sitzung brachte Pattai einen von den Antisemiten, den Deutschnationalen und einem Theile der Katholisch-Konserativen unterschriebenen Dringlichkeitsantrag ein, durch welchen die Regierung aufgefordert wird, die Gründe mitzutheilen, weshalb sie dem Kaiser die Nichtbestätigung der Wahl Lueger's vorgeschlagen habe. Der Ministerpräsident Graf Badeni erklärte, er wolle auf die Interpellationen und den Dringlichkeitsantrag sofort antworten und den Beweis liefern, daß die Regierung es als ihr Grundprinzip betrachte, für jeden ihrer Schritte voll und nachdrücklich einzustehen.

Wien, 8. November. (B. Z. B.) Unkläglich der Beantwortung der Interpellationen betreffend die Nichtbestätigung der Wahl Dr. Lueger's, fanden im Abgeordnetenhaus stürmische Szenen statt, da die Antisemiten, Deutschnationalen, Jungeuchen und Kerikalen mit der Antwort des Ministerpräsidenten Grafen Badeni unzufrieden waren, monach die Regierung Dr. Lueger deswegen nicht zur Bestätigung vorgeschlagen habe, weil sie einen Mann wie Dr. Lueger nicht für den Bürgermeister-Posten für geeignet halte. Graf Badeni erklärte außerdem, daß die Regierung Niemandem anders für ihre Schritte verantwortlich sei, als dem Kaiser. Sämtliche Redner, darunter die Abgeordneten Dr. Pattai, Prinz Alois Liechtenstein und Dr. Lueger, griffen in längeren Reden die Regierung heftig an. Prinz Liechtenstein besonders droht dem Ministerium und schloß mit den Worten, daß die treue Bevölkerung Wiens durch das Vorgehen der Regierung arg geschädigt wurde. Die Gallerie, welche fortwährend applaudirte, mußte schließlich geräumt werden. Der Dringlichkeits-Antrag wurde mit großer Majorität abgelehnt.

Wien, 8. November. Abgeordnetenhaus. Der Ministerpräsident erklärte: Die durch das Wiener Gemeindefakultat vorgeschriebene Nichtbestätigung stehe in keinem Widerspruch mit dem Prinzip der Autonomie. Der Ministerpräsident verwarbte sich entschieden gegen das Ansinnen, als wäre die Regierung irgend einem Drucke seitens der ungarischen Regierung (Geschlechter bei den Antisemiten) oder seitens irgend einer Partei des Parlaments ausgesetzt gewesen. Eine solche Insinuation sei ein Angriff auf die Ehre des Staates und damit zugleich ein Angriff auf die hohe Bedeutung und die Ehre des Hauses. Der Ministerpräsident ersuchte hierauf, die Dringlichkeit abzulehnen. (Beifall.) Nach dem Ministerpräsidenten begründete Abg. Pattai (Antis.) die Dringlichkeit seines Antrages und erklärte, es sei unzulässig, daß ein tabellarischer Mann, dessen Begabung zweifellos sei und der mit einer 2/3-Mehrheit gewählt wurde, mit Rücksicht auf das Jubelgetriebe in Ungarn nicht bestätigt werde. Abg. Ebenhoch (Konf.) verwahrt sich dagegen, daß Österreich zu einem Balkanstaate oder einem Komitee Ungarns herabsinke. Prinz Liechtenstein führte aus, der Ministerpräsident Graf Badeni wolle in Wien führen, aber von Pest geführt werden. Er wolle die Unterredung mit dem Statthalter Grafen Kietmannsseg wörtlich wiedergeben. Graf Kietmannsseg habe ihm Unbeholfenheit sowie die Fähigkeit, die Verwaltung der Stadt Wien zu leiten und mit den Staatsbehörden zu verkehren, zugesprochen, habe jedoch hinzugefügt, er könne die Bestätigung Lueger's nur vorschlagen, wenn derselbe sein Reichrathsmandat niederlege und auf eine Wiederwahl verzichte. Nachdem Dr. Kronawetter, Bernerstorfer und Weber für die Dringlichkeit gesprochen hatten, erklärte Beer im Namen der Linken, daß alle Mittheilungen von geheimen Konventikeln und Beratungen der Partei grundlos seien. Die Dringlichkeit wurde hierauf mit 118 gegen 64 Stimmen abgelehnt und der Antrag dem Budgetausschusse zugewiesen. Abg. Hann wurde die Sitzung geschlossen.

Agram, 8. November. (B. Z. B.) Die Unternehmung gegen die an der Fahnen demonstration beteiligten Studenten ist beendet; 56 Studenten wurden unter Anklage gestellt; die Verhandlung ist auf den 11. d. M. festgesetzt worden.

London, 8. November. Nach einer Meldung aus Glasgow ist die Firma W. B. Smith vom Wertbesitzer-Verbande abgefallen; ihre Leute haben mit Genehmigung des lokalen Arbeiter-Vollzugsausschusses die Arbeit heute wieder aufgenommen.

Konstantinopel, 8. November. (B. Z. B.) Auf den Orientbahnen ist der regelmäßige Verkehr der Züge über die Kriechma-Brücke bei Philippopol wieder aufgenommen. Die Verkehrsstörung ist damit beseitigt.

Detroit, 7. November. (B. Z. B.) Bis jetzt wurden vierzehn Reichen geboren, welche unter den Trümmern des „Journal“-Gebäudes verschüttet waren. Elf Personen werden noch vermisst, neunzehn sind schwer verletzt.

Die Stadtverordneten-Wahlen,

welche gestern in der dritten Abtheilung vollzogen wurden, ergaben folgendes Resultat:

2. Kommunal-Wahlbezirk (Eingeschriebene Wähler 2928) Stadtbezirke 6—10 und Theile von 144, Mi-Röhl. Bisheriger Vertreter: Stadtv. Bergemann (liberal), 1889 gewählt mit 680 gegen 544 Stimmen.

Es erhielten gestern Expedient Jacobey (soz.) 75 Stimmen, Rulier Bergemann (lib.) 440 Stimmen, Obermeister Beutel (antif.) 864 Stimmen, Hafter (?) 2 Stimmen.

Resultat: Stichwahl zwischen Bergemann (lib.) und Beutel (antif.)

5. Kommunal-Wahlbezirk (Eingeschriebene Wähler 4190) Stadtbezirke 21, 26, 27—30 und Theile von 22, Friedrichstadt. Bisheriger Vertreter: Uhrmachermeister Baumgarten (lib.), 1889 gewählt mit 474 gegen 169 soz. Stimmen.

Es erhielten gestern Zigarrenhändler Otto Nutric (soz.) 210 Stimmen, Uhrmachermeister Baumgarten (liberal) 611 Stimmen, Münster (ant.) 92 Stimmen, zerplittert 7.

Resultat: Baumgarten (lib.) gewählt.

7. Kommunal-Wahlbezirk (Eingeschriebene Wähler 4541) Stadtbezirke 31—39 und Theile von 45, 46, Untere Friedrichs- und Schöneberger Vorstadt. Bisheriger Vertreter: Professor Rudolf Virchow (lib.), 1889 gewählt mit 808 gegen 372 soz. Stimmen.

Es erhielten gestern Gastwirth Friß Jubel (soz.) 119 Stimmen, Professor Rudolf Virchow (lib.) 789 Stimmen, v. Krause (ant.) 216 Stimmen.

Resultat: Virchow (lib.) gewählt.

11. Kommunal-Wahlbezirk. (Eingeschriebene Wähler 15 546.) Stadtbezirke 63—67, 74—78, Tempelhofer Vorstadt. Bisheriger Vertreter: Friß Jubel (soz.), 1889 gewählt in Stichwahl mit 1720 gegen 1455 Stimmen. In der Hauptwahl erhielt: Jubel 1116, Dr. Irmer (ant.) 720, Rentier Gursch (lib.) 641.

Es erhielten gestern Friß Jubel (soz.) 2802 Stimmen, Schlossermeister Stahl 1333 Stimmen, Münster (ant.) 851 Stimmen, zerplittert 3 Stimmen.

Resultat: Jubel (soz.) gewählt.

13. Kommunal-Wahlbezirk (Eingeschriebene Wähler 4817) Stadtbezirke 88—94 und Theile von 87, Luisenstadt jenseits des Kanals. Bisheriger Vertreter: Zigarrenhändler Gottfried Schulz (soz.), gewählt 1893 mit 1141 gegen 181 Stimmen.

Es erhielten gestern Gottfried Schulz (soz.) 1125 St., Kaufmann Casar Ed (lib.) 261 Stimmen, Müller (ant.) 93 Stimmen.

Resultat: Gottfried Schulz (soz.) gewählt.

15. Kommunal-Wahlbezirk (Eingeschriebene Wähler 3858) Stadtbezirke 82—85, Theile von 81, 86, 95, 97, Luisenstadt jenseits des Kanals. Bisheriger Vertreter: Th. Rehner (soz.) (1889 Tuhauer 635, Wegner 394 St.)

Es erhielten gestern Th. Rehner (soz.) 823 Stimmen, Mobilneur Goldschmidt (lib.) 941 Stimmen, Ring (ant.) 23 Stimmen.

Resultat: Goldschmidt (lib.) gewählt.

17. Kommunal-Wahlbezirk (Eingeschriebene Wähler 4342) Stadtbezirke 114—117, 123 und 124, Luisenstadt diesseits des Kanals. Bisheriger Vertreter: Kaufmann Liebenow (lib.); gewählt 1893 mit 845 Stimmen gegen 759 soz. Stimmen.

Es erhielten gestern Zigarrenhändler Wilhelm Börner (soz.) 744 Stimmen, Kaufmann Liebenow (lib.) 789 Stimmen, Eigenthümer Schwengler (ant.) 162 Stimmen.

Resultat: Stichwahl zwischen Börner (soz.) und Liebenow (lib.)

24. Kommunal-Wahlbezirk (Eingeschriebene Wähler 5376) Stadtbezirke 168—173, Stralauer Viertel. Bisheriger Vertreter: Tempel (soz.), 1889 gewählt mit 683 gegen 617 Stimmen.

Es erhielten gestern Bildhauer Paul Dupont (soz.) 1094 Stimmen, Fabrikant Gottschalk (lib.) 275, Antif. 74 Stimmen, zerplittert 11 Stimmen.

Resultat: Dupont (soz.) gewählt.

27. Kommunal-Wahlbezirk (Eingeschriebene Wähler 5482) Stadtbezirke 182—186, 189 und Theile von 148, 151, 162, Stralauer Viertel. Bisheriger Vertreter: Julius Henke (soz.); 1889 bei der Stichwahl 651 gegen 598 lib. Stimmen.

Es erhielten gestern Julius Henke (soz.) 919 Stimmen, Schriftsteller Arnold Perls 788 Stimmen, Schwabe (ant.) 100 Stimmen, Pangner (ultr.) 82 Stimmen.

Resultat: Stichwahl zwischen Henke (soz.) und Perls (lib.)

30. Kommunal-Wahlbezirk (Eingeschriebene Wähler 5332) Stadtbezirke 202—209 und Theile von 210—213, Spandauer Viertel. Bisheriger Vertreter: Glasmeister Alt (lib.), 1889 gewählt mit 855 gegen 624 Stimmen.

Es erhielten gestern Tischler Rudolf Millarg (soz.) 309 Stimmen, Glasmeister Alt (lib.) 1090 Stimmen, Dr. Schmidt (ant.) 272 Stimmen.

Resultat: Glasmeister Alt (lib.) gewählt.

33. Kommunal-Wahlbezirk (Eingeschriebene Wähler 5621) Stadtbezirke 226, 227, 235, 236, 268, 269 und Theile von 221, 225, 237 und 267, Rosenthaler- und Oranienburger-Vorstadt. Bisheriger Vertreter: Rentier Langenbucher (lib.), 1889 gewählt mit 745 gegen 271 soz. und 147 antif. Stimmen.

Es erhielten gestern: Uhrmacher Otto Räther (soz.) 479 Stimmen, Rentier Langenbucher (lib.) 813 Stimmen, Donner (ant.) 147 Stimmen.

Resultat: Langenbucher (lib.) gewählt.

35. Kommunal-Wahlbezirk (Eingeschriebene Wähler 6729) Stadtbezirke 229—236, Rosenthaler Vorstadt. Bisheriger Vertreter: Expedient Robert Herzfeldt (soz.), 1889 gewählt

in der Stichwahl mit 1138 gegen 562. (Hauptwahl 1889: 813 soz., 499 ant. und 362 lib.)

Es erhielten gestern Expedient Robert Herzfeldt (soz.) 1305 Stimmen, Bäckermeister Michaelis (lib.) 592 Stimmen, Brod (ant.) 217 Stimmen.

Resultat: Herzfeldt (soz.) gewählt.

39. Kommunal-Wahlbezirk (Eingeschriebene Wähler 5039) Stadtbezirke 216, 217, 279—83, 285 und Theile von 211, 215, 286, Spandauer Viertel, Friedrich-Wilhelmstadt, Moabit. Bisheriger Vertreter: Rentier Tropske (liberal), 1889 gewählt mit 808 gegen 439 Stimmen.

Es erhielten gestern Expedient Herzfeldt (soz.) 125 St., Kaufmann Max Tichy (lib.) 878 Stimmen, Fabrikbesitzer Dopp (antif.) 440 Stimmen.

Resultat: Tichy (lib.) gewählt.

42. Kommunal-Wahlbezirk (Eingeschr. Wähler 10 097) Stadtbezirke 276—278, 319—326 und Theile von 313, Oranienburger Vorstadt, Gesundbrunnen. Bisheriger Vertreter: Fabrikbesitzer Pihmann (liberal), in der Neuwahl 1890 mit 1210 gegen 943 sozialistische Stimmen gewählt.

Es erhielten gestern Expedient August Jacobey (soz.) 2502 Stimmen, Kaufmann Schröter (lib.) 1411 Stimmen.

Resultat: Jacobey (soz.) gewählt.

Das Gesamtergebnis ist, daß fünf Sozialdemokraten im ersten Wahlgang gewählt sind, während zwei in Stichwahl kommen, ein Sitz (15. Mehner) an die Liberalen wieder verloren ging und ein Sitz (42. Bezirk) von den Sozialdemokraten glänzend erobert wurde.

Tokales.

Die diesjährigen Stadtverordneten-Wahlen sind, soweit die dritte Abtheilung, die einzig die Arbeiterchaft angeht, in Betracht kommt, gestern vollzogen worden. Unsere Parteigenossen und Genossinnen ließen es durchweg nicht an regem Eifer fehlen, und namentlich verdient rühmend hervorgehoben zu werden, daß die Frauen ganz besonders unermüdlich in der Agitation waren. Aber auch die beiden gegnerischen Parteien waren rührig und als Resultat der Regsamkeit auf liberaler Seite ist denn ja auch die Zurückeroberung des Wahlbezirks zu verzeichnen, in dem während der letzten Jahre unser Genosse Th. Rehner Stadtverordneter war. Auch in diesem Bezirke ist die Stimmzunahme der Sozialdemokratie eine erhebliche; aber wir stehen nicht an zu erklären, daß auf unserer Seite mehr hätte geleistet werden können, daß mit etwas energischerer Kraftanstrengung das Feld zu behaupten gewesen wäre. Unsere Parteigenossen werden sich diesen Verlust merken und bei den beiden Stichwahlen, die im Kampfe mit dem liberalen Gegner zu vollziehen sind, ihre ganze Kraft konzentriren, damit hier der Arbeitersache der Sieg zu theil werde.

Trotz des einen Verlustes kann die Sozialdemokratie aber auch auf den gestrigen Wahltag mit vollem Rechte stolz sein. Ein Ueberblick über das Wahltabelleau, das wir oben geben, lehrt, daß die Zunahme an Stimmen auf unserer Seite zum theil eine geradezu erdrückende war, und daß in Bezirken, wie dem 11., in dem Jubel wiedergewählt wurde, und im 42., den Jacobey glänzend im ersten Ansturm den Gegnern entriß, die Sozialdemokratie fortan überhaupt nur als einzig in betracht kommender Faktor zu betrachten ist.

Diese ehrenvollen Resultate sind von um so größerer Bedeutung, als diesmal auf liberaler Seite eine geradezu natürliche Angst vor der Sozialdemokratie herrschte. Die Lante Boshob am gestrigen Morgen stehend die Hände empor mit dem Ausruf, daß wir sämtliche acht Mandate, welche die Freisinnigen noch in Händen halten, an uns reißen wollten, und die mehr nach links stehende „Berliner Zeitung“ verbrach in der Angst einen Leitartikel, der gleichfalls nichts an unfreiwilliger Komik zu wünschen übrig ließ.

Angesichts des weit lebhafteren und umfangreicheren Kampfes kann die Sozialdemokratie mit um so gerechterem Stolz auf das erzielte Resultat zurückblicken. Unbekümmert um die Schmähungen und Verdächtigungen der Feinde schreitet sie vorwärts, wissend, daß ihr, wie in den großen politischen und sozialen Kämpfen, so auch im engeren Kreise der Kommune einzig die Zukunft gebührt!

Warnung. In neuester Zeit häufen sich die Fälle, in denen Bestellungen auf Brochhaus' Konversationslexika, Meyers' Konversationslexika u. dgl. — für Arbeiter fast völlig werthlos, viel zu theure Bücher — für Arbeiter durch zungenfertige Reisende, Agenten u. s. w. aufgeschwatzt werden. Das geschieht so: Es löst z. B. Brochhaus' Konversationslexikon nach solchen Bestellzetteln die kolossale Summe von 180 M. Der Agent redet nun fortwährend von 3 M., die der Arbeiter monatlich zu zahlen habe. Der Arbeiter unterschreibt schließlich solch einen Bestellschein und sieht nun zu Hause die Bescherzung. Er ist verpflichtet, Monat für Monat 3 M. zu zahlen; ja bleibt er im Rückstande mit den Raten, so ist die ganze Restsumme fällig. Vergeblich sucht er von dem Vertrag wieder zurückzutreten. Selbst gegen ein Abstands-geld für seine Unüberlegtheit läßt sich der Lexikon-Verkäufer darauf nicht ein. Er erhält ein Schreiben wie das folgende, das wir abermals zur Warnung veröffentlichten:

Anwärtlich ihrer werthen Postkarte bedauere ich, Sie von dem eingegangenen Vertrage nicht entbinden zu können. Ich werde das bestellte Werk in diesen Tagen Ihnen zugehen lassen und ersuche Sie, Ihren Verpflichtungen pünktlich nachzukommen, indem ich gleichzeitig höflich bemerke, daß ich im Weigerungsfalle Klage werden müßte.

Hochachtungsvoll
Reinhold Kühn,
Hofbuchhandlung, Leipzigerstr. 115/116.

Wir warnen wiederholt vor derartigen unüberlegten Bestellungen. Hernach hilft keine Neue. Außer der Kühn'schen Buchhandlung giebt es noch eine große Menge anderer Firmen, die auf die Unüberlegtheit von Arbeitern leider mit Erfolg spekulieren.

Zum Kampf gegen die jüdischen Lehrerinnen. Wir erhalten folgende Zuschrift:

Das Vorgehen des Provinzial-Schulkollegiums gegen die jüdischen Lehrerinnen beginnt jetzt auch auf die an

städtischen Gemeindefschulen fest angestellten Berliner Lehrerinnen sich auszudehnen. Nach einer Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums soll binnen kurzem sämtlichen jüdischen Gemeindefschulen Lehrkräften der Unterricht in verschiedenen Fächern, besonders im Deutschen, entzogen werden.

Die jüdischen Lehrerinnen könnten nach dieser Verfügung in dem auf Klassensystem aufgebauten Gemeindefschulwesen entweder gar nicht mehr oder nur noch scheinbar das Ordinariat einer Klasse verwalten. Sie würden im Lehrkörper der Gemeindefschule als eine Art Hilfskräfte betrachtet werden müssen und dementsprechend eine untergeordnete, ja, eine völlig ungenügende Stellung einnehmen.

Mit solchen Maßnahmen geht das Provinzial-Schulkollegium gegen eine Kategorie von Lehrerinnen vor, deren Anstellung es seinerzeit ohne Vorbehalt bestätigt hat, und von denen viele zwölf Jahre und länger im Dienste der Stadt Berlin ihre besten Kräfte geopfert haben. Wird die städtische Schuldeputation nicht wenigstens ihre fest angestellten Lehrerinnen vor solcher Maßregel schützen?

So bestimmt die Form ist, in der uns diese Mittheilung zugeht und so lauter uns ihre Quelle erscheint, so müssen wir doch vor der Hand billige Zweifel an der Richtigkeit seiner so bedenklichen Maßregel hegen. Wir erwarten eine bestimmte Dementi von amtlicher Stelle.

Von der Sicherheit der Eisenbahn-Fahrgäste. Ein Berichterstatter theilt folgendes mit: Dem Personal der Stadt- und Ringbahn-Stationen ist durch Verfügung der Eisenbahn-Direktion neuerdings wieder die genaue Befolgung der für die Sicherheit der Fahrgäste von dem ehemaligen Betriebsamt der Stadt-Ringbahn erlassenen Bestimmungen eingeschärft worden. Es sollen danach in erster Reihe die Stationsvorsteher das Signal zur Abfahrt der Züge nicht eher geben, als bis das Aus- und Einsteigen aller den Zug verlassenden oder die Fahrt antretenden Personen stattgefunden hat. Doch soll die Abfertigung der Züge nicht dadurch aufgehalten werden, daß auf das Einsteigen von Fahrgästen, welche sich verspätet haben, gewartet wird. Um des weiteren zu verhindern, daß solche Fahrgäste dem bereits in der Fahrt befindlichen Zuge nachlaufen und in denselben noch einzusteigen suchen, sollen die Fahrkartenschaffner das Durchlöcher der Fahrkarten von eintreffenden Passagieren für die in betracht kommende Fahrtrichtung mit dem Augenblick einstellen, in welchem der Zug am Bahnsteig zum Stehen kommt. Auch sollen die Fahrkartenschaffner, um die verspätet eingetroffenen Fahrgäste zurückzuhalten, nöthigenfalls auf den Stadtbahnstationen die Sperrethe vorziehen, auf den Ringbahnstationen aber die Zugangstheür schließen. Doch haben die Beamten mit lechterer Maßregel bei starkem Verkehr sehr vorsichtig umzugehen, damit nicht auch rechtzeitig eintreffende Fahrgäste der anderen Fahrtrichtung unberechtigt zurückgehalten und etwa am Mitkommen gehindert werden. Ferner werden die Bahnsteigbeamten besonders darauf hingewiesen, daß nach der Verkehrsordnung die Hilfeleistung beim Einsteigen von Fahrgästen in einen schon im Gange befindlichen Zug verboten ist, und daß diejenigen Beamten, welche den Versuch von Reisenden, in einem bereits fahrenden Zug einzusteigen, nicht hindern, im Betretungsfalle streng bestraft werden sollen. Endlich wird wieder daran erinnert, daß die Kupferthüren nicht zugeworfen, sondern mit Vorsicht zu schließen sind und die Beamten sich hierbei stets zu überzeugen haben, daß niemand mehr die Hand am Thürrahmen hält.

Diese Anordnungen machen sich alle in der Theorie sehr häßlich; in der Praxis werden sie unseres Erachtens auch bei noch so schlimmen Strafandrohungen größtentheils unbrauchbar bleiben, wenn die durch ihre Sparbarkeit berühmte Eisenbahndirektion nicht für eine sehr umfassende Vermehrung des Dienstpersonals sorgt.

Militärboykott. Durch Kommandanturbefehl ist den Unteroffizieren und Mannschaften der Garnison Spandau das Betreten folgender 13 Lokale verboten worden: Kadde, Neumeisterstr. 5; Kieler, Eynarstr. 35; Klinsch, Pichelsdorferstr. 108; Horemann, Lutherplatz 4; Bork, Staakenstr. 14; Galleder, Frobenstr. 12; Thiel, Jagowstr. 11; Sans Nr. 35 in der Jädenstraße; Weber, Amalienhofstr. 5; Brauerei Pichelsdorf nebst Auskuchant und Garten; Wisnart, Plantage 3 (Keller); Stasnowski, Jädenstr. 11; Neumann, Lutherstr. 4.

Verichtigung. In die gestern veröffentlichte Liste „Unterm neuen Kurs“ hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Unterm 29. Oktober muß es richtig heißen: Wegen Majestätsbeleidigung Pfund 9, Dierl 6 und Rautmann 12 Monate Gefängniß.

Die Gasnoth. Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht folgende Mittheilung: Durch die Verbilligung des Gases zu Koch-, Heiz- und gewerblichen Zwecken sowohl als auch durch die Einführung der Gasglühlicht-Beleuchtung haben die städtischen Gasanstalten soviel Neuanstalten in diesem Vierteljahr bewirken müssen wie niemals zuvor. Die Gasanstalten können dem großen Andrang nicht genügen, die Kunden müssen Wochen auf Wochen warten, ehe sie den Gasmesser ausgehakt bekommen. Allein auf der Gasinspektion in der Gitschinerstraße sollen noch über 100 Gasmesser fehlen. Auch die Gasmessersfabriken können nicht so schnell arbeiten, da die Arbeiter sehr genau ausgehakt sein müssen. Dazu kommt noch, daß die Gasmesser erst noch das Nachigamsamt passieren müssen, ehe sie dem Gebrauch übergeben werden können. Es wäre aber dringend wünschenswerth, wenn sich die Gasinspektionen mit einer größeren Anzahl namentlich der am meisten verlangten kleineren Gasmesser versehen würden, damit es später nicht wieder vorkommt, daß Kunden länger als vier Wochen auf die Anbringung eines Gasmessers warten müssen.

Nachdem die Niddorfer Gemeindevertretung das Gesuch der sieben sozialdemokratischen Gemeindeverordneten auf Amtsentbindung kürzlich abgelehnt hatte, waren die Antragsteller amtlich aufgefordert worden, ihren Pflichten als Gemeindeverordnete weiterhin nachzukommen, widrigenfalls die Bestimmungen der Landgemeinde-Ordnung resp. die Geschäftsordnung der Gemeindevertretung gegen sie in Anwendung gebracht werden würde. Daraufhin waren in der am Donnerstag Nachmittag aberaumten Gemeindefassung sämtliche 7 Gemeindeverordnete unserer Partei wieder erschienen und hatten hierauf auch dem Vertrauensmann zuvor Mittheilung gemacht. Aus den Verhandlungen der Gemeinde-Vertretung sei folgendes erwähnt: Die an den Gemeindefschulen beschäftigten Handarbeits-Lehrerinnen waren bisher gegen ein Stundengeld von 60 Pf. angestellt; die Versammlung beschloß, fernerhin die Handarbeits-Lehrerinnen gegen ein festes Jahresgehalt von 700 M. anzustellen; die Regierung hat sich auf Anfrage bereit erklärt, in diesem Fall einen Zuschuß von 100 M. pro Jahr und Stelle der Gemeinde zu gewähren. — Die Forderung der für die Verwaltung erforderlichen Drucksachen soll im Wege der öffentlichen Submission vergeben werden. Zur Durchführung des Verfahrens wurde eine Kommission niedergesetzt. — Nach dem Ortsstatut für die Anstellung der Unterbeamten in der Gemeindeverwaltung besteht für diese Beamten eine dreimonatliche Kündigungsfrist. Verschiedene in

Lehler Zeit vorgekommene Fälle haben nun gezeigt, daß diese Frist eine zu lange ist und zu Unzulänglichkeiten führt, weshalb die Gemeindevorwaltung eine Abänderung des Ortsstatuts beantragt. Die Prüfung der Angelegenheit wurde einer Kommission überwiesen. — Genosse Müller weist darauf hin, daß der letzte Beschluß der Berliner Stadtverordneten-Versammlung in der Einverleibungsfrage in der Kisdorfer Bevölkerung vielfach Befürchtung und Besorgnis hervorgerufen habe. Er beantragt daher, die Angelegenheit auf die nächste Tagesordnung zu setzen, um durch eine Anstache zu dem Beschlusse der Berliner Stellung zu nehmen. Der Antrag wird angenommen. — Ferner beschließt die Versammlung, die Eisenbahndirektion um schleunige Abhilfe der verschiedenen Mängel des neuen Bahnhofes zu ersuchen.

Für die Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896 sind fünf Eingänge vorgesehen worden. Der Haupteingang I. liegt an der Treptower Chaussee in der Nähe der Verbindungsbahn. Der Haupteingang II. liegt an der Treptower Chaussee in der Nähe der jetzigen Pferdebahn-Haltestelle (Endpunkt). Der Haupteingang III. befindet sich an der Köpenicker Chaussee gegenüber dem Ausstellungsbahnhof, Eingang IV. wird in der Nähe der Ringbahn gegenüber dem Haupteingang errichtet und Eingang V. wird in der Park-Allee in Treptow gegenüber dem Vergnügungspark erbaut.

Zur Beleuchtungsfrage wird jetzt mitgeteilt, daß mit einer in unmittelbarer Nähe des Ausstellungsgebäudes domizilierenden elektrotechnischen Firma ein Vertrag abgeschlossen werden soll, wonach die Beleuchtung des Hauptausstellungsgebäudes aus außerhalb der Ausstellung liegenden Kraftquellen besorgen werden soll.

Die Lichttechnik in ihrer Bedeutung für Wissenschaft und Technik war der Titel eines Experimental-Vortrages, welchen Herr Spies am Donnerstag Abend in der Urania hielt. Er legte zunächst die Schwierigkeiten dar, welche der Festsetzung und allgemeinen Einführung einer Einheit im Wege stehen, und zeigte verschiedene Plannen, welche als Einheit gebraucht werden; in Deutschland wird jetzt allgemein die Ampacetalampe, die sogenannte Hefnerlampe benutzt.

Indem der Vortragende dann verschiedene Methoden zur Vergleichung von Lichtstärken vorführte, wies er auf die Schwierigkeit hin, welche darin liegt, daß in verschiedenen Plannen die verschiedenen Farben in verschiedenem Helligkeitsverhältnis enthalten sind; so zeigte ein Argand-Brenner doppelt so helles rothes Licht, als eine Spiritus-Flämlampe, während diese im grünen viermal so hell war als jene. Dazu kommt, daß unser Auge nicht für alle Strahlen gleich empfänglich ist; es gehen von den leuchtenden Körpern ja auch dunkle Strahlen aus, welche das Auge gar nicht wahrnimmt, und die sich nur durch ihre Wärmewirkung vertragen. Das Auge ist besonders empfänglich für gelbes und grünes Licht, worauf der Vortragende an solchen Strahlen reichen Gasglühlichte beruht. Ein Versuch zeigte, daß bei einer Erhöhung einer Flamme um etwa das Doppelte ihre Leuchtkraft auf das Sechsfache stieg; der Vortragende zog daraus den Schluß, daß die Erreichung größerer Hitze auch für die Zwecke der Beleuchtung förderlich ist, was sich jedoch nur auf die untersuchte Flammeart (eine elektrische Bogenlampe) beziehen kann. Der Vortragende wies auch selbst darauf hin, daß das Ideal einer Beleuchtung darin liege, gerade die für das Auge wirksamen Strahlen mit Ausschluß aller anderen, also speziell auch mit Vermeidung von dunklen Wärmestrahlen, zu erzeugen, wie es bei den unter dem Einfluß elektrischer Entladungen phosphoreszierenden Körpern geschieht.

Die Erörterung der Frage, wie sich bei den verschiedenen Lichtarten das Verhältnis zwischen dem Kraft- und Kosten-aufwand einerseits und der erreichten Lichtstärke andererseits stelle, nahm eine entscheidene zu lange Zeit in Anspruch, ohne daß der Vortragende seinen Zweck, wie es dem Berichterstatter scheinen will, erreichen konnte. Dem steht ja schon im Wege, daß der größte Teil des Publikums mit der Methode, die Beziehungen zwischen gewissen Größen durch Kurven darzustellen, nicht vertraut genug ist, um deutlich zu fassen, was die vorgeführten Kurven eigentlich bedeuten und lehren sollten. Da der Vortrag durch diese Darlegungen übermäßig lang wurde, (er dauerte fast volle drei Stunden), so war es sehr begrifflich, daß die Zuhörer in nicht geringer Anzahl das Theater vor Schluß des Vortrages verließen. Vielleicht gelingt es Herrn Spies, bei der Wiederholung den Inhalt des Gebotenen in zwei Stunden zu bewältigen; das Ganze würde dadurch sicherlich gewinnen.

Gegen den Redakteur des antisemitischen „Wigblattes“ „Der deutsche Michel“ ist auf Grund des Artikels „Ein Monarchendiner bei Cohn und Rosenbergs“ Anklage wegen Beleidigung der Kaiserin Friedrich erhoben worden. Die Verhandlung findet am 14. d. M. vor der Kammer Brausewetter statt.

Nr. 12 des Anarchistenblattes „Der Sozialist“ ist, wie der Anarchist Sparr den bürgerlichen Blättern meldet, am Donnerstag Abend unmittelbar nach der Fertigstellung konfisziert worden. Die ganze Auflage soll beschlagnahmt sein. Wie und nach gemeldet wurde, soll ein Artikel, der sich mit den Chicagoer Anarchisten beschäftigte, den Anlaß zu der polizeilichen Maßnahme gegeben haben.

Von Rosen nach Ostafrika soll, wenn der Mittheilung eines Berichterstatters zu trauen ist, eine Ladung Tannendämme wandern, die hier gestern angekommen ist. Ein Kaufmann in Sangibar will sie zu Weihnachten an dort wohnende Deutsche verkaufen.

Die kommissarische Oberleitung der politischen Abtheilung des Polizeipräsidiums ist dem Grafen Stillefeld und dem Polizeirath Mühl an Stelle des verstorbenen Polizeiraths v. Manderode übertragen worden.

Von der Post. Im „Reichs-Anzeiger“ wird bekannt gegeben, daß am 10. November bei dem Postamt in Kisdorf 1 (Wegstrasse 117) der Rohrpostbetrieb eröffnet wird. Der Rohrpostverkehr findet täglich im Sommer Halbjahre von 7 Uhr, im Winter Halbjahre von 8 Uhr morgens bis 10 Uhr abends statt. Von dem genannten Tage ab beträgt das Porto für Rohrpostbriefe und Karten nach Kisdorf allgemein 30 bez. 25 Pf. — Das Zweig-Telegraphenamt am Brandenburger Thor wird vom 10. November ab an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen geschlossen.

Polizeilich verbotene Vorstellung. Polizeilich untersagt wurde am Dienstag Abend 1/2 10 Uhr mitten im Spiel die Vorstellung im „Cirkeller“ in der Chausseestrasse. Als Grund des Verbots wurde von dem Beamten die Unzulänglichkeit der Konzeption angegeben, auf welche hin jedoch schon mehrere Abende unbeanstandet gespielt worden war.

Die „Kanaria“, Verein für Liebhaber und Züchter des Kanarienvogels, wird die 14. Ausstellung vom 6.—10. Dezember Leipzigerstr. 132, 1 Treppe stattfinden lassen.

Eine Ungeheuerkrankheit für heilbare Kranke „aus dem Lande der Engler, Gelehrten, Künstler und Schriftsteller“ soll dem „Berl. Tgl.“ zufolge von einem Komitee geplant sein. Die Anstalt soll innerhalb des Vorortverkehrs errichtet werden und 120 Betten fassen. Zu den auf 600.000 M. berechneten Kosten soll eine hiesige Familie 100.000 M. in Aussicht gestellt haben. Für vollständige Verpflegung sei eine Gebühr von drei Mark täglich ausgelegt, während die allgemeinen Anstaltskosten durch den Verein zur Begründung von Heilstätten aufgebracht werden sollen. Für Kranke aus dem eigentlichen Proletariat ist diese Anstalt, wie zu erhellen ist, nicht berechnet.

Der ungeheure Regenguß in der Nacht zum Freitag, der für diese Jahreszeit zu den größten Abnormitäten gehört, hat

das Eingreifen der Feuerwehr an verschiedenen Stellen notwendig gemacht. In der Hirtenstraße machte ein Schrägkessel, in welchen das Wasser in Strömen einbrang, ausgepumpt werden. In der Luisenstraße sammelte sich das Wasser über einen Fuß hoch, ebenso unter den Linden, wo der ganze Reitweg überschwemmt war. Großen Schaden haben auch die Gärten in der Umgebung erlitten, da das Wasser in die Treibhäuser drang und viele Pflanzen zerstörte. Die Milchhändler von außerhalb kamen sämtlich mit Verspätung hier an, da die Chausseen unpassierbar waren. Die Spree ist bedeutend gestiegen und die Obfahnen konnten vor den eindringenden Wassermassen nicht geschützt werden.

In Potsdam versuchte sich Donnerstag Morgen ein Mann, welcher in Strampfen eingeklemmt kam und nur halb bekleidet war, von der langen Brücke in die Havel zu stürzen. Ein Schuttmann verhinderte ihn aber mit festem Griffe daran und wurde deshalb von dem Mann thätlich angegriffen. Auch auf der Polizeiwache, wohin er später befördert wurde, machte er einen Angriff auf einen Schuttmann, den er vom Stuhl herabreihen wollte. Es stellte sich heraus, daß man es mit einem akademisch gebildeten Lehrer zu thun hatte, der infolge anstrengenden Studirens plötzlich geistesgehebt geworden war.

Gesperrt ist für Fuhrwerke und Reiter die Alexandrinenstraße von der Wassertrasse bis zur Hollmannstraße.

Polizeibericht. Am 7. d. M. abends wurde ein Arbeiter in seiner Wohnung am Weidenweg erhängt vorgefunden. — In der Calvinstraße lief eine Frau aus Unvorsichtigkeit gegen ein vor dem Hause aufgestelltes Leitergerüst, fiel dabei hin und brach beide Arme. — Im Laufe des Tages fanden zwei unbedeutende Feuer statt.

Witterungsübersicht vom 8. November 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (49° F.)
Swinemünde	753	W	3	bedeckt	8
Hamburg	759	Stil	—	Nebel	9
Berlin	759	WSW	2	Regen	11
Biesbaden	764	SW	2	bedeckt	15
München	769	SW	3	bedeckt	14
Wien	765	W	3	bedeckt	16
Saparanda	766	NO	2	Schnee	-8
Petersburg	749	SO	1	Nebel	4
Coak	760	W	2	Nebel	7
Aberdeen	756	SW	2	heiter	7
Paris	766	S	2	bedeckt	13

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 9. November 1895. Nachts kühler, am Tage mildes, theils heiteres, theils wolfiges Wetter mit etwas Regen und mäßigen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beilage.

Majestäts- und Mänter-Beleidigungsprozess. Am Tage nach seiner Wahl zum Reichstags-Abgeordneten stand unser Genosse Dr. Lütgenau vor der Dortmunder Strafkammer, um sich wegen obiger Vergehen zu verantworten. Wegen der ihm zur Last gelegten Majestätsbeleidigung wurde er, wie bereits gestern mitgeteilt, zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt. Dem anschließenden Bericht, den die neueste Nummer der „Rhein-Westf. Arb.-Ztg.“ über die Verhandlungen bringt, entnehmen wir noch folgende interessante Details: Die Mänter-Beleidigung ging voran. In einer Versammlung zu Dorstfeld soll Genosse Lütgenau in einem Meierat über den Essener Meineidsprozess gesagt haben: „Der Mänter ist ein Mann, wenn der heute einen anpackt und zu Boden wirft, so hat er's morgen vergessen, stellt sich vor Gericht und beschwört, daß er nicht gestochen hat.“ Der Angeklagte erklärte, daß er sich so ähnlich ausgedrückt habe, indes sei der Sinn des Satzes durch Fortlassung des folgenden entfiel worden. Er habe stets hervorgehoben, daß Mänter im guten Glauben gehandelt habe. Er sei übrigens noch heute überzeugt, daß Schröder in der Versammlung zu Vaulau von Mänter zu Boden gestoßen sei. Sodann werden zwei Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ Nr. 149 und 150 verlesen, der eine lautend: „Schröder und Mänter oder Bürger und Politik“, der andere eine Wiedergabe aus einem Artikel des „Hamb. Echo“.

In dem ersten Artikel wird gesagt, daß Mänter den Schröder bei seiner Verhaftung im Gerichtssaal angepackt habe, weil das Berühren mit den Händen bei ihm unwillkürlich sei, daß er dieser Handlung sich gar nicht einmal bewußt werde und daher ruhig beschwören werde, daß er den Schröder nicht berührt hätte. Es wird zunächst Beweis über die Kleberung in Dorstfeld erhoben.

Der Zeuge Gendarm Haxmann bekundet, daß der Angeklagte sich in der Dorstfelder Versammlung so geäußert habe, wie es die Anklage darstellt. Er habe indes die guten Glauben des Mänter besonders hervorgehoben; die Versammlung war sehr erregt. — Angekl.: Erregt ist in der Versammlung nur der Zeuge gewesen. Er lief aufgeregt in dem Versammlungslokal auf und ab und sagte zu dem überwachenden Kommissar Wagner: „Das ist ja die reinste Aufputschung. Sorgen Sie doch dafür, daß der Mann aufgehört, läsen Sie die Versammlung auf.“ Der Kommissar wies ihn aber ab mit dem Bemerkung, der Redner halte sich in den gebotenen Sätzen. — Polizeikommissar Wagner, Dorstfeld: Der Angeklagte habe gesagt, daß Mänter ständig mit den Händen agieren müsse. Es bedürfe keines Entschlusses für ihn, seine Hände zu gebrauchen. Er wäre sich dessen gar nicht bewußt und könne daher vor Gericht im guten Glauben beschwören, daß er nicht angefaßt habe. — Verteidiger Rechtsanwalt Kohn beantragt, den Gerichtsbrendanten Vot zu vernehmen, der bekundet soll, daß der Gendarm Mänter am 27. Juni, als er nach einer vertagten Verhandlung sich das Zeugengeld holte, ihm gegenüber zuerst erklärt, daß Weimar keine Wahnstation sei und nachher, als an anderer Stelle das Gegentheil festgestellt wurde, sofort bestritt, daß er jene erste Behauptung aufgestellt habe. — Zeuge Mänter erklärt sehr erregt, wenn so etwas vorgefallen sei, so habe das doch gar keine Verbindung mit der vorliegenden Sache. Wenn man jedes Wort, das er spreche, kontrollieren wolle und die Herren Verteidiger ihn immer so durchhecheln wollten, so gehe ja seine ganze Autorität verloren. Der Präsident verweist ihn zur Ruhe. — Staatsanwalt Dr. Schulze-Sölde: Dem Angeklagten fallen drei Beleidigungen des Gendarms Mänter zur Last. Zunächst die Kleberung in Dorstfeld, wo er dem Gendarm vorgezogen hat, den Schröder gepackt zu haben. Er habe nicht gepackt, sondern instruktionsgemäß berührt. Durch den Ausdruck wochen sollte Mänter als gewaltthätiger Mensch hingestellt werden. Eine viel tiefer und höhner Beleidigung liegt in den Worten: Er stelle sich im guten Glauben hin und schwöre, er habe Schröder nicht berührt. Wenn hier auch gesagt wird, Mänter handle in gutem Glauben, so ist das nur die Schachtel, worin die Pille gerichtet wird. Mänter soll hingestellt werden als jemand, der unter Eid Unrichtiges ausfragt und die Einschränkung „im guten Glauben“ besagt nichts. Wenn man von jemandem behaupten würde, er habe gestochen, aber in gutem Glauben, würde das nicht beleidigend sein? Daß Mänter sich verschiedener Vorfälle nicht erinnert, ist allerdings richtig, aber das paßt auch anderen Personen. Bezüglich des Falls mit dem Metzger Bernide behauptet Mänter, er habe sich angegriffen geglaubt und es ist fraglich, wenn man glauben

soll. Im übrigen wird man finden, wenn man das Leben einzelner genau durchgeht, daß man immer etwas anzufügen kann. Und bei der schwierigen Stellung, welche die Sicherheitsbeamten hier haben, kann man es erklärlich finden, wenn mal einer zu feste zugreift. Mänter's Verfehlungen sind gewiß theilweise entschuldbar, wenn ich auch Ungeschicklichkeiten keineswegs billige. Im allgemeinen hat man ihm aber doch nur Kleinigkeiten nachgewiesen. In den Artikeln der Nr. 149 und 150 der „Arbeiter-Zeitung“ sind dieselben Beleidigungen enthalten. Der letztere enthält außerdem noch die sehr schwere Beleidigung, daß Mänter ein Mensch von sehr niedriger Bildungsstufe sei. Das ist eine bewusste Beleidigung, für die absolut keine Veranlassung vorhanden war. Eine solche Verunglimpfung in der Zeitung muß allerdings die Autorität der Beamten erschüttern. Der Fall Bloch beweist nichts dafür, daß Mänter mit seinem Eide sabeläßig umgeht. Ich beantrage eine Gefängnisstrafe von einem Monat, und zwar in der Erwägung, daß bei den systematischen Verleumdungen — das ist wohl nicht ganz richtig — bei den systematischen Beleidigungen ehrenrühriger Natur gegen einen Beamten keine Geld- sondern eine Gefängnisstrafe angebracht sei. — Verteidiger: Der Herr Staatsanwalt nimmt an, daß Mänter bei den inkriminierten Artikeln die Hauptrolle spielte. Das ist falsch. Der Angeklagte hat vielmehr den Essener Prozess beleuchtet wollen, und ging von der Erwägung aus, daß Mänter, obgleich unmittelbar bei der Sache betheiligt, als Hauptzeuge auftrat, daß ihm vom Gericht außerordentliches Gewicht beigelegt, während den Entlassungszeugen Marggraf kein Glaube geschenkt wurde, man sie vielmehr verhaftete. Der Angeklagte versuchte nun den Beweis zu erbringen, daß dies nicht richtig, daß der Beamte nicht glaubwürdiger als der Zivilist sei, daß auch der Beamte irren könne unter Eid, im guten Glauben, von seinem Temperament verführt. Beleidigungen des Gendarms Mänter liegen ihm also völlig fern. Und der versuchte Beweis ist ihm gänzlich gelungen. Die Vorfälle in Herne, deren Mänter sich nicht mehr entsinnt, sind doch keine Kleinigkeiten. Und die Gerichte haben sich überzeugt, daß die Befundungen der Zeugen über diese Vorfälle richtig sind, denn sonst hätte z. B. der Redakteur Bloch am 4. Oktober nicht von der Mänterbeleidigung freigesprochen werden können. Das beweist doch, daß Mänter im Mann einer gewissen Leidenschaftlichkeit steht, aber daß er an starker Gedächtniskraft leidet. Der Fall Bloch beweist doch auch, daß Mänter ohne genügende Vorsicht handelt, daß er von einer großen Unruhe beherrscht wird. Der Angeklagte wollte eben dies zeigen, wollte zeigen, daß Mänter kein Bewußtsein von mehreren seiner Handlungen erlangt und deshalb nachher im guten Glauben sie in Abrede stellt. Dabei lag ihm eine Beleidigung fern, er wollte nur eine Illustration dafür geben, daß das Zeugnis von Beamten nicht immer absolut besser ist, als das von Zivilisten. Was den Vorwurf des Adens betrifft, so hat der Angeklagte ihn im besten Glauben gemacht, er konnte die betreffende Instruktion nicht kennen. Alle die Artikel, worin er diesen Vorwurf erhoben hat, sind gleich nacheinander erschienen und stellten sich daher als aus einem Willen und einer Entschliebung hervorgegangen dar. Was den Artikel des „Hamburger Echo“ anbelangt, so hat der Angeklagte die Kleberungen verschiedener Blätter über den Prozess zu Essen geben wollen, und wenn er auch infolge des Pressegesetzes die Verantwortung dafür tragen muß, so ist seine Unachtsamkeit doch nur eine Fiktion. Alle Wendungen des Artikels hat er sich jedenfalls nicht zu eigen gemacht. — Der Angeklagte hält ebenfalls eine längere Vertheidigungsrede. Das Gericht erkennt nach langer Beratung auf eine Geldstrafe von 300 M. Die Behauptung in der Dorstfelder Rede, Mänter habe Schröder gepackt, sei zweifellos beleidigend aber nicht im Eröffnungsbeschluss inkriminiert, weshalb eine Verurteilung nicht eintreten könne. Was der Vorwurf der unrichtigen Befundung unter Eid betreffe, so sei ausdrücklich festgestellt, daß der Angeklagte den guten Glauben Mänter's bestonte. Dasselbe geschieht in den beiden Artikeln. Daß aber Mänter sich Anmaßungsäußerungen, die ihm zur Last fallen, nicht entsinnt, das hat der Angeklagte bewiesen. Die Form ist nicht beleidigend, die Kritik ist berechtigt, deshalb konnte in diesen Auslassungen eine Beleidigung nicht erblickt werden. Dagegen ist es beleidigend, wenn von Mänter in den Artikeln behauptet wird, er habe Schröder gepackt. Der Beweis dafür ist nicht erbracht, Mänter hat instruktionsgemäß gehandelt. Die Artikel aber werfen ihm eine Gewaltthat vor. Im letzten Artikel ist Mänter durch die Behauptung schwer beleidigt, er sitze auf niedriger Bildungsstufe.

Es folgt die Anklage wegen Majestätsbeleidigung. Dieselbe soll begangen sein durch Abdruck eines Leitartikels aus der demokratischen „Düsseldorfer Bürger-Zeitung“, „Eine Kaiserrede“, betitelt, welcher die Rede des Kaisers beim Paradediner des Gardekorps am diesjährigen Sedantage kritisiert. Der Artikel ist auch in die „Westfälische Volks-Zeitung“, dem Kopfblatt der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung“ übernommen worden. Die Anklage nimmt deshalb zwei Handlungen an. Auf Antrag des Staatsanwalts wird die Oessentlichkeit ausgeschlossen. Das Gericht fand in dem Artikel zwei Beleidigungen und nahm an, daß zwei selbständige Handlungen vorlägen, weil die Nummer der „Volks-Zeitung“ einen Tag später erschienen sei, als die Nummer der „Arbeiter-Zeitung“. Für jeden Fall sei auf drei Monate erkannt, die in fünf Monaten Gefängnis zusammengezogen wurden. — Der Anstand, daß das Gericht zwei selbständige Handlungen angenommen hat, dürfte die sofort eingelegte Revision erfolgreich machen, denn unser Dortmunder Bruderorgan an anderer Stelle hervorhebt, erscheinen beide Blätter an einem Tage (die „Volks-Zeitung“ wird nur vordatiert), sodas nur eine selbständige Handlung vorliegt.

Der Schreiber der Georgenkirche. Zu der harten Strafe von neun Monaten Gefängnis wurde der Bureauhilfe Friedrich Wilhelm Schödel gestern von der 7. Strafkammer des Landgerichts I verurtheilt. Schödel, der gegenwärtig vom hiesigen Magistrat beschäftigt wird, war seit Juli 1893 eine zeitlang bei der Redaction der hiesigen Georgenkirche als Bureauarbeiter thätig. Er wurde wider Erwarten entlassen und richtete seitdem eine ganze Reihe Angriffe gegen den Redaktionschef und den Superintendenten a. D. Wegner; namentlich der erstere hat nach den Behauptungen des Angeklagten sich diverser schwerer Unregelmäßigkeiten schuldig gemacht. Der ungetreue Wahrheitsbeweis mihlang jedoch und Schödel, von dem der als Zeuge vernommene Superintendent a. D. Wegner in der Verhandlung angeben hatte, daß er beinahe in Zweifel gerathe, ob die Jurisprudenz die richtige Jurisprudenz für den Angeklagten sei oder ob nicht vielmehr eine andere Wissenschaft sich mit ihm befassen müsse, wurde zu der vorhin mitgetheilten harten Strafe verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr Gefängnis beantragt.

Unschuldig verhaftet. Vor der Strafkammer III des Hamburger Landgerichts wurde in diesen Tagen ein Fall verhandelt, der ein großes Licht auf unsere vielgelesene Strafvertheilung wirft. Angeklagt war ein 17-jähriges Mädchen wegen Vergehens gegen § 218 Str.-G.-B. (Abtreibung der Leibesfrucht). Drei Monate hatte die Voruntersuchung in dieser Sache in Anspruch genommen, und während dieser Zeit sah das Mädchen öfters während in Untersuchungsbast. In der Hauptverhandlung erklärten der Sachverständige, Physikus Dr. Grermann, daß er trotz eingehender Untersuchung des Mädchens nicht das geringste Anzeichen für eine jemalige Schwangerschaft derselben haben können. Auf Antrag des Staatsanwalts erfolgte Freisprechung des bedauernswürthen Mädchens, gegen das eine Anklage infolge Weibertracht erhoben war. Wäre die ärztliche Untersuchung sofort erfolgt, so wäre dem Mädchen die Qual der dreimonatlichen Untersuchungsbast erspart geblieben.

Die verschwundene Erzherzogin Tubberkein hat bekanntlich Mutter und Schwester in das lustige Leben, das sie dank

der Dummheit einiger reicher Gimpel führen konnte, mit hinein-gezogen. Während die „Erzherzogin“ bei Zeiten verabschiedete, haben Mutter und Schwester von den schönen Tagen nichts behalten, als eine Verurteilung zu harter Gefängnisstrafe. Die Revisten, die sie gegen dies Urtheil eingelegt hatten, ist gestern vom Reichsgericht verworfen worden.

Eine zeitgemäße That des Reichsgerichts. Aus Leipzig wird vom Freitag telegraphirt: Der zweite Straifenast des Reichsgerichts hob das freisprechende Urtheil des Landgerichts Berlin I vom 14. Mai d. J. gegen den Arbeiter Zinne auf. In der Begründung wird ausgesprochen, daß Korpsbefehle, welche sich gegen die sozialdemokratische Agitation im Heere richten, als Befehle in Dienst-sachen nach § 92 des Militär-Strafgesetzbuches aufzufassen sind und daß die Aufforderung an Personen des Soldatenstandes zur sozialdemokratischen Agitation nach §§ 110 bis 112 des Reichsstraf-gesetzes zu bestrafen ist.

Unsere Leser werden sich wohl kaum mehr des Thatbestandes erinnern, der seinerzeit vom Staatsanwalt als Anlagematerial gegen Zinne benutzt wurde. Wir geben deshalb den Fall, wie er sich am 14. Mai vor der neunten Strafkammer des hiesigen Land-gerichts I abspielte, nochmals wieder.

Am Abend des 22. September vorigen Jahres hielt der „Flugtauben-Verein Weibing“ ein Tanzkränzchen ab, welches von etwa 150 Personen besucht war. Die Rolle des Tanz-ordners wurde dem Arbeiter Karl Zinne übertragen. Während der Kaffeepause bat Zinne diejenigen Gäste, welche demnächst zum Militär eintreten müßten, sich um ihn zu schaaren. Es folgten etwa zwölf Personen dieser Aufforderung. Zinne soll darauf nun folgende Ansprache gehalten haben: „Ihr kommt jetzt aus der Freiheit in die Knechtschaft. Ich fordere Euch auf, der sozialdemokratischen Fahne auch beim Militär treu zu bleiben und auch dort die sozialdemokratischen Ideen zu verbreiten!“ Diese Ansprache zog dem Arbeiter Zinne obige Anklage zu. Von den geladenen Zeugen gehörten jetzt vier dem Militärstande an. Diese bekundeten, daß sie den Wortlaut der von dem Angeklagten gehaltenen Ansprache nicht wieder-zugeben vermöchten, der Sinn sei aber so gewesen, wie es die Anklage behauptet und wie es auch von dem Kriminalkommissar Schöne zu Protokoll gegeben worden sei. Dagegen traten zwei andere Zeugen auf, welche in ihren Angaben von denjenigen der Soldaten abwichen. Der Majorist Sonntag bekundete, daß der Angeklagte nur gesagt habe, die Militärschlichtigen müßten nach Ableistung ihrer Dienstzeit wieder treu zur Sozialdemokratie halten. Der Zeuge habe darauf Veranlassung genommen, die jungen Leute zu ermahnen, sich während ihrer Dienstzeit ja von jeder Agitation fern zu halten, da sie sich sonst schwerer Unannehmlichkeiten aussetzen würden. Darin, daß der Angeklagte angetrunken gewesen sei, stimmten alle Zeugen überein.

Staatsanwalt Hagen hielt den Angeklagten für über-führt. Derselbe mußte als gewesener Soldat „zweifelslos“ nüssen, daß er die jungen Leute zu strafbaren Handlungen (!) anforderte. Wesentlich habe das Kriegs-ministerium einen Erlaß an die Generalkommandos erlassen, wonach jede Vethätigung sozialdemokratischer Gesinnung seitens der Mannschaften zu verbieten sei. Die Verfassung müsse als eine öffentliche angesehen werden, weil jeder anständig gekleidete Mensch, der 30 Pf. Eintrittsgeld zahlt, daran theilnehmen konnte; die Angetrunkenheit des Angeklagten könne nicht so stark gewesen sein, daß sie ihn straflos mache. Er beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von zehn Monaten. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Schoeps stellte die Anklage als einen Versuch dar, etwas unter Strafe zu stellen, was unter den § 112 des abgelehnten U m s t r u z g e s e t z e s fallen sollte. Was der Angeklagte gesagt hat, sei keineswegs bestimmt festzustellen. Durchaus wahrscheinlich sei es, daß er nur gesagt habe: „Bleibt Eurer sozialdemokratischen Gesinnung treu!“ Darin liege durchaus nichts Straf-bares, denn Gedanken seien zollfrei, selbst für Leute, die den Waffendienst tragen. — Der Gerichtshof sprach den Angeklagten damals frei unter folgender Begründung: Nach § 92 werde Ungehorsam gegen Befehl der Vorgesetzten „in Dienst-sachen“ bestraft. Der Gerichtshof sei nicht der Ansicht, daß die Korpsbefehle Befehle „in Dienst-sachen“ seien und er befände sich dabei in Uebereinstimmung mit dem Kommentator des Militär-Strafgesetzbuches Solms. Der Gerichtshof habe angenommen, daß die Ausrufung so gelaunt habe, wie die Anklage behauptet, und daß auch der Begriff der Oeffentlichkeit in der versammelten Menschenmenge gegeben sei. Aber selbst wenn die besagten Korpsbefehle als Befehle „in Dienst-sachen“ anzusehen wären, könnte der Angeklagte doch nicht wegen Vergehens gegen die §§ 92 und 93 des Reichs-Militär-Strafgesetzbuches bestraft werden, da ihm nicht nachzuweisen war, daß er von dem Befehlen jener Korpsbefehle Kenntnis gehabt habe.

Das Urtheil des Reichsgerichts, welches sich entgegen der Ansicht der Berliner Richter für die Strafbarkeit der Ausrufungen Zinne's erklärt hat, ist von symptomatischer Bedeutung. Unsere Parteigenossen werden daraus die Lehre ziehen, daß sie in bezug auf ihre Brüder und Freunde im Waffendienst ihre Worte genau zu wägen haben. Sie können dies um so leichter als sie wissen, daß der Mann, der bis zum Eintritt ins Kriegsheer sich keine Pflicht bewußt war, auch nach Ablauf der Dienstzeit sich derselben sehr wohl erinnern wird.

Ober-Verwaltungsgericht. Der Tischler und Kassenbote Bergmann zu Breslau, der in der Liste der stimmungsfähigen Bürger dieser Stadt, welche im Juli 1894 öffentlich auslag, nicht genannt war, hatte bei der Stadtverordneten-Versammlung seine Aufnahme in dieselbe vergeblich beantragt. Die im August des vorigen Jahres ausgesprochene Abweisung des Antrages wurde unter Hinweis auf § 5 Nr. 4 d. der Städte-Ordnung für die sächsischen Provinzen, des § 9 b Abs. 2 des Gesetzes vom 25. Mai 1873 und auf ein Ortsstatut damit begründet, daß Bergmann für das Steuerjahr 1894/95 mit einem Jahres-einkommen von nur 850 Mark zur Einkommensteuer veranlagt sei. Der angezogene Paragraph der Städte-Ordnung macht das Bürgerrecht und damit das Recht zur Theilnahme an den Gemeindevahlen davon abhängig, daß der Betreffende an Klassensteuer einen Jahresbetrag von mindestens 6 M. entrichtet. Ferner enthält er aber auch die Bestimmung, daß in den vormalig mahl- und schlichterpflichtigen Städten von mehr als 50 000 Einwohnern ein Einkommensbetrag von jährlich 900 M. als Bedingung des Bürgerrechts beibehalten werden kann. Dazu bestimmt dann das Gesetz vom 25. Mai 1873, daß es in den fraglichen Städten der östlichen Provinzen auch unabhängig von dem Ortsstatute der Wahl- und Schlichtersteuer zulässig sei, durch Kommunebeschlüsse die im § 5 Nr. 4 d. der Städte-Ordnung bezeichneten Einkommensbeträge als Bedingung des Bürgerrechts beizubehalten. Die städtischen Behörden Breslau's, das zu den wenigen hier in Frage kommenden Städten gehört, haben dann einen dahingehenden Beschluß seinerzeit gefaßt und den Betrag von 900 M. zur Bedingung gemacht. Nachdem Bergmann's Einspruch zurückgewiesen war, klagte derselbe gegen die Stadtverordneten-Versammlung beim zuständigen Bezirksausschusse, indem er beantragte, die Beklagte zu verurtheilen, ihn in die Liste der stimmungsfähigen Bürger Breslau's aufzunehmen. Er führte aus, daß er auch nach der von der Stadtverordneten-Versammlung für maßgebend erachteten Veranlagung ein Jahreseinkommen von 900 M. habe; denn sein steuerpflichtiges Einkommen sei von der Steuerbehörde auf 850 M. unter gesetlicher Berücksichtigung des Umstandes festgestellt worden, daß er ein Kind habe. Man hätte sein wirkliches Einkommen auf 900 M. geschätzt und davon gemäß dem Gesetze bei der Veranlagung 50 Mark mit

Rückzicht auf das Kind als nicht steuerpflichtig in Abzug gebracht. Aber selbst wenn er dies Einkommen von 900 Mark nicht hätte, würde er die Aufnahme in die Liste fordern können, denn § 77 Abs. 1 des Einkommensteuer-Gesetzes vom Juni 1891 besage: Soweit nach den bestehenden Bestimmungen in Stadt- und Landgemeinden das Bürgerrecht bezw. das Stimm- und Wahlrecht in Gemeindeangelegenheiten an die Bedingung eines jährlichen Klassensteuer-faches von 6 M. geknüpft ist, tritt, bis zur anderweitigen gesetz-lichen Regelung des Gemeinde-Wahlrechts, an die Stelle des ge-nannten Satzes der Steuerfah von 4 M., bezw. ein Einkommen von 600—900 M. Hiernach sei, meint der Kläger, der angeführte Kommunebeschlusse als ungültig zu betrachten. Der Kläger war in der Lage, dem Bezirksausschusse mitzutheilen, daß die Steuer-Voreinschätzungs-Kommission ihn nachträglich auf seine Remonstration hin mit einem Einkommen von 1150 M. ein-geschätzt habe und zwar auf Grund des § 80 des Einkommen-steuer-Gesetzes, so daß er die zu wenig gezahlte Steuer nach-zahlen muß. — Der Bezirksausschusse nahm an, daß die Be-dingung für die Erwerbung des Bürgerrechts für Breslau ein Einkommen von schlechweg 900 M. sei, und verurtheilte die Stadtverordneten-Versammlung, den Kläger in die Liste der stimmungsfähigen Bürger für das Jahr 1894/95 aufzunehmen. Die Beschlusse legte nunmehr beim Ober-Verwaltungs-gericht Berufung ein und machte folgendes geltend. Für die Aufnahme in die Wählerliste sei nur das veranlagte Einkommen maßgebend, und Bergmann sei bei der Aufstellung der Liste für 1894/95 nur mit einem Einkommen von 850 M. veranlagt ge-wesen. Seine spätere höhere Veranlagung könne jedoch nicht ins Gewicht fallen, weil sie lange nach der Aufstellung der Liste erfolgt sei. — Das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte die Verurtheilung der besagten Stadtverordneten-Versammlung. Die Gründe wurden nicht vorgelesen. Wir werden die-selben eventuell später mittheilen.

Soziale Arbeiterpflicht.

Aus Zwickau wird und geschrieben: Am 4. November feierten hier die Aktionäre und höheren Beamten des Erz-gebirgischen Steinkohlen-Aktienvereins das fünfzigjährige Gründungsjubiläum ihres Vereins; die Arbeiter auf den 4 Schächten verfahren gegenwärtig 12stündige Schichten, 2 Stunden über die festgesetzte Normalschicht. Nur die bravsten der braven Arbeiter durften heute früh 9 Uhr beim Festaktus mit antreten und wurden dekorirt und beschenkt. Es sind lauter Leute, die 25 Jahre ununterbrochen auf dem Werke arbeiten und — man höre und staune — 1870, als auf dem Werk ein kurzer Streik ausbrach, nicht mitgestreift haben. Die Steiger hatten durch Umfrage unter den Arbeitern den Thatbestand der Schuld der alten Arbeiter, so weit er nicht aus den Werkslisten zu er-sehen gewesen ist, festgestellt. — Auch eine Begräbnisliste ist auf dem Werke vor acht Tagen gegründet worden, sie hat bereits die Rechte der juristischen Person erhalten. Der Grundstock wird aus Kaffeegeldern gebildet, wozu die alten Arbeiter bis zum Jahre 1874 mit beigetragen haben, dafür gemessen sie nun die Vergünstigung, daß ihren Hinterbliebenen beim Todes-falle wenigstens die höchste Unterstützung — 100 M. überwiesen wird. Bemerkenswerth ist der Passus im § 2 des Statuts, wo-nach Mitglieder sozialdemokratischer Vereine vom Beitrittsrecht ausgeschlossen sind. Dieser Passus kann natürlich nur Sachen er-regen, denn von sozialdemokratischen Vereinen ist hier schon lange keine Rede mehr, die Polizei hat ja damit gründlich ausgeräumt, ja sogar Vertrauensmänner „aufgelöst“. Weiter ist doch die Kasse für die Arbeiter gegründet, aber die beiden Direktoren führen den Vorstoß im Vorstand. Die Beiträge werden bei der Lohnanzahl-ung mit verrechnet und wer freiwillig aus der Arbeit scheidet, verliert alle Ansprüche auf die Kaffeegelder; nur wer „gegangen“ wird, soll seine eingezahlten Gelder ohne Zinsen zurückerhalten. Fürwahr eine herrliche Schöpfung!

Für den Gemeindebezirk Zwickau soll auf Beschluß des Raths und der Stadtverordneten demnächst ein Gewerbe-gericht errichtet werden. Damit wird einem lebhaften Wünsche der Arbeiter Genüge geleistet. Mehrere Jahre hindereinander haben sich Arbeiterversammlungen sowie die dortige Arbeiter-presse mit diesem Thema erfolglos beschäftigt und ging vor mehreren Monaten ein mit über 500 Unterschriften bedecktes Gesuch an das Ministerium des Innern um Vermittelung in dieser Frage. Die Antwort ist noch nicht zurück; inzwischen haben sich Rath und Stadtverordnete selbst zur Einführung eines Gerichts entschlossen. In Sachen bestehen bereits Gewerbe-gerichte in folgenden Städten: z. B. in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Plauen, Zittau, Dauen, Glauchau, Meerane. Krim-schau bekommt am 1. Januar 1896 eins. Werdaun besitzt auch noch kein Gewerbegericht. Freiberg gehört nicht Zwickau zu den Größtenklassen der sächsischen Städte von 25 bis 50 000 Ein-wohnern, welche zur Zeit noch kein Gewerbegericht haben.

Soziale Rechtspflege.

Das Internationale Reinigungs-Institut, Inhaber des Patents, besitzt Einrichtungen, die der weitesten Oeffentlichkeit preisgegeben zu werden verdienen. In der Verhandlung einer Klage des Arbeiters O., welcher die Herauszahlung eines Rest-lohnes von 16,50 M. und einer Kaution von 5 M. verlangte, wurde folgendes festgestellt: Nach der Arbeitsordnung der Firma, welche etwa 120 Personen beschäftigt, währt die Arbeitszeit von morgens um 6 Uhr bis abends um 7 Uhr. Dabei beträgt der „Anfangslohn“ 12 Mark. Um in dem „neuen“ Arbeiter nun nicht etwa große Hoffnungen für die Zukunft zu erwecken, wird gleich bestimmt, daß der Lohn höchstens auf 14,50 M. steigt. Von der möglicherweise bei dem einen oder anderen vorhandenen Neigung zum „Verschlafen“ der Zeit kurirt die Firma die Betreffenden durch die Androhung einer Strafe für das „Zuspätkommen“, und zwar sollen die Sühner 10 Pf. berappen, wenn sie 5 Minuten nach dem Beginn der Arbeitszeit eintreffen. Des Diensttags haben die Arbeiter früh 5 Uhr auf dem Potsdamer Bahnhof zu sein, um dort in Aktion zu treten. Wer es sich gelassen läßt, eine Stunde später zu kommen, zahlt 50 Pfennig. Ganz famos ist das Unfallwesen geregelt, indem eine besondere Unfallkasse eingerichtet ist. Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei gleich bemerkt, daß es sich nicht etwa um eine Unfallkasse handelt, aus der Ent-schädigungen für Unfälle gezahlt werden sollen, die den An-gestellten passiren. Die Kasse hat vielmehr den Zweck, die Firma möglichst vor dem Risiko zu bewahren, bei der Arbeit verlegte Fenster zu ersetzen u. dgl. eigenen Mitteln entgegen zu müssen. Jeder der vielen Arbeiter des Internationalen Rein-igungsinstituts wird durch die Arbeitsordnung ver-pflichtet, pro Woche von dem fargen Lohn 15 Pfennig in die Unfallkasse zu zahlen, während Stähr jede Woche eine ganze, ungetheilte deutsche Reichsmark dazulegt. Schäden von über 1 M. hat der Ar-beiter zur Hälfte zu tragen, die andere Hälfte ist der Unfall-kasse zu entnehmen. Objekte im Werthe von weniger als 1 M. sind vom fraglichen Angehörten ganz zu ersetzen. Wirklich — eine häßliche Einrichtung! Das schloste aber ist, daß — wie ebenfalls festgestellt wurde — die Arbeits-ordnung an Verhandlungstage der Behörde noch nicht zur Begutachtung eingereicht war. Hierauf stützte denn auch der Kläger O. einen großen Theil seines An-spruches, indem er die ihm für „Unfälle“ gemachten Abzüge als unrechtmäßige ansah; er behauptete, die Arbeitsordnung, sei rechtswidrig. Zu den einzelnen Summen, aus denen sich die Gesamtverpflichtung des Klägers zusammensetzt, von O. nicht genau auseinandergehalten werden konnten, wurde den Parteien zu einem Vergleich geziehen, der nach langem Zureden auf 9 M.

geschlossen wurde. Auf die Rückzahlung von 2 M., die Kläger mal als Vorschuss erhielt, wurde verzichtet, so daß die eigentliche Vergleichssumme 11 M. beträgt.

Verfassungen.

Am Vorabend der Stadtverordneten-Wahlen hatten sich in verschiedenen Wahlbezirken die Wähler noch einmal in öffentlichen Versammlungen zusammengefunden, um sich vorzu-bereiten für den Wahlkampf am nächsten Tage.

In der Kommunal-Wählerversammlung, die bei Reinhardt, Hagenhaide 59, abgehalten wurde, sprach Genosse Zubeil. Ein freisinniger, Dr. Bernstein, suchte in der Diskussion Zubeil's Ausführungen zu entkräften, wurde aber von Frau J. Breunwald und dann von Zubeil selbst widerlegt. Schließlich stimmte die Versammlung einhellig einer Resolution zu, worin sie ihr Einverständnis mit dem Referenten aussprach und zu eifriger Agitation für den Kandidaten unserer Partei aufforderte. Mit dreifachem Hoch auf die Sozialdemokratie ging man auseinander.

„In letzter Stunde“ war das Thema, worüber im Eiminemänder Gesellschaftshaus vor einer dicht gedrängten Zuhörerschaft (die Lische hatten entfernt werden müssen) Genosse Stadthagen referirte. Er legte die Nothwendigkeit einer energischen Agitation für die gestern vollzogenen Stadtverordneten-Wahlen dar, hob die Ver-lumpfung der jetzigen Stadtverwaltung, unsere Ziele und unsere Taktik in und außer dem Nothen Hause unter häufigem Beifall hervor und bat die anwesenden Gegner, sich an der Diskussion lebhaft zu betheiligen. Dieser Wunsch ging trotz Anwesenheit des liberalen Gegenkandidaten nicht in Er-füllung. Genossen Herzfeld, Bergmann, Koopmann Heitmann und andere sprachen im Sinne des Referenten. Der häufige Beifall, den die Versammlung zollte, zeigte, wie sehr sie ihr aus dem Herzen gesprochen hatten. Die Versamm-lung ging mit der Hoffnung auseinander, trotz der kolossalen Wählerreien der Gegner das Mandat des Stadtverordneten Genossen Herzfeld zu behaupten.

Im Märkischen Hof, Admiralstr. 18c, hatten sich die Wähler des 17. Kommunal-Wahlbezirks zahlreich versammelt. Den Vortrag hielt Vogtherr, der das Verhalten der frei-sinnigen Stadtverordnetemehrheit gegenüber den Gemeinde-interessen gebührend kritisirte. Im selben Sinne äußerte sich B. ö r n e r. Nachdem noch Tschernig, Georgi, Karbe und Frau Zimmisch gesprochen hatten, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

In der Versammlung für den Osten, die im Hiebig'schen Festsale abgehalten wurde, sprachen die Kandidaten des 24. und 27. Kommunal-Wahlbezirks, Dupont und Henke. Dupont kam in seinem Referat auch auf die Krähwinkelerei zu sprechen, die hinsichtlich der Frage der Beleuchtung der Gewerbe-Ausstellung getrieben wird. Er habe man die Wahl des Ostens für die Ausstellung u. a. damit begründet, daß auch die Arbeiter etwas davon haben sollten, und jetzt wolle man durch Nichtbeleuchtung der Aus-stellungsräume den Arbeitern die Gelegenheit nehmen, ihre freien Abendstunden dem Studium des gewerblichen Fortschritts zu widmen. Schief gewickelt seien diejenigen, welche sich zu der Prophezeiung verließen hätten, die Unternehmer würden ihren Arbeitern jeden Monat einen freien Nachmittag geben, damit diese sich die Ausstellung ansehen könnten. (Heiterkeit.) Redner besuchte dann die Kampfesweise des freisinnigen Kandidaten für den 27. Wahlbezirk, Schriftsteller A. Peris; an einem Artikel des Mannes in der „Raufmannischen Rundschau“ zeigte er, daß Peris ganz wie Eugen Richter mit jämmerlichen Verdächtigungen gegen die Sozialdemokratie ankämpfe. Zum Beweise dafür, wie sehr die Freisinnigen mit ihrem Votum zu Ende sind, verwies Dupont auf den Inhalt eines Flugblattes, worin die „Liberalen“ sogar mit der Sedanfeier treiben gehen. Mit dem antisemitischen Gegner sich ernstlich zu befassen, erklärte Redner für unthunlich. (Heiterkeit und Beifall.) Genosse Henke wandte sich besonders gegen liberale Verhörungen, die seine Person betreffen. Vor allem wies er die in einem Flug-blatt aufgestellte Behauptung energisch zurück, daß die sozialdemo-kratrischen Vertreter im Stadthause nicht für die Verbilligung der Gas-preise eingetreten seien; diese Behauptung sei eine grobe Lüge. Die Angabe des Flugblattes, daß gerade Peris wegen seiner innigen Fühlung mit den Interessen des Nordostens, speziell aber des 27. Bezirks, zum Vertreter desselben berufen sei, glorierte Redner durch die Mittheilung, daß Peris allerdings schon seit Jahren in einer Schulkommission sitze, aber nicht in einer des Nord-ostens, sondern in einer solchen des äußersten Südens von Berlin. Als Lüge bezeichnet Henke die gleichfalls in dem erwähnten Flug-blatt gemachte Ausföhrung, er (H.) hätte sich nicht um die Interessen des von ihm bisher vertretenen Bezirks gekümmert.

Die Versammlung für den Südosten tagte im Lokal von Rautenberg in der Oranienstraße. Der Referent Dr. J. Adel kritisirte vornehmlich das Dreiklassen-Wahlssystem und das heutige Schulwesen und schilderte dann die Aufgaben, die einer Kommune wie Berlin in hygienischer und sittlicher Beziehung erwachsen. Genosse Theodor Mehnert er-örterte die Frage der Uebernahme der öffentlichen Verkehreseinrichtungen in die Regie der Gemeindever-waltung und geriselt die von falschen Angaben strotzenden frei-sinnigen Flugblätter. Ein Gegner, Namens Boas, erzählte die wunderbare Mär, er hätte gehört, der Stadt würden 1 200 000 M. „verloren“ gehen, wenn sie die Pferdebahn in eigene Regie übernehme. Genosse H. Schulz belehrte den naiven Herrn eines besseren und schloß die Debatte mit einer kräftigen Aufmunterung an die Versammelten, am Wahltag ihre Pflicht zu thun.

Im 33. Wahlbezirk hatten sich die Wähler bei Gröndel versammelt. Hier referirte der Kandidat Räther in eindring-licher Weise die Wähler zur Ausübung ihres Wahlrechts an und wurde hierin von den Genossen Pfeiffer, Bittel und Kuttmanu nachdrücklich unterstützt. Gegner nahmen auch hier nicht das Wort und die Versammlung klang in dem Ver-sprechen aus, mit allen Kräften für den Kandidaten Räther ein-zutreten.

Genz besonders zahlreich besucht war die Versammlung im 42. Kommunal-Wahlbezirk, die im Lokale „Marienbad“, Gumbdamm, tagte. Hier sprachen der Stadtverordnete Vogtherr als Referent und der Kandidat Jacobbey, wie auch in der Diskussion mehrere Genossen. Es herrschte eine sehr hegefrohe Stimmung. Mehrere freisinnige Matadore, die der Versammlung beiwohnten, zogen es vor, durch ihre rechtzeitige Entfernung einer Ansprache aus dem Wege zu gehen. Die Ver-sammlung verlief in bester Weise.

Die chirurgische Brauche hielt am 7. d. M. bei Buske in der Grenadierstraße eine öffentliche Versammlung ab, um die Ab-rechnung vom Streit bei Dewitt u. Herz entgegen zu nehmen. Diese ergab eine Gesamtentnahme von 5448,50 M., eine Gesamtausgabe von 5882,60 M. und einen Rest-bestand von 65,90 M. Nicht weniger als 30 Listen stehen noch aus. Von den Ausgaben kamen 4167 M. auf Zahlung von Streikunterstützungen. Zwei der ausständig ge-wesenen sind noch weiter zu unterstützen. Zur Prüfung der Ab-rechnung wurden Schmüdick, Wenz und Werner ge-mählt. Der Delegirte der Gewerkschaftskommission, Henrichs, berichtete dann über die Thätigkeit dieser Kommission. Mit dem neuen Regulativ konnte er sich nicht einverstanden er-klären. Er war der Meinung, daß besonders die kleineren Gewerkschaften durch das Regulativ benachtheiligt und dem Aus-schusse der Gewerkschaftskommission zu viel Machtbefugnisse eingeräumt würden. Die Versammlung war überhaupt auf den

Mißstände im Baugewerbe Berlins.

V.
Eine große Gefahr bilden für die Arbeiter die von der Bauordnung benannten offenen Räume auf den Bauten. Auch die offenen Balkons sind dazu zu rechnen. Von vielen Bauleitern wird die Gefahr, die mit den offen stehenden, also nicht versperrten Balkontüren verbunden ist, nicht in dem Grade beachtet, als es nötig wäre, um Unfälle zu vermeiden. Ganz besonders groß ist die Gefahr, wenn in den herausgestreckten Balkontüren das Wellblech fehlt, das gewöhnlich zu deren Füllung benutzt wird. Bei der Hast und Eile, wie heute produziert wird, kommt es sehr häufig vor, daß ein Arbeiter schnell den Balkon betreten will. Wenn er nicht durch Versperren des Balkons gewarnt ist, ist ein Absturz unvermeidlich. Es sind allein 92 Bauten festgestellt worden, auf denen die Balkonaufgänge nicht versperrt waren, und 9 Bauten, wo die Zwischenbede (Wellblech) und die Absperrung fehlte. Bedenkt man nun, daß oft genug die Balken nicht zugestaut oder doch nur sehr mangelhaft abgedeckt sind, der Arbeiter aber, der irgend eine Verrichtung vorzunehmen gedenkt, die Balken nur in hüpfender Weise überschreiten kann, und, wenn er die Thür des Balkons erreicht hat, mit einem Mal vor dem unbedeckten Balkontüren, also vor einer ähnelnden Tiefe steht, so kann man ermessen, welche eiserne Nerven und welche Geistesgegenwart dazu gehören, um unter solchen Umständen nicht in die Tiefe zu stürzen. Kommen bei solchen Zuständen Unfälle vor, so wird das auch noch dem schuldlosen Arbeiter auf Konto geschrieben und ihm womöglich gar die Absicht untergeschoben, er habe sich durch den Unfall in den Besitz der Unfallrente bringen wollen. Daß aber die Habgier der Unternehmer die Ursache solcher Unfälle ist, das vergißt man zu sagen.

Ein weiterer Mißstand auf den Bauten besteht darin, daß die zum Transport der Steine, des Mörtels u. s. w. dienenden Leitern in vielen Fällen fast übereinander stehen. Diese werden dann gewöhnlich in zwei neben einander liegenden Balkenfeldern aufgestellt. Dadurch wird aber die Gefahr, von herabfallenden Gegenständen getroffen zu werden, noch vergrößert, denn schon beim Hinanstragen der Steine kann, ohne daß den betreffenden Träger irgend welche Schuld trifft, ein Stein von der Mühle rutschen; dieser trifft dann unmittelbar den auf der unteren Leiter sich befindenden Arbeiter. Noch gar nicht ist dabei in Betracht gezogen, daß einmal eine Leiter während des Bestehens brechen oder durch irgend einen Zufall ein Träger mit der beladenen Mühle von der Leiter fallen kann. Während der Aufnahme dieses hatten die Beauftragten der Arbeiter Gelegenheit, einen derartigen Sturz zu beobachten. Die Leiter brach, weil, wie in so vielen Fällen, die notwendige Absteifung derselben fehlte. Die Unfallverhütungs-Vorschriften schreiben im § 9 vor: „Leitern dürfen, wo irgend möglich, nicht so übereinander liegen, daß herunterfallende Gegenstände den unteren Leitergang treffen können.“ Dessen ungeachtet sind auf neunzehn Bauten die Leitern als übereinander stehend zu bezeichnen gewesen.

Für Bauten, wo die Treppen schon belaufen werden, ist es Vorschrift, daß die noch nicht mit Geländer versehenen Treppen nicht dauernd mit Material belegt werden dürfen. Wer auf Bauten thätig ist, weiß, wie leicht sich da Material, Schutt u. s. w. ansammelt, daß es oft lebensgefährlich ist, solche Treppen ohne Geländer zu belaufen. Darum wurden auch hierüber Erhebungen angestellt, welche ergaben, daß auf 77 Bauten die Treppen ohne provisorisches Geländer waren. Eine besondere Seite der Angelegenheit muß hier noch beleuchtet werden. Hinsichtlich des oberen Treppenspodest, dem sogenannten Bodenpodest, wird fast auf allen Bauten dadurch gefährdet, daß man vergißt, es in Brusthöhe zu versperrern. Es sind dies geradezu Menschenfallen. Die Arbeiter, die die Gefahr kennen, suchen ihr so viel wie möglich dadurch zu entgehen, daß sie irgend ein Stück Holz an die Wand lehnen, und somit, wenn auch kein genügendes Mittel gegen den Absturz schaffen, so doch ein Warnungszeichen vor dem Abgrund stellen. Häufig kommt es vor, daß Arbeiter bei eiligem Verkehre auf dem Hausboden einen Abstrich an unversperrten Bodenpodesten erleiden. Es ist nun gewiss eine billige Forderung der Arbeiter, von den Behörden zu verlangen, daß die Vorschriften auch nach dieser Seite hin ausgebeugt werden sollen.

Den Unfällen soll nun im allgemeinen durch die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften vorgebeugt werden. Es ist gefehlich vorgeschrieben, daß diese Vorschriften von den Berufsgenossenschaften erlassen werden müssen und daß die Unternehmer gezwungen sind, sie im Bau so anzuhängen, daß sie jedem Arbeiter ersichtlich sind. Der Arbeiter soll sogar auf diese Vorschriften aufmerksam gemacht werden. Was hat nun die von den Beauftragten der Arbeiter angestellte Untersuchung auch nach dieser Seite ergeben? Von 368 Bauten waren auf 129 gar keine Vorschriften sichtbar und auf 7 Bauten waren sie in der Polierhülle untergebracht oder so schwer zu sehen, daß man sie als „öffentlich ausgehängt“ nicht bezeichnen konnte.

Geriichts-Beitrag.

Die Wirthshausthüren. Eine Berliner Polizeiverordnung bestimmt, daß die Thüren der Wirthshäuser nach außen aufgeschlagen müssen. Ob sich diese Verordnung auf sämtliche Thüren, die nach außen führen, oder nur auf die Thüren bezieht, die unmittelbar die Verbindung nach der Straße herstellen, darüber hatte das Kammergericht dieser Tage in vierter Instanz zu befinden. Es ist der Ansicht, daß nur die unmittelbar nach der Straße führende Thür von der Polizeiverordnung betroffen wäre.

Zur Gläubigerstatistik. Der ehemalige Gemeindepolizist von Meußitz und Sporhitz in Sachsen, Friedrich Hermann Gruber, welchem für seine Dienstleistungen von diesen Gemeinden ein Gehalt in Höhe von nur sechs und zwanzig Mark ausgezahlt wurde, unterfingung in dieser Nothlage und Bedrängnis nach und nach 35 M., welche ihm in kleineren Beträgen zur Ablieferung an die Steuereinnahmestellen dieser bei den Ortschaften anvertraut worden waren. Nicht zur Gehaltung eines lizenzirten Lebens- und sonstiger Extravaganzen, wie man sie häufig bei Baronen und Freiherren (z. B. Hammerstein) findet, verwendete er das veruntreute Geld, sondern lediglich zur Beschaffung seines Lebensunterhaltes. Der bisher unbekanntere Mann wurde nach Entdeckung der That zur Anzeige gebracht und dieser Tage durch die zuständige Gerichtsbehörde zu fünf Monaten Gefängniß verurtheilt.

Ein Nannsch vor Gericht. Wegen geradezu entsetzlicher Mißhandlung seines dreijährigen Töchterchens hatte sich dieser Tage der Schneider Franz vor dem Landgericht in Dresden zu verantworten. Wegen jeder Kleinigkeit und aus den widerwärtigsten Gründen, z. B. wenn das Kind ruhig dasaß und nicht, wie der Vater wollte, „süßel“ war, züchtigte Franz die Kleine mit der Klopspeitsche auf ganz barbarische Weise. Der ganze Körper des unglücklichen Kindes war über und über mit blutunterlaufenen Striemen und Schwielen bedeckt; wie der Gerichtsarzt in der Verhandlung ansetzte, hat er bei der Untersuchung

auf der ganzen Körperoberfläche mit alleiniger Ausnahme der Brust auch nicht eine Hand breit weiße Haut gefunden, so entsetzlich sei das Kind mit alten und frischen Schwielen übersät gewesen. Auch hungern mußte das Kind vielfach. Durch Nachbarn gelangten endlich die Mißhandlungen zur Kenntniß der Behörde. Das Gericht verurtheilte den Rabenwater zu der milden Strafe von einem Monat Gefängniß.

Münchener Bilderdiebstahl-Prozess. Vom Freitag wird berichtet: Nachdem die Verteidiger auf weitere Zeugenvernehmungen verzichtet hatten, begannen heute Vormittag die Plaidoyers. Staatsanwalt Dr. Suggenheimer faßte in einer 2 1/2 stündigen Rede nochmals alle die Angeklagten belastenden Momente zusammen, hielt die Anklage auf Falscherei und Urkundenfälschung in vollem Umfange aufrecht und beantragte für Lapp eine Gesamtstrafe von 2 Jahren 3 Monaten Zuchthaus, für Aldermann 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, für Feinmann 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, außerdem für sämtliche Angeklagte Abkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre. Der Staatsanwalt schloß, er sei sich der juristischen Schwere seines Antrages wohl bewußt, aber es würde ein schwerer Irrthum der Rechtspflege sein, hier Mitleid walten zu lassen. Er verlange die erste Grundfäule eines Rechtsstaates, gleiches Recht für Alle.

Verksammlungen.

Der sozialdemokratische Agitationsklub für den Osten hielt am 8. November in Albrecht's Salon eine seiner regelmäßigen Sonntags-Verksammlungen ab, wo Schriftsteller Heinrich Schulz über das Thema sprach: „Die deutsche Dichtkunst vor und während der 48er Revolution.“ Er schilderte unter dem Gesichtspunkt der materialistischen Geschichtsauffassung zunächst die Entwicklung der Dichtkunst seit der Zeit, als die große französische Revolution durch die rachsüchtige Reaktion und diese wieder durch die Sabelherrschast eines Napoleon Bonaparte abgelöst worden war. Von einem frisch pulkirenden geistigen Leben habe man in jener Zeit während des Krieges nicht reden können. Einen mächtigen Impuls habe die deutsche Dichtkunst erst wieder in den Befreiungskriegen erhalten. Aber obwohl das Volk damals sein Leben aufopferungsvoll in die Schanze geschlagen habe, sei es schließlich um die Früchte seines Kampfes betrogen worden, denn statt des forschigen Bedrückers hätten nun die herrschenden Klassen, nachdem sie nach außen hin unbedrängt waren, eine weit schlimmere und nichtwürdigeren Knechtung des Volkes ausgeübt. In dieser Zeit finsterner Reaktion seien alle freiheitlichen Regungen, vorzüglich auf dem Gebiete der Dichtkunst, brutal unterdrückt worden, so daß das Publikum auf die allerfeinsten und sadelsten poetischen Werke angewiesen gewesen wäre. Lezeichnenderweise sei ein Kogebue, der später als ein russischer Spion entlarvt worden, am meisten gelesen worden. Allmählig, je näher man der 48er Revolution kam, habe die Dichtkunst wieder einen selbstständigeren Charakter, einen trohigeren Ton angenommen, und zwar sei die politische Satire, der bekämpfende Hohn auf die traurigen Zeitumstände, die Einleitung zu der späteren futuristischen Revolutionslyrik gewesen. Börne, Heine, die darum noch heute von den Spießbürgern auf das tödlichste gehaßt würden, Gaudy, Maßbrenner und viele andere hätten auf dem Gebiete der politischen Satire treffliches geleistet. Zu den tüchtigsten futuristischen Kämpfern der eigentlichen Revolutionszeit seien Pugh, Herwegh und Freiligrath zu zählen. Der Redner theilte aus den Werken der genannten Dichter einige der charakteristischsten Proben mit und erntete für seinen Vortrag reichen Beifall. Morgen, Sonntag, wird wie immer in demselben Lokal wieder eine Versammlung, außerdem eine zweite Versammlung im Saale des „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27a, abgehalten.

Eine gut besuchte Bezirksversammlung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes, die am 31. Oktober Stromstr. 28 bei Schmitz tagte, besprach sich über die Ausnutzung der gegenwärtigen günstigen Geschäftslage und nahm hierzu folgende Resolution an: „Die Bezirksversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes Zahlstelle Berlin, Bezirk Moabit, erklärt sich mit dem Resultat der Vertrauensmänner-Verksammlungen der übrigen Bezirke, wo die Möbelbranche mehr vertreten ist und die Nothwendigkeit des Angriffs anerkannt ist, einverstanden.“ Gerügt wurde das Verhalten der Gebr. Schwarz aus der Werkstatt von Stebitz u. Köpchen in Beziehung auf die dort vorgekommene Lohnbewegung.

Bei den Mechanikern und verw. Berufsgenossen hielt kürzlich in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung, die in Cohn's Festhall, Beuthstr. 22, tagte und der auch Frauen beiwohnten, Dr. J. 3001 einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „die Erzeugnisse der modernen Astronomie.“ Beim nächsten Punkt der Tagesordnung, der den Streik der Telephon-Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Welles, Engel-Ufer, betraf, entspann sich eine rege Debatte, in der von mehreren Rednern darauf hingewiesen wurde, daß von der Streikkommission abermals Schritte gethan worden seien, um mit der Firma in Unterhandlungen zu treten, was aber bis jetzt erfolglos gewesen wäre, da die Firma sich strikt weigere, zu unterhandeln. Die Haltung der Streikenden wurde als sehr gut bezeichnet und ihnen materielle wie moralische Unterstützung auch fernerhin zugesichert.

Der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands und verwandter Berufsgenossen, Zahlstelle Berlin, hielt am Sonntag seine dritte Generalversammlung ab. Sie hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Zunächst sprach Genosse Fritz Hansen über „Modernes Innungswesen“. Der Kassirer G. Seifke verlas dann die Abrechnung vom dritten Quartal, wonach die Einnahme der Hauptkasse 1307,81 Mark, die Einnahme der Lokalkasse 946,99 Mark, die Ausgabe 538,53 M. betrug; mithin blieb in der Lokalkasse ein Bestand von 409,46 M. Dem Kassirer wurde Decharge ertheilt. Aus der Ergänzungswahl des Ausschusses gingen die Kameraden Schneider und Neuter als gewählt hervor. Die Regelung mehrerer interner Angelegenheiten bildete den Schluß der Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung der an Holzbearbeitungs-Maschinen und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter wurde Sonntag Vormittag bei Rehlitz in der Bergstraße abgehalten. Von dem in Aussicht genommenen Vortrage mußte Abstand genommen werden, da man keinen Referenten hatte bekommen können. Die Versammlung nahm sofort die Abrechnung der Agitationskommission entgegen. Die Einnahmen der Kommission betragen 276,78 M., die Ausgaben 158,26 M., so daß 118,52 M. übrig blieben. Der Markenbestand bezifferte sich auf 7457 Stück. Aus den dann vorgenommenen Neuwahlen gingen Ott als Vertrauensmann, Pehl als Delegirter zur Gewerkschaftskommission und als dessen Stellvertreter Kollege Juhre hervor. Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurde die Frage der Besoldung des Vertrauensmannes behandelt und nach recht ausgedehnter, zum theil unerquicklicher Debatte folgender Antrag angenommen: „Dem Vertrauensmann sind von den Geldern, die der Gewerkschaft zustießen, keine Prozente zu geben; den Delegirten der Gewerkschaftskommission sind pro 1/2 Jahr 3 M. zu bewilligen.“ Der Vertrauensmann wurde angewiesen, für eine lebhaftere

Agitation, ähnlich wie sie die Schneidergewerkschaft entfaltet, die nöthigen Schritte zu thun, damit zur Zeit eines geschäftlichen Aufschwunges die Kollegen gerüstet dastehen, um sich diesen zu nütze zu machen. Zum Schluß wurden für die streikenden Stein-arbeiter 30 M. bewilligt.

In einer öffentlichen Schuhmacher-Versammlung, die am 8. November im „Alten Schützenhause“ abgehalten wurde, hat Genosse A. Hoffmann einen interessanten Vortrag über das Thema „Individuelle Freiheit oder Kadavergehorsam“, der lebhaften Beifall fand. Die Versammlung wählte dann Nau er zum Delegirten für die Gewerkschaftskommission und Willner als dessen Stellvertreter. Auch die Wahl einer Delegirten wurde beschlossen, jedoch soll sie erst in einer späteren Versammlung vorgenommen werden. Nach dem hierauf von Lange namens der Liquidationskommission der Filialschuh-arbeiter gegebenen Bericht hat diese einen Barbestand von 33,77 M. als Nachlaß der aufgelösten Filialschuharbeiter-Vereinigung der Filiale II des Vereins der Schuhmacher Deutschlands überweisen können. Bei der Liquidation der genannten Vereinigung standen noch 64,90 M. aus, hauptsächlich für verschleifte Billets; 9 M. sind davon nachträglich eingekommen. Diejenigen der Schuldner, die keine Miene machen, ihren Verpflichtungen nachzukommen, wurden namhaft gemacht. Die Versammlung erklärte durch einen Beschluß sich nicht damit einverstanden, daß von der Liquidationskommission einem mit Billets residirenden Kollegen 8 M. erlassen wurden. In Beziehung auf die Liquidation des, ebenfalls zum Zwecke der Verschmelzung mit dem Verein der deutschen Schuhmacher“ aufgelösten „Vereins der in den mechanischen Schuhfabriken beschäftigten Arbeiter“ wurde von Schulz mitgetheilt, daß der Baarnachlaß dieses Vereins 47,23 M. betrage. Es wurde beschlossen, daß dieses Geld der Agitationskommission der Berliner Schuhmacher zu übermitteln sei. Die aus öffentlichen Sammlungen noch anstehenden Summen sollen ebenfalls der Agitationskommission zufallen.

Im Gewerkschaftskartell zu Nixdorf sprach kürzlich Textilarbeiter Schulz über Zweck und Ziele der Gewerkschaftskartelle. Er erklärte es für Pflicht der Gewerkschaften, sich in den Kartellen vertreten zu lassen, und andererseits für Pflicht der Kartelle, die Gewerkschaften zu unterstützen, und in den Berufen, wo es Gewerkschaften noch nicht giebt, die Errichtung von solchen zu betreiben. Was das Nixdorfer Kartell speziell betraf, empfahl der Redner, dem Ausschuss desselben die Lohnbewegungen rechtzeitig anzumelden, damit es dem Kartell möglich sei, sofort Stellung zu nehmen. Weiter sei es Aufgabe des Kartells, für Anstufungsarbeiten in gewerblichen Streitfragen und für Regelung des Versammlungswesens zu sorgen; auch eine Regelung des Vergütungswesens wäre erwünscht. Der Redner führte dann noch aus, daß der Arbeitnachweis am Orte gemäß dem Beschluß einer öffentlichen Versammlung nicht zu unterstützen wäre, da er in Widerspruch mit der Arbeiterbewegung stehe, und daß, nachdem der Versuch, ein Gewerkschaftsgericht zu bekommen, gescheitert sei, man genügendes Material über die beim Amtsgericht vorkommenden gewerblichen Streitigkeiten sammeln solle, um durch Berufung darauf das Gewerkschaftsgericht doch noch zu bekommen. In der Diskussion erörterte der Vertreter der Sattler die Frage der Stellung des Kartells zu einem Streik und bezeichnete es hierbei als unzulässig, daß die Berliner Gewerkschaftskommission die Unterstützung erst nach einer 14-tägigen Karenzzeit beginnen lasse; insofern sei es unmöglich, eine Lohnbewegung durchzuführen. Der Vertreter der Holzarbeiter warnte vor unüberlegten Streiks; ferner solle man nicht solche Forderungen stellen, die geeignet sind, einen Streik in die Länge zu ziehen. Mit der Taktik der Berliner Gewerkschaftskommission waren die Vertreter der Böttcher und Steinseher ebenfalls nicht einverstanden. Man beschloß in der nächsten Zusammenkunft des Kartells, diese Angelegenheit nochmals zu behandeln. Die Vertreter der Textilarbeiter und Typsetzer sprachen zu gunsten der Sammlung von Material in der Gewerkschafts-Angelegenheit. Der Vertreter der Metallarbeiter ergänzte die Ausführungen, die der Referent Schulz über Zweck und Ziele der Kartelle gemacht hatte und erklärte, daß seine Gewerkschaft die schwächeren Organisationen unterstützen und für Gründung neuer Gewerkschaften mit Sorge tragen werde. Es wurde dann die Abrechnung entgegengenommen. Danach hatte das Kartell 100,60 Mark Einnahme; die Ausgabe betrug 68,45 Mark, somit blieb ein Bestand von 32,15 Mark. Die Referenten bekräftigten die Wichtigkeit der Abrechnung, worauf dem Vertrauensmann Decharge ertheilt wurde. Bei der Erörterung der Frage: Wie gestalten wir unsere Agitation? erklärten sich die Vertreter der Töpfer, Textilarbeiter, Holzarbeiter und Metallarbeiter für die Verbreitung eines Flugblattes, während sich der Vertreter der Sattler gegen solche „Kunstgärtneri“ wandte und mündliche Agitation in den Werkstätten empfahl. Man beschloß jedoch die Herstellung des Flugblattes; in 20 000 Exemplaren soll es in den Häusern Nixdorfs verbreitet werden. Der Vertreter der Schuhmacher brachte Mißstände zur Sprache, die in den Arbeitsräumen herrschen, und der Vertreter der Holzarbeiter empfahl die agitatorische Unterstützung der Organisation der Bäcker und Schlächter und schlug zu diesem Zweck die Einberufung einer öffentlichen Versammlung der in der Nahrungs- und Genussmittel-Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen vor. Von der Einberufung dieser Versammlung wurde aber vorläufig noch Abstand genommen. — In der Sitzung fehlten die Vertreter der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter, der Kutscher, Packer und Schmiede.

Freie Vereinigung der Maler, Filiale Nixdorf. In der gut besuchten Generalversammlung am 31. Oktober legte der Vorsitzende der Berliner Lohnkommission, Kollege Link, die Gründe klar, wodurch die Maler gezwungen seien, im nächsten Jahre in eine Lohnbewegung einzutreten. Die Versammlung erklärte sich dann mit den Berliner Beschlüssen einverstanden. Regerau's Antrag auf Einsetzung einer Lohnkommission für Nixdorf wurde abgelehnt, jedoch der Vorstand der Nixdorfer Filiale beauftragt, anderweitig Vorträge zu treffen, sich mit der Berliner Lohnkommission in Verbindung zu setzen und dieser das nöthige Material zur Verfügung zu stellen. Nach dem Schlusswort Link's entspann sich noch eine lebhafte Debatte über die Sammlungen zum Streikfonds, in der allseitig anerkannt wurde, daß man auch hierin den Berliner Beschlüssen beizustimmen habe. Die arbeitenden Kollegen sollen wöchentlich 25 Pf. an die Streik-kasse zahlen.

Im Arbeiter-Bildungsverein zu Friedrichshagen hielt am 8. November Genosse Mehnert in einer gut besuchten Versammlung einen interessanten Vortrag über das Thema: Religion, Ordnung und Sitte. Bekannt wurde dann gegeben, daß nächsten Sonntag in Biesdorf eine öffentliche Versammlung abgehalten wird, wo die Neuwahl eines Vertrauensmannes vorgenommen werden soll. Es wurde deswegen dringend um guten Besuch dieser Versammlung gebeten.

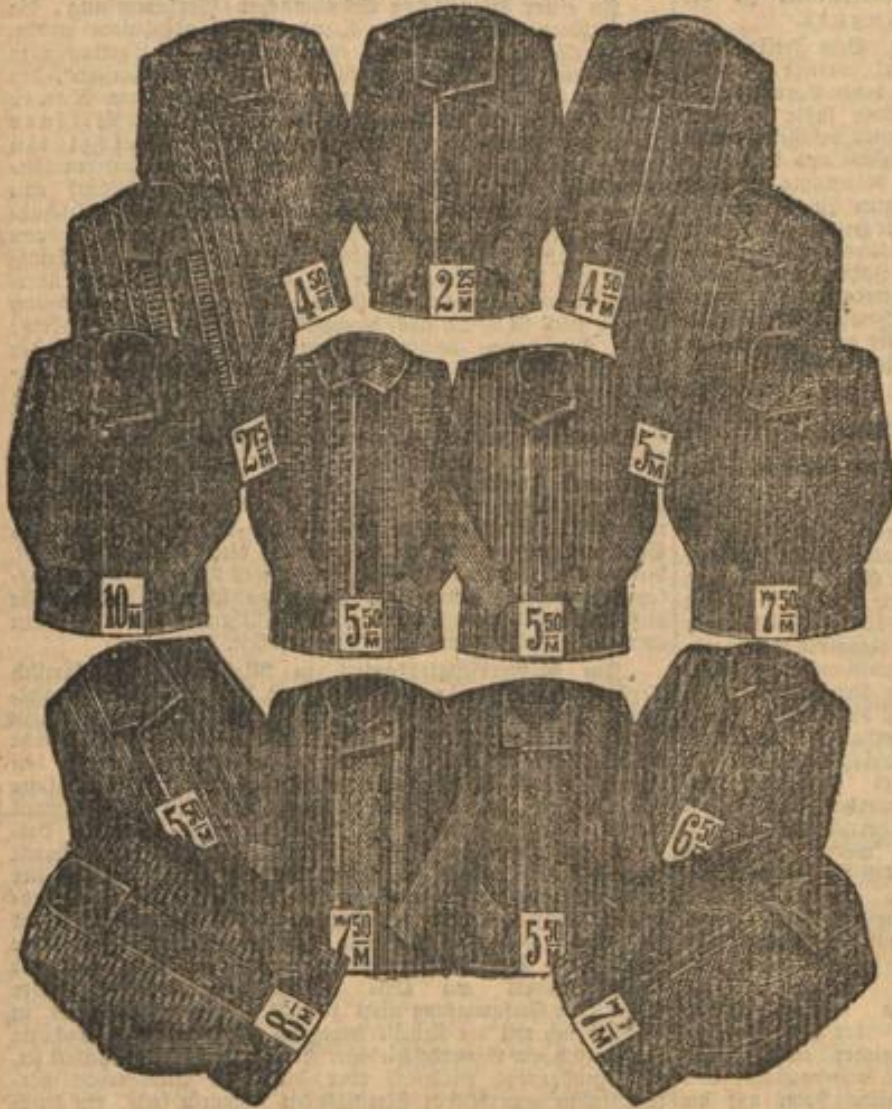
Strandberg. In der am 8. November abgehaltenen öffentlichen Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins sprach Genosse Fritz Hansen aus Berlin unter allgemeinem Beifall über die Aufgaben der Arbeiter-Bildungsvereine. Die Versammlung bewilligte nachträglich noch die bei der Stadt-verordnetenwahl entstandenen Kosten.

Central-Leihhaus-Ausverkauf, Institut für Gelegenheitskäufe, 72 Jäger-Strasse 72

10 000 moderne Winter-Paletots und Winter-Anzüge, neu und wenig getragen, in besten Stoffen und neuesten Mustern von M. 9, 12, 15, 20, 36 (Pracht-Exemplare). Anaben- und Jünglings-Anzüge. Monats-Anzüge, feinste nach Maß bestellte Sachen, ca. 1 Monat getragen (auch für corpulente Personen passend), Doppeln, Schlafrocke, Geh- und Reise-Pelze, goldene u. silberne Herren- u. Damen-Uhren, Ringe, Ketten. Alles fabelhaft billig. Hohenzollern-Mäntel bei uns von 20 M. an. Ein Besuch sichert uns die Kundenschaft. Die Verwaltung.

Gestrickte Herren-Westen

empfiehlt bei großer Auswahl zu enorm billigen Preisen:



- Pa. Zephyr à Pfd. 2,50 M.
- „ Castor à „ 2,50 „
- Crème Häkelgarn 14 à Pfd. 1,10 M.
- Crème Häkelgarn 20 à Pfd. 1,30 M.
- Beste engl. Strickwolle à Pfd. 2,50 u. 3,— M.
- Extra prima englische Strickwolle à Pfd. 4 M.
- Normal-Hemden à 1,40, 1,60, 2,25, 3,—, 3,50 M.
- Tricot Tailen neueste Façon, à 2,50, 4,50, 5,—, 5,50 M.
- Halbwollene Unterjacken à 1,55, 1,85, 2,10.
- Extra prima Schweiss-Unterjacken à 2,75, 3,—, 3,25 M.
- Unterbeinkleider à 1,25, 1,50, 1,75 M.
- Neuheiten in Kopfhawls, Wolle mit Seide, à 2,—, 2,50, 3,— M.
- Tailen-Tücher à 2,50, 3,—, 3,50, 4,—.
- Turner-Hosen à 4,— M.
- Turner-Hemden à 1,45.
- Turner-Jackets à 10,65.
- Radfahrer-Anzüge 18,75.
- do. Hosen 5,50.
- Englische Sweaters 4,—, 4,25, 4,50, 4,75.
- Baumwollene Sweaters 1,90, 2,35.

das Special-Tricotagen- und Strumpfwaren-Geschäft

Theodor Fricke

1. Geschäft: Oranienstrasse 174.
2. Geschäft: Jannowitzbrücke 1.

Hut-Engros-Geschäft

Alvin Sussmann, Holzmarktstr. 38, part. rechts.

Grösste Auswahl dieser Branche.

Neueste steife Form „Elegant“ 2,40 und 2,80 M. Steife und weiche Herren-Hüte 1,75, 2,—, 2,50, 2,75 M. Hochelegante Cylinder la. Qualität 7,50 M. (Form „Chic“). Kinder-Hüte, 20 verschiedene Formen, von 1 M. an. 35012*

— Versandt nach ausserhalb gegen Nachnahme. —

Zum rothen Cylinderhut!

Hüte



W. Zapel,

Skalitzerstr. 131
neben
Frister & Rossmann.
Gr. Auswahl in Pelzsachen

mit
Arbeiter-Kontroll-
marke.
Gr. Auswahl in Schirmen.

Streng reelle Bedienung.

M. Schulmeister

Schneidermeister,

Dresdener-Strasse 4, Kottbuser Thor,

empfiehlt zu außergewöhnlich billigen Preisen nachstehende

- Spezialartikel:
- Hohenzollern-Mäntel mit einer 5 Mtr. weiten Pelzlinie in schwarz, grau, blau und mod. von M. 30-45
 - Jaquet-Anzüge in gebieg. wollenen Zwirnstoffen, 1- u. 2reihig „ „ 16-24
 - Jaquet-Anzüge in glatten Diagonal-, Kammgarn-, Satin- u. Cheviot-Stoffen, 1- u. 2reihig „ „ 20-35
 - Jaquet-Anzüge in englischen Cheviot-Stoffen, eleg. Ausführung „ „ 22-36
 - Rod-Anzüge i. guten, wollenen, schwarz, Kammgarn- u. Satin-Stoffen, moderner Façons „ „ 25-38
 - Rod-Anzüge modernster Farben, elegante Schnitt- Façons „ „ 30-42
 - Gehrod-Anzüge von feinen Satin-, Tuch- und Kammgarn-Stoffen, 2reihig. „ „ 30-45
 - Winter-Paletots Eskimo u. Floconnestoffe, echt-farbig in allen Farben, 1- u. 2reih. Saccopaletots, 1- u. 2reih., echt-farbig in allen Farben „ „ 20-35
 - „ „ la. la. Eskimo u. Floconnestoffe, echt, in allen Farben, 1- u. 2reih. „ „ 18-36
 - Beinkleider in dauerhaft., wollenen Stoffen, versch. Farben, Kammgarn und Cheviot „ „ 25-45
 - Beinkleider in engl. Stoffen und engl. Façons „ „ 5-10
 - Knabenpaletots, Knabenanzüge fleisamer Façons in großer Auswahl „ „ 6-14
 - Schul-Anzüge in Cheviot-, Belour- u. dauerhaft. Zwirn-Stoffen, 1- und 2reihig, von M. 6 an
- Bestellungen nach Maass von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.

Begründung des Geschäfts 1878.

Arbeiter Berlins!

Die Fabrikate der angesperrten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen

Belleallianenstr. 98/99 und Rosenthalerstr. 63/64

in vorzüglichster Beschaffenheit trotz andauernder Leder-Steigerung noch zu den billigen alten Preisen verkauft. Wir bitten um durch reichliche Einkäufe zu unterstützen. 3138L

Deutsche Schuhfabrik G. Markus & Co



Ein kräftiger Magen und eine gute Verdauung

sind die Fundamente eines gesunden Körpers. Wer sich beides bis in sein spätestes Lebensalter erhalten will, gebrauche den seit Jahren durch seine ausgezeichneten Erfolge rühmlichst bekannten

Hubert Ullrich'schen

Kräuter-Wein.

Dieser Kräuterwein, aus vielfach erprobten und vorzüglich befundenen Kräutersäften mit gutem Wein bereitet, übt infolge seiner eigenartigen und sorgfältigen Zusammensetzung auf das Verdauungssystem eine äusserst wohlthätige Wirkung aus und hat absolut keine schädlichen Folgen. Kräuterwein befördert eine regelrechte, naturgemässe Verdauung, nicht allein durch vollkommene Lösung der Speisen im Magen, sondern auch durch seine anregende Wirkung auf die Säftebildung.

Gebrauchsanweisung ist jeder Flasche beigegeben.

Kräuter-Wein ist zu haben in Flaschen à M. 1,25 und 1,75 in den Apotheken von Berlin: (Depots: Hobe's Apotheke, Dresdenstr. 81; Weisse Adler-Apotheke, Friedrichstr. 206; Apotheke zum weissen Schwan, Spandauerstr. 77; Löwan-Apotheke, Jerusalemstr. 30; Victoria-Apotheke, Friedrichstrasse 19; Koenen-Apotheke, Friedrichstr. 160; Schering's Grüne Apotheke, Chausseestr. 19; Apotheke zum rothen Adler, Alte Rossstr. 26, am Köllnischen Fischmarkt; Palmen-Apotheke, Schlesischestr. 14; Flora-Apotheke, Invalidenstr. 94; Sonnen-Apotheke, Gr. Frankfurterstr. 52; Fortuna-Apotheke, Dragonerstr. 6a; Apotheke zum rothen Kreuz, Chausseestrasse 118; Gradl's Apotheke, Stralauer Platz 20; Carl Haver's Falken-Apotheke, Reichenbergerstr. 63; Pelikan-Apotheke, Leipzigerstr. 93; Anhalter Apotheke, Yorkstrasse 19; H. Schäfer's Apotheke, Kleiststr. 34; König Salomo-Apotheke, Charlottenstrasse 54 (Ecke Jägerstrasse); Kurfürsten-Apotheke, Genthinerstr. 24; Faber's Apotheke, Grossbeerstr. 52 (Ecke Hagelsbergerstr. 42); Johanniter-Apotheke, Plan-Ufer 11; Görlitzer Apotheke, Görlitzerstr. 48 (Ecke Falckensteinstr.); Apotheke zum goldenen Phönix, Chausseestr. 54; Elefant-Apotheke, Leipzigerstr. 74; Dennowitz-Apotheke, Bülowstrasse 36, am Dennowitz-Platz; Reichs-Apotheke, Elsasserstr. 54; Admiral-Apotheke, Admiralstr. 31-32; Wrangel-Apotheke, Wrangelstr. 113; St. Markus-Apotheke, Markusstrasse 1 (Ecke Langstrasse, an der Holzmarktstrasse); Hirsch-Apotheke, Koppenstr. 22; Ankanische Apotheke, Bernburgerstr. 3, am Anhalter Bahnhof; Arkona-Apotheke, Arkona-Platz 5; Strauss-Apotheke, Stralauerstrasse 47; Mohren-Apotheke, Grimmstrasse 9; Blumen-Apotheke, Blumenstr. 73; Diana-Apotheke, Thurmstr. 28, Ecke Stromstrasse; Stern-Apotheke, Posenstr. 7; Apotheke zum rothen Adler, Alexandrinenstr. 41, und in den Apotheken von Schöneberg, Wilmerdorf, Rixdorf, Adlershof, Tempelhof, Rummelsburg, Friedrichsfelde, Friedrichshagen, Köpenick, Weissensee, Frz. Buchholz, Tegel, Spandau, Charlottenburg, Müchelnberg, Friedenau, Steglitz, Gr. Lichterfelde, Zehlendorf, Teltow, Buckow, Potsdam, Erkner, Königs-Wusterhausen, Friedr. Hagen, Kalkberge-Rüdersdorf, Alt-Landsberg, Strausberg, Wernauchen, Bernau, Biesenthal, Eberwalde, Oranienburg, Velten, Krammen, Nauex, Kotzin, Werder, Fürstenwalde, Brandenburg, Rathenow, Friesack, Pehrbellin, Neu-Ruppin, Alt-Ruppin, Lindow, Gransee, Zehdenick, Liebenwalde, Joachimsthal, Pretenwalde, Trebbin, Storkow, Mittenwalde, Zossen, Beelitz, Lohndin, Belzig, Frankfurt, Küstrin u. s. w., sowie in den Apotheken aller grösseren und kleineren Städte der Provinz Brandenburg, der Nachbarländer und ganz Deutschlands. 3511L*

Nach beendeter Inventur gelangen grosse Vorräthe meiner
Teppiche!! Gardinen!! Feinenwaaren!!
Vorridren!! Steppdecken!! Fertigen Wäsche!!
zu aussergewöhnlich billigen Preisen zum

Ausverkauf

Am Stadt- J. Brünn, Hackescher Ecke Neue bahnf. Börse, Markt 4. Promenade.

Möbel-Fabrik

und -Lager kompletter Wohnungseinrichtungen empfiehlt in jeder Holzart zu den billigsten Fabrikpreisen 94239

Julius Apelt, Tischlermeister,

Berlin SO., Stalikerstrasse 6, nahe dem Kottbuser Thor (früher Sebastianstrasse 20).
Pferdebahnverbindung von und nach allen Richtungen.

!! Schmücke Dein Haupt!!

Jeder Hut 2,50 M.
Hugo Feder

1. Geschäft: 5. Brücken-Strasse 5.
2. Geschäft: 16. Spandauer Brücke 16.
Wäsche * Schirme * Stöcke * Cravatten.
Für nur gute Waare bürgt mein Bismarck.
Ohne Konkurrenz in Berlin. Güte mit Kontrollmarken.

Achtung! Kaufen Sie nur echte Brantwein
alten Nordhäuser, Cognak, Rum, Arrak.
O. J. Engelke, Neue Jacobstr. 26.
Kleiverkauf von 10 Pf. ab.

Sozialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied **A. Billert** verstorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 10. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Thomas-Kirchhofes aus statt. Um zahlreiche Betheiligung bittet **Der Vorstand.**

Heute früh 2 1/4 Uhr entschlief sanft nach kurzem schweren Leiden unsere liebe gute Mutter und Schwiegermutter **Frau Marie Bellin**, geb. **Catholy**. Um stille Theilnahme bitten Berlin, den 8. November 1895. **Anna Manoury, geb. Bellin, Fritz Bellin, Robert Manoury, als Schwiegersohn.** Die Beerdigung findet statt Sonntag, den 10. d. M., um 1 1/2 Uhr, von der Kapelle des Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, 12276

Am 6. November, nachm. 4 1/2 Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden mein innigst geliebter Mann, unser guter Vater, Bruder und Schwager, der Schankwirth **Carl Hübner** im Alter von 43 Jahren. Dies zeigen allen Verwandten und Bekannten mit der Bitte um stille Theilnahme tiefbetruert an. Die trauernde Wittwe **Henriette Hübner und Sohn.** Die Beerdigung findet Sonntag, den 10. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause Bartelsstr. 11 aus nach dem Neuen Marienkirchhof statt. 1219b

Hiermit erkläre ich, daß ich Herrn **S. Krüger**, Wasserthorstr. 5, mit nicht 13 mehr befähigen werde. 12129 **Emma Halfner**, Reichenbergerstr. 185. Wegen meines Mannes Tod möchte ich meine Vogelhandlung sofort verkaufen. 12155 **Dwe. M. Rodtmann**, Grüner Weg 65.

Musikkapelle in der Tasche!

Wer Mundharmonika schnell u. gründlich erlernen will, verlange die „**Neue Mundharmonika-Schule ohne Noten**“. Preis 50 Pf. Dieselbe mit einer ff. rein abgestimmten Mundharmonika mit Silberstimmen 1,70 M. Gegen vorhergehenden Betrag erwent in Briefmarken erfolgt der Versandt franco. Meine **Mithera Zugharmonikas** übertreffen in Tonfülle und solider Ausführung jedes andere Fabrikat. **Müller's echte Akkordisthörn** 3 Selbstklingen, jezt nur 12 M., **Spieldosen, Violinen, Salagisthörn**, sowie diverse Gegenstände mit Musik u. bill. Preisen, desgl. sämtliche Instr. f. Musiker. Reparatur aller Instrumente vorzüglichst. **O. C. F. Miether**, Hannover, Harmonika- u. Musikinstrum.-Fabrik in Hannover II, Steinthorfeldstr. 19.

Skalitzerstrasse 109.

Durch Kassa-Einkäufe und billiger Laden-Moeths bin ich in der Lage, jeder Konkurrenz die Spitze zu bieten. Ich verkaufe zu nachstehend verzeichneten Preisen: 35612* **Hooheleg. Knaben-Anzüge v. 3.- M. an** „ **Burschen** „ 6,50 „ „ **Herren-Jaquett-Anz. 15.-** „ „ **Knaben-Pellorinen-Mäntel** von 4,50 M. an **Burschen-Pellorinen-Mäntel** von 3,50 M. an **Winter-Pelotots v. 10.- M. an** **Arbeitskosen** von 1,25 „ **Elegante Stoff-Hosen** „ 3,50 „

Adolf Layotka, Schneidermeister.

Möbel-Kaufgelegenheit.

Paffendste Gelegenheit für Brautleute. In meinem größt. Möbelspeicher, Neue Königstr. 59, I, sollen ca. 300 Wohnungs-Einrichtungen, verleiene gewesene und neue Möbel, zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung Kleiderpind 12 Mark, Kommoden 6, Küchenspind 12, Stühle 2 M. Neue **Ruhbaum-Kleiderpinden** und **Vertikows** 30 M., **Muschelspinden** und **Vertikows** 35, **Bettstellen** m. Matratzen 18, **Sophas** 18, **Säulen-Kleiderpind** 56 M., **Trennarmm. Säul. 60**, **Zylinderbureauz**, **Herren-Schreibtische**, **Lamen-Schreibtische**, **Schreibsekretäre** 30 M., **Plüschgarnituren** 60 M., **Paneelelphas** 75 M., **Stoppdecken**, **Lischdecken**, **Garndinen**, **Fenster 5 M.** Empfehle allen Herrschaften, vor Einkauf von Möbeln mein größtes und billigstes Möbelloge zu besichtigen und von den staunend billigen, aber festen Larpreisen sich zu überzeugen. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei lagern und werden durch eigene Gespanne transportirt.

Ringschiffchen-Schneidermaschine, billig, Kl. Auguststr. 14a, part.

National-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.

Sonntag, den 10. November 1895, nachmittags 2 1/2 Uhr: **Volksvorstellung unter Regie von Julius Türk:**

Zum vorletzten Male: **Ein Volksfeind.**

Schauspiel in 5 Akten von Henrik Ibsen. 220/10

Dr. Stodmann: Julius Türk; Bürgermeister: Siegfried Brud a. G.; Hausknecht: Robert Wach; Thomsen: Bruno Klein.

In Vorbereitung: **Der G'wissenswurm.**

Von **Ludwig Anzengruber.** Die Verloosung beginnt um 1 1/2 Uhr. Eintrittskarten à 60 Pf. sind in folgenden Geschäften zu haben: **Norden:** A. Prinz, Musikalien-Handlung, Brunnenstr. 170; Ernst Boyer, Zigarren-Handlung, Vätergasse 13; H. Mehnert, Zigarren-Handlung, Diederhofenerstr. 3; M. Winkelmann, Zigarren-Handlung, Aderstr. 153; Emil Diecke, Restaurateur, Lothringerg. 67; A. Hinz, Zigarren-Handlung, Pantstr. 13; Hermann Vogel, Zigarren-Handlung, Demminstr. 62. **Nordosten:** Franz Niemeyer, Zigarren-Handlung, Weberstr. 19; H. Mamlock (fr. Gumpel), Zigarren-Handlung, Barnimstr. 42. **Osten:** F. Wilke, Restaurateur, Andreaskstr. 26; Max Kothe, Zigarren-Handlung, Koppentstraße 90; E. Böhl, Restaurateur, Frankfurter Allee 74; Adolph Hoffmann, Buchhandlung, Blumenstraße 14. **Südosten:** E. Arndt, Zigarren-Handlung, Stalitzerstr. 107; C. Böhlert, Zigarren-Handlung, Mariannenstr. 5; L. Tolksdorf, Gastwirth, Sorauerstr. 17, Ecke Görlichergasse; G. Hüb, Zigarren-Handlung, Köpnickestr. 39a; C. Hoch, Zigarren-Handlung, Rüdigerstr. 53; Karl Scholz, Brangelstraße 32; G. Moritz, Zigarren-Handlung, Mantuffelstr. 68. **Süden:** J. Gädicke, Zigarren-Handlung, Gräsestraße 93; G. Schulz, Zigarren-Handlung, Admiralstraße 40a; W. Börner, Zigarren-Handlung, Lindenstraße 59; J. Windthorst, Zigarren-Handlung, Junferstraße 1; Albert Böttger, Zigarren-Handlung, Joffenerstr. 21; Fritz Zedoll, Restaurant, Lindenstr. 106; **Westen:** A. Falter, Restaurateur, Passag. 16; G. Behrend, Restaurateur, Blumenthalstraße 5. **Nordwesten (Roabitz):** W. Reddemann, Seifengeschäft, Prißwallerstr. 3. **Centrum:** Albert Löwenberg, Zigarren-Handlung, Neue Schönhauserstr. 18; P. Horsch, Zigarren-Handlung, Gipsstr. 5; Bruno Scheithauer, Musikalien-Handlung, Rosenthalerstr. 64. 228/11

Hierdurch beehre ich mich anzuzeigen, daß mir die gerichtliche Verwaltung des

„Brauhaus Hohen-Schönhausen“

übertragen worden ist. Der Betrieb der Brauerei wird in vollem Umfange in unveränderter Weise weiter fortgesetzt. Zu meinem Vertreter habe ich den Brauerei-Direktor **Max Müller**, zu Hohen-Schönhausen wohnhaft, bestellt. Berlin, den 7. November 1895.

Der gerichtliche Verwalter **Bauer, Kreuzbergstraße 27/28.**

Ananas-Bowle

ausgezeichnet, à Fl. 60 Pf., 10 Fl. 5,50 M. inkl. **Johannisbeerwein**, herb à Fl. 60 Pf., Dessortwein, süß 75 Pf. **Nimbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft**, vorzügl., Liter 1,20 M. **Alter Portwein u. Malaga**, à Fl. 1,50 M., 10 Fl. 13,50 M. inkl. **Medicin. Ungarwein**, beste Qualität, à Literflasche 2,10 M. empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin (36011)*

Eugen Neumann & Co.,

6a Bellealliance-Platz 6a. 81 Neue Friedrichstraße 81. 8 Oranienstr. 8. 29 Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27. **Soeben Arbeiter-Verkehrs-Almanach für Berlin und Umgebung.** erschienen: **Arbeiter-Verkehrs-Almanach** für Berlin und Umgebung. Winter-Ausgabe 1895/96. Mit einem Plan von Berlin. Preis 20 Pf. Enthaltend die neuesten Fahrpläne, Adressen der Organisationen u. s. w. Zu beziehen durch alle Partei-Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungs-Vertheiler, sowie vom Verlage: **Hans Banke**, Berlin S., City-Passage.

33 1/2 pCt. unter Preis

verkaufe von heute ab wegen Verlegung meines Geschäftes sämtliche **Herren- und Knaben-Garderoben** so lange der Vorrath reicht. 36762* **Winter-Palotots** von 8,50 M. an **Hohenzollern- und Pelorinen-Mäntel** 15.- M. an **Herren-Anzüge** von 9,50 M. an **Elegante Fuchskin-Hosen** von 3.- M. an **Knaben-Anzüge und Mäntel** von 2,35 M. an **Paul Entrich, Koppentstraße 46.**

Arbeiter-Parteigenossen, nur Hüte mit Kontrollmarke. Pelzwaren

nur eigenes Fabrikat, von den einfachsten bis zu den feinsten Genres. **Schirme für Damen und Herren.** **Otto Gerholdt, Dresdenerstraße 2, Ecke Schallerstraße.**

Weihnachtsgeschenke für vier Mark

zwei Cabinet und zehn Visittphotographien auch nach eingesandten Bildern, sowie Vergrößerungen, Gruppenbilder, Grab- u. Hausaufnahmen liefert billigst **W. K. Böhme, Photograph,** Berlin, Lindenstraße 43, gegenüber der Zimmerstraße. Atelier auch Sonntags bis vier Uhr nachmittags geöffnet.

Neueste Winterhüte

für Damen u. Kinder, garnirt u. ungarnt, empf. in reichster Auswahl zu billigsten Preisen **Th. Sabor, Oranienstr. 204,** zwischen Heinrichsplatz u. Mantuffelstraße. 36792*

Künstl. Zähne 2 M. Vollkommen schmerzlos, Zahnz. u. Nervtöden 1 M. Plomb. 1,50. Rep. sof. Theilzahlg. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr

Carl Tacke, Annenstr. 42-43, (City-Passage).

Restauration und Destillation, gr. Frühstück- und Abendtisch, Franz. Billard.

R. Buske (seefeld) früher Kaiser Wilhelmstraße 18 M, 2. Eing. Grenadierstraße 33. Große und kleine Säle, sowie mehrere Vereinszimmer **Sonnabends zu vergeben.**

„Kaiserhof“, Cöpenick, Grünstraße 35. Endeunterzeichneter empfiehlt seine Säle Vereinen und Gesellschaften jeder Größe. Gute Küche, billige Preise. 38908* **F. Golecki.**

Mechaniker-Handwerkzeug verl. bill. die Wittwe eines Parteigen. **Frau Körner, Belle-Alliancestr. 88.**

W. Noack's

Konzert- und Gesellschafts-Säle, **Brunnenstr. 16.** Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag: **Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung.**

Eine Stunde Kaiser von Oesterreich! Distor. Lustspiel in 1 Akt v. Oppenheim **Neptun**

oder: **Der Verräther in Gips.** Komisches Singspiel in 1 Akt von R. Sinderer. Musik von Thiele. Jeden Sonntag, Dienstag u. Donnerstag: **Tanzfränzchen.**

Mart. Berndt's Bierstube

empfehl nach wie vor allen Freunden und Bekannten seinen vorzüglichsten Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch. Jeden Sonnabend von 6 Uhr ab: **H. Eisbels.** Für gute Biere ist selbstverständlich bestes Sorge getragen. Um zahlreichen Besuch bittet **Martin Berndt**, Oranien- u. Alexandrinenstraßen-Ecke

Carl Jauer

Fruchtstr. 52 empfiehlt den Parteigenossen sein **Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal.** Vereinszimmer für 30 Personen. 36708*

Paster's Festsäle

Neue Königstr. 7. Mein Saal mit Nebenräumen noch einige Sonnabende zu vergeben. 38911*

Paul Kobus,

O., Nigackerstr. 127, empfiehlt sein **Beiß- u. Bairisch-Bierlokal.** Gr. Vereinszimmer mit Piano.

E. Krutenberg's

Restaurant u. Stehbierhalle, **13 Königsbergerstr. 13.** Bez. Frühstücke, Mittag- und Abendtisch. Ausschank von Münch. **Brauhaus, Kulmbacher, Potsdamer Staugenbier, ff. Weisen** etc. Kleines Vereinszimmer noch mehrere Abende frei. 35088*

Vereinszimmer m. Piano zu vergeben, auch Sonnabends. **Agel, Prenzlauer-Allee 224.**

Carl Rejner,

Zimmerstr. 62 (früher Schöneberg). Jeden Sonnabend Gänse-Ausspicken bei Hübner, Stalitzerstr. 125. Brenn-Spiritus, Str. 21 Pf. 1225b

Welcher Saal 500-600 Personen fassend, ist für den 1., 2. oder 3. Weihnachtstag zu vergeben? Gest. Off. erbittet schleunigt unter „**O. D. 56.**“ Postamt 58.

„Hurrah!“ 1216b

Kräger's humoristisches Lokal ist wieder da, früher Holzmarktstr. 13, jetzt Katharinenstr. 1, Ecke Landsbergerstraße.

Neues Klubhaus

72 Kommandanten-Strasse 72. Sonnabend, den 30. November, 7. u. 14. Dezember, sowie Sonntags noch Säle frei. 1181b

Th. Boltz' Festsäle,

S., Alte Jakob-Strasse 75. Amt I, 1082. 36131* Empfehle meine Säle zur Abhaltung von Festlichkeiten und Versammlungen zu locantesten Bedingungen.

Treptow.

Restaurant zum Karpenteich. Sonntag, den 10. November: **Großes Schlachtfest** wozu ergebenst einladet **Hermann Otto.**

Achtung! Empfehle Freunden und Genossen mein neu eingerichtetes **Kartoffel- und Spring-Geschäft.** Materialw., Viehrel. d. Genossenschaftsbilderei. **August Joppig**, Eldingerstr. 2.

Achtung! Kein Laden. Kontroll-Schuhmarke.

Nur eigene Fabrikation, 26 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabak. Nippentabak 2 Pfd. 70 Pf. 32231* **H. F. Dinslage,** Rottdorferstr. 4, Hof part.



Concert-Zugharmonika

m. prachtvollem Orgelton, 10 Tasten, offener Nickelclaviatur, 50 starken Stimmen, 3fachem 11faltigem Doppelbalg, Balgfalten m. vernickelten Stahlblech-Schutzdecken, 2 Registern und Doppelbässen zu 5 M., 50 Pf. Dieselbe Harmonika mit 8 Registern und 70 starken Orgelstimmen zu dem billigen Preis von 8 M. Meinen neuen prachtvollen buntdruckten Katalog versende ich an Jedermann umsonst und postfrei. Eine Schule zum Selbsterlernen mit Tänzen, Märschen und Liedern gebe zur Harmonika gratis.

Hohenzollern-Mäntel

53/1* und **Winter-Joppen.** Wollfutter, Wollstaschen, von einer Lieferung zurückgeblieben, Hälfte Kostenpreis.

Herrenhosen-Reste

von 3 Mark an umsonst zugeschnitten. **Münzstr. 4, Engel.**

Arbeitsmarkt.

Achtung, Klavierarbeiter! Die Kollegen der Pianofabrik von **M. Steuer**, Krausstr. 52, haben wegen Lohnendifferenzen die Arbeit niedergelegt. Die Werkstatt-Kontrollkommission.

Möbelpolierer.

Zu der Werkstatt von **Jerabeck**, Oranienstr. 3, haben die Kollegen aufgehört wegen Lohnendifferenzen. Bitte dieses zu beachten. **Der Vorstand.** 145/19

Geübte Beizer u. Polierer finden dauernde Beschäftigung. 36772*

F. A. Schütz, Gosthoferstr.

Leipzig-Gutrich, Querstr. 7.

Goldleisten.

Tüchtige **Grandirer** finden bei hohem Verdienst dauernde Beschäftigung Köpnickestr. 109 a. 1222b

Geübte **Eisler**, solide Arbeiter, als Spezialisten zur fortlaufenden Herstellung von Kleiderpinden, Vertikows, Nachtschränken, Waschtelentein und Bettstellen finden nach Berliner Anforderungen dauernde Beschäftigung in einer größeren Dampfischlerei. Zu melden unter **O. G. 100** Hauptpostamt Leipzig. 36772*

Schlosser, tüchtig auf Kassetten, nur solchen, verlangt Fuhrmann, Köpnickestr. 114. 1225b

Tüchtiger Maurer

mit besonderer Frau für Portiers, Haus- und Hofverwaltungenstelle im größeren Haus u. Fabrikgrundstück f. 1. Januar gesucht. Nur Leute mit besten Zeugnissen, die gleicher Stelle vorgelassen, wollen sich Sonntag Vormittag von 9-11 Uhr beim Verwalter **Fremd**, Mühlentstr. 8, vorstellen. 36730*

Gesucht per sofort 1191b

Tüchtige Wollumpen-Sortirerinnen

bei gutem Lohn. Offerten sub **T. H. Erped. d. Bl.**

Tüchtige Platten-Schneider finden dauernde Beschäftigung bei **Lenzow & Markert**, Kropffabrik, Vor dem Stralauer Thor 24. 1199b

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter

Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 10. Novbr., vorm. 10^{1/2} Uhr:
Branchen-Versammlung der Rohrleger und Gehilfen
im Restaurant Bergner, Annenstr. 16.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Montag, den 11. Novbr., abends 8^{1/2} Uhr:
Bezirks-Versammlung des Nordens
im Restaurant Mörschel, Schönhauser Allee 28.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn W. Manasse über „Urtheil und Recht“.
2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Um zahlreichen und pünktlichen Besuch obiger Versammlungen ersucht
Der Vorstand.
111/18

Verband der Möbelpolierer.

Nächsten Montag, abends 8^{1/2} Uhr, Badstr. 12:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Hrn. Reuter über „Das natürliche Recht und Gesetz“.
2. Bericht über die Lohnänderung beim Tischlermeister Jerabeck, Griedenowstr. 8, und Verlesung des Schreibens von demselben. 3. Verschiedenes.
Die Kollegen von Songer, Stettinerstr. 51 u. 54, Müller, Schönhauser Allee 161a, Kraatz, Ruppinerstr. 5, Eckart, Ruppinerstr. 9, Artus, Wildenowstr. 6, speziell der Polier und die zwei Tischler, welche die Polierarbeit bei Jerabek verrichten, sind hiermit eingeladen.
NB. Die Saalhaber aus dem O. u. SO., welche einen Saal nebst Bühne zum 1. Weihnachtstag-Abend noch frei haben, werden ersucht, dieses an H. Schulz, Memelerstr. 60a, zu melden.
146/4 Der Vorstand.

Verband der Sattler und Tapezierer.

Sonnabend, den 9. November 1895, abends 8^{1/2} Uhr, bei Herrn Pasch, Alte Jakobstraße 88:
Mitglieder-Versammlung der Filiale I.
Tages-Ordnung:
1. Quartalsabrechnung.
2. Vortrag des Herrn Dr. Pinn über: „Das Bildungsmonopol in der heutigen Gesellschaft.“
3. Verschiedenes.
157/11 Der Vorstand.

Rixdorf.

Sozialdemokratischer Verein „Vorwärts“.
Dienstag, den 12. November, abends 8^{1/2} Uhr,
im Lokale des Herrn Kummer, Berlinerstr. 55:
Große Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag „Klassenjustiz und Moral“. Referent: Dr. Pinn.
2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Gäste haben Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
232/7 NB. Das Stiftungsfest findet am Sonnabend, den 16. Nov., statt.

Verein der Einseher.

Sonnabend, den 16. November: 59/0
12. Stiftungsfest.
Sonntag, den 10. Novbr., vorm. 10 Uhr, findet noch Billetausgabe im Vereinslokal Neue Friedrichstr. 44 statt. — Die nächste Versammlung wird am 17. November, vorm. 11 Uhr, abgehalten.
Der Vorstand.

Allg. Kranken- u. Sterbefälle der deutschen Drechsler u. Bernsgg.
(E. S. 86, Hamburg.)
Bezirk Berlin 8.
Den Mitgliedern hierdurch zur Nachricht, daß vom 16. November ab die Zahlstelle von Reichbergerstr. 16 nach Reichbergerstr. Nr. 24 bei Tauschke verlegt worden ist.
1217b Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse der Strumpfwirker.
Montag, 18. Novbr., abends 8 Uhr:
Versammlung
der großjährigen Kassenmitglieder
in Feindl's Salon, Weinstr. 11.
Tages-Ordnung:
Ergänzungswahl von acht Arbeitnehmer-Vertretern.
Am 9 Uhr:
Versammlung
sämtlicher Vertreter der Kasse.
Tages-Ordnung:
1. Wahl des Vorstandes für 1896.
2. Wahl des Rechnungs-Prüfungsausschusses für 1896. 3. Wahl des Rechnungsführers für 1896. 4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
1221b Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler.
Verliche Verwaltung Berlin A.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Zahlstelle von Walbertstr. 16 nach der Oranienstr. 184 bei Theodor Meiner verlegt ist. Dasselbe werden vom heutigen Tage ab jeden Sonnabend Beiträge entgegengenommen.
181/7 Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Orts-Krankenkasse
(früher Meyer'sche Kasse).
Sonntag, den 10. November, vormittags 10 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:
Versammlung
sämtlicher Mitglieder, welche eine möglichst freie Arztwahl wieder eingeführt wissen wollen.
Tages-Ordnung:
1. Die am 18. Dezember stattfindende Delegirtenwahl.
2. Diskussion.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung und dem Umstande, daß die Gegner der freien Arztwahl mit Hochdruck arbeiten, um ihre Kandidaten und somit die bisherige Beamtenwirtschaft wieder durchzubringen, ist es Pflicht aller zielbewussten Mitglieder, zu erscheinen. Es werden deshalb folgende Branchen nochmals aufgefordert, in obiger Versammlung zu erscheinen und ihre Kandidaten in Vorschlag zu bringen, wozu auch die Buchnummer des betreffenden sehr erwünscht ist.
Strinseher, Steinmeier, Kistenmacher, Färber, Bürsten- u. Pinselmacher, Blumen- u. Plätterfabrikation, Jungseder-Arbeiterinnen, Bilderrahmenmacher.
Zur Deckung der Unkosten findet Zellerfassung statt.
263,6⁷
Alle Mann zur Stelle!
Die 13er Kommission.

Carl Thieme, SO., Elisabeth-Ufer 52, empfiehlt Freunden u. Bekannten seine neueröffnete Destillation nebst Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal.
Franz. Billard, gr. Vereinszimmer.

Buchdrucker Berlins und der Vororte!

Sonntag, den 10. November, vorm. präz. 10^{1/2} Uhr:
Allgemeine Buchdrucker-Versammlung
in Keller's Festsälen, Koppenstr. 29.
Tages-Ordnung:
1. Das Gehilfengegnerthum und die Situation im Buchdruckgewerbe.
2. Wie stellen sich die Berliner Buchdrucker zur einheitlichen Durchführung des Tarifs. 3. Diskussion.
85/8
Sämtliche Buchdrucker, Prinzipale wie Gehilfen, die ein Interesse an dem Bestehen des Tarifs haben, sind zu dieser hochwichtigen Versammlung freundlichst eingeladen.
Der Einberufer: A. Massini.

Orts-Krankenkasse der Handschuhmacher u. verw. Gewerbe Berlins.
Sonntag, den 17. November 1895, vormittags 10 Uhr, bei Bernau, Rosenhalestr. 57, findet die Ordentliche Generalversammlung statt. 1213b
Tages-Ordnung:
1. Vorstandswahl, und zwar 2 Arbeitnehmer und 1 Arbeitgeber. 2. Wahl der Revisoren für die Jahresrechnung für 1895. 3. Stellungnahme z. Krankenkontrolle, event. Wahl von Krankenkontrollreuten. 4. Verschiedenes.
Zu dieser Versammlung werden die großjährigen Mitglieder der Kasse, sowie deren Herren Arbeitgeber eingeladen und ersucht, im eigenen Interesse zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Berlin, den 9. November 1895.
Der Vorstand.
J. A.: Berthold Hollubarsch, Dorf-, Fehrbellinerstr. 50.

Orts-Krankenkasse der Klempner.
Am Sonntag, den 17. November, vorm. 10 Uhr, findet bei Bergner, Annenstr. 16, eine General-Versammlung der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer statt.
Tages-Ordnung: 1. Verlesung der Protokolle; 2. Wahl von 8 Vorstandsmitgliedern (1 Arbeitgeber, 7 Arbeitnehmer); 3. Wahl des Rechnungs-Ausschusses; 4. Beschlußfassung über eine event. Gehaltssteigerung der Kassenbeamten; 5. Verschiedenes.
Am Donnerstag, 21. November, abends 8 Uhr, findet bei Brochnow, Sebastianstr. 89, eine Versammlung der Arbeitgeber, welche Beiträge zu unserer Kasse für angemeldete Mitglieder leisten, behufs Wahl von 60 Vertretern und
am Mittwoch, 27. November, abends 8 Uhr, ebendasselbe eine Versammlung der großjährigen Mitglieder unserer Kasse behufs Wahl von 120 Vertretern statt.
Um eine Kandidatenliste zur Mitglieder-Versammlung aufzustellen, findet am Mittwoch, den 13. November, abends 8 Uhr, eine Vor-Versammlung der großjährigen Mitglieder ebenfalls dort statt.
In den beiden letzteren Versammlungen legitimirt das Quittungsbuch. 1207b
Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Majchinenbau-Arbeiter u. verwand. Gewerbe zu Berlin. Ordentliche Generalversammlung der Herren Vertreter der Arbeitgeber u. Arbeitnehmer am Sonntag, den 17. November d. J., vormittags 9^{1/2} Uhr, im Restaurant Gröndel, Brunnenstr. 188.
Tages-Ordnung:
1. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der Jahres-Rechnung pro 1895. 2. Bericht des Vorstandes über den Verlauf der Beschwerde beim Herrn Handelsminister wegen Herabsetzung der Leistungen der Kasse auf das gesetzliche Mindestmaß.
Nach Schluß dieser Generalversammlung findet eine Generalversammlung der arbeitsnehmenden Mitglieder statt.
Tages-Ordnung:
Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Herren Vertreter sehr erwünscht. 1210b
Das Mandat legitimirt.
Berlin, den 8. November 1895.
Der Vorstand.
Carl Thieme, E. Steinfeldt.
Tischler-Verein.
Sonnabend, 9. Novbr., abends 9 Uhr, Melchiorstr. 15:
Versammlung mit Damen.
Tages-Ordnung:
Vortrag des Herrn Dr. Weyl über Berufs-Krankheiten. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. (Zahlstelle Berlin.)
Sonntag, 10. Nov., vorm. 9^{1/2} Uhr, bei Herrn Nieff, Weberstraße 17:
Bezirks-Versammlung für den Osten.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vorschläge zu Werkstatt-Kontroll-Kommissionenmitgliedern. 4. Verbandsangelegenheiten. 78/16
Hierzu sind die Kollegen folgender Werkstätten eingeladen: Klug, Fruchtstr. 31 u. 32; Zahnte, Fruchtstr. 54 u. 59; Kühne, Fruchtstr. 25; Friede, Büschingstraße 6; Koll, Landsbergerstr. 112; Rohde, Weberstraße 52; Jälder u. Pläthen, Königsbergerstr. 10; Anders, Königsbergerstr. 29; Keller, Königsbergerstr. 4; Mewes, Müdersdorferstr. 41; Tromler, Müdersdorferstr. 7.
Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen, da die Versammlung pünktlich eröffnet wird.
NB. Die Bantischler, Drechsler und Bürstenmacher sind hiermit besonders eingeladen.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt. Sonntag, 10. November, vormittags 10 Uhr, in Mörschel's Salon, Schönhauser Allee 28.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Millary über: Fortschritt und Armuth. 2. Diskussion. 3. Werkstattangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Alle Mitgliedlicher des Nordens werden ersucht, pünktlich zu erscheinen, auch nicht organisierte Kollegen haben Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Metallarbeiter!
Sonntag, 10. November, vorm. 10 Uhr, im Lokal von Cohn (großer Saal), Weuthstr. 20:
Versammlung sämtlicher Vertrauensleute der Metallarbeiter.
Tages-Ordnung:
Fortsetzung der Diskussion über: Der gegenwärtige Stand der Berliner Metallarbeiterbewegung und unser ferneres Vorgehen.
Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.
116/8 Otto Naether, N., Anklamerstr. 44.

Bekanntmachung.
Ortskrankenkasse der Schneider, Schneiderinnen und verwandter Gewerbe zu Berlin.
Zweite Abänderung zum Statut der Ortskrankenkasse der Schneider, Schneiderinnen und verwandter Gewerbe zu Berlin, bezüglich der §§ 17, 36, 49 und 50.
§ 17.
Mitgliedern, welche die Kasse durch eine mit dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedrohte strafbare Handlung geschädigt haben, wird für die Dauer von 12 Monaten seit Begehung der Straftat ein Krankengeld nicht gewährt. Dasselbe gilt für Mitglieder, welche sich eine Krankheit vorsätzlich oder durch schuldhaftes Betheiligen bei Schlägereien oder Raufhändeln, durch Trunkfälligkeit zugezogen haben, für die Dauer dieser Krankheit.
§ 36.
Für jedes Kassenmitglied wird ein Quittungsbuch mit einem Abdruck dieses Statuts ausgestellt, welches eine Angabe über die Höhe der Beiträge und der eintretendenfalls zu gewährenden Unterstützungen enthält. Dasselbe wird bei der ersten Beitragszahlung, sofern dieselbe durch den Arbeitgeber erfolgt, diesem, andernfalls dem Kassenmitgliede eingehändigt.
Hinsichtlich der für verpflichtete Mitglieder von den Arbeitgebern gezahlten Beiträge wird den letzteren von der Kasse besondere verbindliche Quittung erteilt. Den Mitgliedern wird durch Abstempelung im Quittungsbuch über die gezahlten Beiträge verbindlich quittirt.
Kassenmitgliedern, für welche die Einzahlung der Beiträge durch die Arbeitgeber erfolgt, ist die im Abs. 2 dieses Paragraphen bezeichnete Quittung auf Verlangen bei jeder Lohnzahlung zur Einsicht vorzulegen.
§ 49.
Die Generalversammlung besteht aus Vertretern der Kassenmitglieder und Arbeitgeber, welche in geheimer Wahl auf ein Jahr gewählt werden. Die Kassenmitglieder haben die Vertreter aus ihrer Mitte zu wählen; die Arbeitgeber können zu Vertretern auch Geschäftsführer oder Betriebsbeamte der zu Beiträgen verpflichteten Arbeitgeber wählen.
Die Kassenmitglieder wählen für je 100 Kassenmitglieder einen Vertreter. Ist die Zahl der Kassenmitglieder nicht durch hundert theilbar, so ist für die überschüssende Zahl, wenn dieselbe zehn oder mehr beträgt, ein weiterer Vertreter zu wählen. Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassenmitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.
Die Vertreter der Arbeitgeber werden von diesen in ungetheilter Wahlversammlung gewählt. Für je 200 von den Arbeitgebern beschäftigte Kassenmitglieder, für welche die Erheben der Beiträge aus eigenen Mitteln zahlen, wird je ein Vertreter gewählt. Für den überschüssenden Bruchtheil wird ein weiterer Vertreter nur dann gewählt, wenn dadurch die Zahl der Vertreter der Arbeitgeber nicht über ein Drittel der Gesamtzahl erhöht wird. Jeder Arbeitgeber, welcher Beiträge aus eigenen Mitteln leistet, scheidet bei der Wahl eine Stimme.
Die Zahl der von den Kassenmitgliedern und von den Arbeitgebern zu wählenden Vertreter wird vor jeder Wahl von dem Kassenvorstande festgestellt und in der Einladung zum Wahltermin angegeben.
§ 50.
Die Wahl erfolgt für die Kassenmitglieder und für die Arbeitgeber in einem besonderen Wahltermin, zu welchem die Wahlberechtigten mindestens eine Woche vorher durch die im § 66 bezeichneten Blätter einzuladen sind.
Für die Form und Leitung der Wahl sind die Bestimmungen des § 38 Absatz 4-8 maßgebend.
Wird die Wahl von den Kassenmitgliedern verweigert, so werden die Vertreter derselben durch die Aufsichtsbehörde ernannt.
Wird die Wahl von den Arbeitgebern verweigert, so ruht deren Vertretung in der Generalversammlung für die betreffende Wahlperiode.
Vorstehende Abänderungen treten mit dem heutigen Tage in Kraft.
Berlin, den 9. November 1895. 1209b
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Schneider, Schneiderinnen und verwandter Gewerbe.
F. Mathis, Vorsitzender, E. Schröder, Schriftführer, An der Jerusalemer Kirche 3, Welle-Allee 71a.